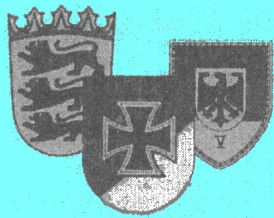


Ö[\ ^ } caea] }

Î ËÛ&@! @ã•Ë } åÁ^!cãã ^ } *•] [|ãã &@!Á
Kongress

Die Bundeswehr an der Schwelle des 21. Jahrhunderts

25. und 26. November 1999
in Korntal-Münchingen



Eine Gemeinschaftsveranstaltung der
Landesgruppe Baden-Württemberg
im Verband der Reservisten der
Deutschen Bundeswehr e.V.
und der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Landesbereich Baden-Württemberg
unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten
Erwin Teufel

Inhalt

Inhalt		Seite 2
Programm		Seite 3
Vorwort	Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja Landesvorsitzender VdRBw Oberstleutnant d.R. Peter Eitze	Seiten 4 - 5
Eröffnung	Landesvorsitzender VdRBw Oberstleutnant d.R. Peter Eitze	Seiten 6 - 10
Grußwort	des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg Erwin Teufel überbracht durch Innenminister Dr. Thomas Schäuble	Seiten 11 - 15
Einführung	Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja	Seiten 16 - 24
Vorträge	Staatssekretär Walter Kolbow	Seiten 25 - 31
	Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja	Seiten 32 - 41
	Stabsabteilungsleiter Fü S III Generalmajor Wolfgang Schneiderhan	Seiten 42 - 52
	Kommandeur 10. PzDiv und Befehlshaber WBK V Generalmajor Karl-Heinz Lather	Seiten 53 - 65
	Ehem. Chef des Stabes EUROKORPS General de Brigadier Francois Clerc	Seiten 66 - 68
Resolution	Teilnehmer	Seite 69
Presse		Seiten 70 - 72
Teilnehmer		Anlage

6. Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongress
Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

vom 26. bis 27. November 1999 in Korntal-Münchingen

Freitag, 26.11.99

16.45 Pressekonferenz

17.30 Eröffnung mit anschließendem Empfang

Begrüßung durch Landesvorsitzenden OTL d.R. Peter Eitze

Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Erwin Teufel, überbracht durch Innenminister Dr. Thomas Schäuble, MdL

19.00 Einführung: Europäische Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Oberst a.D. Schmeja, Landesvorsitzender der GfW

19.30 Vortrag mit Aussprache:

Die Bundeswehr auf dem Prüfstand. Die politischen Aufgaben und Rahmenbedingungen zur Erneuerung der Deutschen Streitkräfte.

Staatssekretär Walter Kolbow, MdB

20.45 Abendessen

Grußadressen

Samstag, 27.11.99

09.00 Vortrag mit Aussprache:

Die Forderungen an die Bundeswehr aus dem neuen strategischen Konzept der NATO
Generalmajor Wolfgang Schneiderhan

10.15 Pause

10.45 Vortrag mit Aussprache

Dayton - Fortschritte oder nicht?

Erfahrungen aus dem Einsatz in Bosnien-Herzegowina

Generalmajor Karl-Heinz Lather, Kommandeur 10. PzDiv / Befehlshaber im WB V

12.00 Mittagspause

13.30 Kurzvortrag:

Strukturalternativen für die Bundeswehr in einem zusammenwachsenden Europa

Oberst a.D. Nikolaus Schmeja

14.00 Vortrag mit Aussprache:

Frankreich auf dem Weg zur Berufsarmee Bewertung aus der Sicht eines Berufssoldaten

General de Brigade Francois Clerc, ehemals Chef des Stabes EUROKORPS

15.15 Pause

15.30 Zusammenfassung und Verabschiedung

Peter Eitze und Nikolaus Schmeja

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Landesbereich Baden-Württemberg



Vorwort

Die Landesgruppe Baden - Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und die Gesellschaft für Wehr - und Sicherheitspolitik e.V., Landesbereich Baden - Württemberg, veranstalteten vom 26. bis 27. November 1999 ihren 6. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongreß im Hotel Mercure in Korntal - Münchingen. Unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Baden - Württemberg, Erwin Teufel, der durch den Innenminister, Dr. Thomas Schäuble, vertreten wurde, hatte man sich folgendes Thema gestellt:


„Die Bundeswehr an der Schwelle des 21. Jahrhunderts.“

Vor nahezu 200 Teilnehmern, darunter Gästen aus dem öffentlichen Leben, der Bundeswehr und vor Vertretern befreundeter Organisationen aus dem In - und Ausland wurden wesentliche Aspekte der Weiterentwicklung unserer Streitkräfte analysiert und diskutiert. Internationale Einbindung und Multinationalität als Prinzip haben ihre Konsequenzen in Einsatz, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung. Sie sind die Konsequenz der veränderten sicherheitspolitischen Landschaft nach Ende des Kalten Krieges. Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Walter Kolbow, machte den Zusammenhang der verschiedenen Aufgaben, die sich diese Regierung gestellt hatte, konzeptionell und in der Prioritätensetzung klar. Der Stabsabteilungsleiter Fü S III, Generalmajor Schneiderhan, erläuterte die strategischen, operativen und strukturellen Ableitungen aus den nationalen und NATO - Vorgaben für die notwendige Weiterentwicklung der Bundeswehr. Der Bezug zu den knappen Ressourcen einerseits und die Forderungen einer modernen NATO - Strategie andererseits ließen den Spagat deutlich werden, in dem sich die Regierung befindet. Praxis

modernen Krisenmanagements aus eigener aktueller Erfahrung in Bosnien bot Generalmajor Lather, Befehlshaber im Wehrbereich V. Als Gast aus Frankreich referierte Brigadegeneral Clerc über die Umwandlung der französischen Armee in Freiwilligen - Streitkräfte, wobei er mit seiner Meinung zu den Folgen nicht hinter dem Berg hielt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die Beibehaltung der Wehrpflicht und ausreichende Mittelausstattung für die Streitkräfte gefordert.

Die Ergebnisse der Tagung sind von der Bereichsgeschäftsstelle V im VdRBw zusammengestellt und vervielfältigt worden, um einen größeren Kreis mit den dort geäußerten Ansichten bekannt zu machen. Dafür gebührt ihr unser Dank.



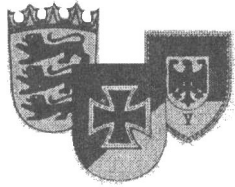
Peter Eitze
Oberstleutnant d.R. und
Landesvorsitzender VdRBw



Nikolaus Schmeja
Oberst a.D. und
Landesvorsitzender GfW



Zum Dank für einen gelungenen Vortrag
ein Präsent für Brigadier Clerc überreicht
von Peter Eitze und Nikolaus Schmeja



E r ö f f n u n g s r e d e

des Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg
im
Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.



Oberstleutnant der Reserve
Peter Eitze

“Die Bundeswehr an der Schwelle des 21. Jahrhunderts”

Herr Minister, Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden!

Im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich Baden-Württemberg, eröffne ich den

6. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress im Hotel Mercure in Korntal-Münchingen.

Er ist dem Thema

„Die Bundeswehr an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“

gewidmet.

Am Ende des Jahrtausends, am Ende eines Jahrhunderts mit den verheerendsten und opferreichsten Kriegen der europäischen Geschichte, befindet sich Deutschland in einer Position, die zu keinem Zeitpunkt unserer neueren Geschichte so günstig gewesen ist wie heute. Erstmals in der Geschichte sind wir eingebettet in ein demokratisches, rechtsstaatliches Militärbündnis, welches nicht nur wesentliche Teile Europas, sondern auch die Staaten Nordamerikas mitumfasst. Deutschland liegt im europäischen Zentrum dieses Bündnisses und ist nur noch von Freunden umgeben. Eine unmittelbare Bedrohung unseres Landes oder die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung sind in weite Ferne gerückt. Deutschland wird, trotz seiner Wirtschaftskraft, seiner großen Bevölkerungszahl und seiner starken Streitkräfte nicht mehr als Bedrohung, sondern als verlässlicher Freund betrachtet.

Meine Damen und Herren, dies ist eine Situation, die noch vor 10 Jahren niemand ernsthaft für 1999 vorausgesagt hätte. Eine Situation die uns ergriffen machen sollte, angesichts der vielen Kriege in die Deutschland in den letzten 1000 Jahren verwickelt gewesen ist. Der Untergang des Abendlandes und der europäischen Kultur waren prophezeit worden und nun

stehen wir nach 54 Jahren Frieden vor einer schier unglaublichen Ausgangsposition zur Gestaltung der nächsten, zumindest hundert Jahre.

Die gegenwärtig in Deutschland geführte Diskussion über die zukünftige Sicherheit in Europa und die damit verbundene Diskussion um die Struktur und den Umfang der Streitkräfte, lässt leider den Eindruck entstehen, dass diese hervorragende Ausgangslage von manchen nicht erkannt oder so gesehen wird. Es wäre eine Tragik, wenn durch historische Kurzsichtigkeit, ideologische Beharrung und naiven, trügerischen Glauben an einen angeblich ausgebrochenen ewigen Frieden in Europa die gestalterischen Möglichkeiten nicht genutzt und durch Haushaltsvorgaben erheblich eingeengt würden. Vorübergehende Haushaltsengpässe dürfen den Blick für eine Zukunft in Sicherheit nicht verstellen!

Ich bin der Ansicht, dass sich die neue Struktur der Streitkräfte an der Zentrallage Deutschlands in Europa, an den hieraus sich ergebenden geopolitischen und geostrategischen Konsequenzen und dem Vertrauen unserer Verbündeten und Freunde orientieren muss. Deutschland hat durch seine Zentrallage die große Chance Ost und West zu verbinden und somit eine Brückenfunktion wahrzunehmen. Dies kann jedoch nur im Rahmen der Europäischen Union und im Rahmen eines starken Bündnisses erreicht werden. Sicherheit hat ihren Preis und nur ein starkes Bündnis, mit für die Aufgaben gut strukturierten und ausgerüsteten Streitkräften, kann die hierfür notwendige Sicherheit gewährleisten. Es ist deshalb im Hinblick auf die Wirtschaftskraft Europas peinlich festzustellen, dass der Funkverkehr der NATO-Piloten von Jugoslawien abgehört werden konnte, und Europa sich einmal mehr auf die Erkenntnisse der Satellitenüberwachung und die Lufttransportkapazität der USA abstützen musste. Es kann auch nicht richtig sein, wenn die noch erwarteten Ergebnisse der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ durch Vorgriffe

im Haushalt zu Makulatur werden, ehe sie vorliegen.

An erster Stelle muss die Frage stehen, was sind die Erfordernisse für eine sichere Zukunft in Europa. Daraus abgeleitet ergibt sich der Auftrag an die Streitkräfte. Der Auftrag bestimmt die Struktur und das Material der Streitkräfte. Am Ende steht die Frage, was dies kostet. Erscheint der Preis für Frieden und Freiheit dann zu hoch, dann mag die Frage erlaubt sein, ob im einen oder anderen Bereich Kürzungen möglich sind. Diese Frage darf aber nicht am Anfang stehen.

Wir wollen mit diesem Kongress diese Themen ansprechen und zu einer sachlichen und zukunftsorientierten Diskussion beitragen. Die Veranstalter haben gehofft, Ihr geschätztes Interesse an diesen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu gewinnen. Sie haben mit ca. 200 Teilnehmern unsere Erwartungen bei weitem übertroffen. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihr so zahlreiches Kommen.

Meine Damen und Herren,

erlauben Sie, dass wir unserer Freude über Ihr Kommen dadurch Ausdruck verleihen, indem ich einige Persönlichkeiten unter Ihnen namentlich nenne:

Ich begrüße sehr herzlich den

**Staatssekretär im BMVg,
Walter Kolbow, MdB**

den Referenten des heutigen Abends. Herr Staatssekretär ich danke Ihnen sehr herzlich, dass Sie erstmals im Rahmen dieses Kongresses vortragen. Ich habe Ihr viel beachtetes Grußwort für die SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der 14. BDV unseres Verbandes 1996 in Würzburg noch gut in Erinnerung. Es ließ deutlich erkennen, dass Sie sich für die Belange der Bundeswehr, unserer Reservisten und unseres Verbandes engagiert einsetzen. Ich freue mich deshalb, dass Sie den Weg nach Baden-Württemberg gefunden haben und heute zu uns sprechen.

Ebenso herzlich begrüße ich

Herrn Rainer Arnold, MdB

Herr Abgeordneter, ich freue mich, dass Sie den Weg von Berlin nach Stuttgart nicht gescheut haben und ein Grußwort für die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag überbringen werden.

Ich heiße herzlich willkommen den

Innenminister des Landes Baden-Württemberg,

Dr. Thomas Schäuble, MdL.

Herr Minister, ich freue mich außerordentlich über Ihre Anwesenheit und danke Ihnen herzlich, dass Sie die Grußworte des Herrn Ministerpräsidenten und der Landesregierung Baden-Württemberg überbringen. Sie sind bei unserem Kongress kein Unbekannter. Sie besuchten bereits unseren 2. Kongress in Gaggenau 1995, referierten beim 4. Kongress in Leonberg 1997. Sie sind ein erklärter Freund der Bundeswehr, unserer Reservisten und des Verbandes.

Stellvertretend für die Vertreter der Gebietskörperschaften und umliegenden Gemeinden begrüße ich

Herrn Georg Denzer, Landrat des Main-Tauber-Kreises,
und

Ernst Fischer, Oberbürgermeister der Stadt Kornwestheim.

Wir freuen uns ganz besonders, dass Sie unseren Kongress besuchen. Wir sind sehr gerne wieder in das „Württembergische“ gekommen, nachdem der letzte Kongress in Karlsruhe stattgefunden hat. Ausgewogenheit steht auch bei uns an erster Stelle.

Aus den Reihen des konsularischen Korps begrüße ich den Konsul der Republik Liberia, unseren Kameraden **Oberstleutnant d.R. Dr. Hellmuth Dettinger**. Er war lange Zeit für den Landesvorstand ehrenamtlich tätig und ich freue

mich, dass er heute mit seiner Frau Gemahlin unter uns weilt.

Stellvertretend für alle anwesenden Angehörigen der Behörden im Lande heiße ich Herrn

Ministerialdirigenten im Staatsministerium und Oberst d.R. Dr. Manfred Walz sehr herzlich willkommen. Er sitzt an der Schaltstelle der Macht und versteht es, bei unserem Ministerpräsidenten stets ein gutes Wort für uns Reservisten einzulegen. Dies dürfen wir auch erhoffen, nachdem er anlässlich unseres Kongresses im letzten Jahr Mitglied der Landesgruppe geworden ist.

Stellvertretend für die hier anwesenden Angehörigen der mit uns verbündeten und befreundeten Streitkräfte und Verbände begrüße ich ganz herzlich:

Herrn **Generalmajor Velibor Kikerec**, den Präsidenten der Kroatischen Offiziersgesellschaft,

Herrn **Divisionär Karl Redl**, den Militärkommandanten von Vorarlberg

Colonel Robert Schweickart, Vizepräsident der UNOR, Section Bas-Rhin

Den Vorsitzenden der deutsch-türkischen Gesellschaft, Herrn **Ersin Ugursal**.

Ich begrüße, stellvertretend für alle aktiven Soldaten und zivilen Mitarbeiter des Wehrbereiches V, den Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. PzDiv, Herrn **Generalmajor Karl-Heinz Lather** mit seiner sehr verehrten Gemahlin, den stellvertretenden Befehlshaber im Wehrbereich V und General für nat. und territoriale Aufgaben, Herrn **Brigadegeneral Hans-Dieter Möhring**. Herr General Lather, ich freue mich nicht nur über Ihre Anwesenheit, sondern auch darüber, dass Sie morgen über Ihre Erfahrungen in Bosnien-Herzegowina berichten werden. Herr General Möhring spreche ich an dieser Stelle nochmals unseren herzlichen Glückwunsch zur Beförderung aus.

Ihr Kommen ist Beweis für die gute, vertrauensvolle und kameradschaftliche Zu-

sammenarbeit im Bereich der Freiwilligen Reservistenarbeit innerhalb des Wehrbereichs.

Stellvertretend für alle zivilen Mitarbeiter der Streitkräfte begrüße ich sehr herzlich den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung V, Herrn **Karl-Dieter Stein**.

Die mit uns befreundeten Verbände sind ebenfalls zahlreich vertreten. An ihrer Spitze begrüße ich herzlich die Vorsitzende des Bereiches V des Bundeswehrsozialwerkes, Frau Medizinaldirektorin **Angelika Pohl**, den Landesgeschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, **Max Mangel**, und Major **Raimund Steinbeck**, den Bezirksvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Ich begrüße die hier anwesenden Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr herzlich, die an der Spitze durch unseren Kameraden Oberst a.D. **Nikolaus Schmeja**, den Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg, vertreten sind. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, mich für die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wehrkunde zu bedanken, die auf allen Ebenen in Baden-Württemberg bestens funktioniert.

Stellvertretend für die ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr begrüße ich Herrn Generalleutnant a.D. **Wolfgang Odendahl**, vormals Chef des Heeresamtes und Herrn Generalmajor **Frank Schild**, zuletzt Befehlshaber im WB V und Berater des Präsidiums des VdRBw.

Morgen erwarten wir noch weitere Gäste aus dem Ausland, den Reihen der Behörden und der Generalität.

Ich begrüße die Vertreter der Medien und freue mich auf eine gute und interessante Berichterstattung.

Nicht zuletzt begrüße ich von ganzem Herzen meine Reservistenkameraden, die von außerhalb und aus ganz Baden-Württemberg, vom Taubertal bis zum Bodensee, vom Rheintal bis zur Ostalb, unserer Ein-

radung gefolgt sind. Stellvertretend heiße ich **OTL d.R. Rolf Hellriegel**, den 1. Stv. Vorsitzenden der Landesgruppe Schleswig-Holstein, herzlich willkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin mir sicher, dass die namhaften und höchst sachkundigen Referenten, die wir für diesen Kongress gewinnen konnten, unser Thema aus allen Blickwinkeln beleuchten werden. Wir hoffen, dass Sie zwei interessante Tage mit uns verbringen werden und auch die Möglichkeit der Begegnung und des Gesprächs nutzen können.

Wir werden, wie in den letzten zwei Jahren, auch dieses Mal eine Dokumentation erstellen, die alle Vorträge enthält. Sie wird allen Parteien, den betroffenen Ministerien, der Bundeswehr, den Verbänden und allen interessierten Bürgern zugehen.

Wir haben zudem den Entwurf einer Resolution vorbereitet, der Ihnen vorgelegt wird und die morgen verabschiedet werden soll.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, der bereits zum vierten Male die Schirmherrschaft über diesen Kongress übernommen hat. Dies ist für uns eine große Ehre und zugleich Verpflichtung. Wir sehen es aber auch als Bestätigung unserer Verbandsarbeit und unseres Bemühens einen Beitrag für die Sicherheit unseres Landes zu leisten.

Das Grußwort des Herrn Ministerpräsidenten Erwin Teufel überbringt nun der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Dr. Thomas Schäuble, MdL.

Ich danke Ihnen für Ihre geschtzte Aufmerksamkeit.



Aufmerksame Zuhörer: v.l. Horst Sölter, Werner Lust, Volker Friedemann
2. Reihe Mitte: Peter Mnch, rechts Bernhard Schleyer



R e d e

des Innenministers des Landes Baden-Württemberg



Minister
Dr Thomas Schäuble

Besonders gerne bin ich heute Abend zu Ihnen gekommen. Es bietet sich an, wenn wir so kurz vor dem 21. Jahrhundert stehen, ein klein wenig zurückzublicken. Dieses in wenigen Tagen zu Ende gehende Jahrhundert hatte zwei Hälften. Eine grausige, schreckliche erste Hälfte mit zwei furchtbaren Weltkriegen, die bis heute in den Folgen die Welt immer noch beeinflussen.

Und eine zweite Hälfte, die für uns Deutsche, jedenfalls für uns Westdeutsche, zunächst einmal eine glückliche zweite Hälfte wurde, in der wir es mit der Hilfe so vieler ausländischer Freunde, die uns nach dem schlimmen Krieg die Hand gereicht haben, es sensationell schnell schaffen konnten, wieder zu wirtschaftlichem Wohlstand zu gelangen. Aber was noch wichtiger ist: Es ist eine Phase, die mit die längste Friedenszeit in der deutschen Geschichte überhaupt ausmacht. Das zeigt mir - und zeigt, glaube ich, uns allen -, und deshalb sollte es immer wieder gesagt werden, weil manchmal die Gefahr besteht, dass Selbstverständlichkeiten vergessen werden, dass Bundeswehr und die NATO Friedensdienst geleistet haben und heute noch leisten. Als ehemaliger Justizminister, lieber Herr Eitze, Sie sind ja auch Angehöriger dieser Zunft bis zum heutigen Tage, haben wir natürlich alle einen ungeheuren Respekt vor unserer Rechtsprechung und vor allem vor dem Bundesverfassungsgericht. Aber ich sage es auch immer wieder, wenn gelegentlich das Bundesverfassungsgericht einmal deutlich sagen würde, dass man unsere Bundeswehrsoldaten nicht ohne Strafe als Mörder beleidigen darf, dann wäre dies, auch mehr als angemessen.

Die Bundeswehr hat wie die anderen NATO-Staaten in Bosnien-Herzegowina oder jetzt im Rahmen von KFOR im Kosovo sichtbar für alle, übrigens unter Inkaufnahme von Gefahren für Leib und Leben der Betroffenen, ihren Beitrag dazu leisten, dass auch in diesen Ländern das einkehren möge, was für uns alle, trotz aller materiellen Wünsche das Wichtigste ist, nämlich Frieden. Ich freue mich übrigens sehr, es ist ja aus der Demoskopie

eindeutig, dass die Bevölkerung in Deutschland im Laufe gerade der letzten Jahre die Bundeswehr im Ansehen immer weiter nach oben gerückt hat. Die Bundeswehr und die Soldaten und Soldatinnen haben es auch verdient. Ich glaube, da spielt eine große Rolle, dass eben diese Einsätze, so umstritten sie zunächst mal waren, für eine große Mehrheit, Friedensdienst im wahrsten Sinne des Wortes ist.

Zweitens: Die groß gewordene Bundesrepublik Deutschland muss sich natürlich auch bei solchen schlimmen Situationen in Europa engagieren und kann nicht - wie in der Vergangenheit - sozusagen auf dem Logenplatz sitzen bleiben. Aber ich komme noch einmal kurz darauf zurück, dass es für uns im Westen eine wunderbare zweite Hälfte dieses Jahrhunderts war. Und vielleicht ist es das besondere Glück, das wir trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten, seit der Vollendung der Deutschen Einheit, und trotz der schlimmen Vorgeschichte und der Schicksalsschläge, die zweite Hälfte des Jahrhunderts auch für unsere Landsleute in den östlichen Ländern als ein wunderbares Geschenk empfinden dürfen.

Die Bundeswehr hat aber darüber hinaus auch der Bevölkerung immer wieder sichtbar gemacht: Wenn Not am Mann ist, hier kann man sich auf die Hilfe der Bundeswehr verlassen. Das war bei der bekannten und furchtbaren Hochwasserkatastrophe am Oderbruch der Fall. Ich hab's nie begriffen, dass es dann, ich glaube es war der Rat der Stadt Frankfurt an der Oder abgelehnt hat, dass man danach dort ein feierliches Gelöbnis dort durchführt. Was ist das denn eigentlich für eine Denkart und für eine Einstellung zu unserem Staat?

Wir sind in Baden-Württemberg vor vergleichbaren Katastrophen verschont geblieben, aber wir hatten dieses Jahr auch beachtliches Hochwasser in verschiedenen Teilen des Landes. Besonders schwierig war das auch für die Betroffenen auf der Insel Reichenau, weil sie eben wochenlang, jedenfalls teilweise,

vom Festland abgeschnitten waren, bzw. der Verkehr mit dem Festland nur noch eingeschränkt stattfinden konnte. Die Bundeswehr, 10. Panzerdivision, hat auch hier geholfen.

Ich bin, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Innenminister für verschiedene Aufgaben zuständig: Kommunalminister, Beamtenminister, Polizeiminister, Ausländerminister, Vertriebenenminister, Feuerwehrminister, und Katastrophenminister - also ich hoffe, dass sich dies nicht auf meine Person bezieht. Aber ich bin in diesen Aufgaben auch für die Verwaltungsreform zuständig.

Jetzt will ich da gar nicht irgendwie abschweifen, sondern nur sagen, dass da auch fürchtbar viel geheuchelt wird bei diesem Thema. Alle sagen, endlich muss mal Deutschland etwas weniger bürokratisch sein. Wenn man dann aber Vorschläge macht, diese etwas abzubauen, dann stößt man sofort auf Widerstand, das ist ganz klar.

Ich habe dieses Jahr das schönste Beispiel in Sachen unbürokratischen Verhaltens einer Institution des Staates erlebt. Als ich Herrn General Farwick, der damals den Herrn General Lather als Chef der 10. Panzerdivision vertreten hat, angerufen und ihn gebeten habe, er möge doch die Hilfe der Bundeswehr, die Hilfe der Soldaten, trotz der bürokratischen Bedenken fortführen. Der Herr General Farwick hat, als ich ihn anrief, gesagt: „Ja, ja ich muss mir das kurz überlegen, ob's da Schwierigkeiten geben könnte.“ **Der** Rückruf kam nach fünf Minuten und er sagte: „Wir stehen zur Verfügung.“

„Gerhard, wir müssen hier für die Polizei, für die Feuerwehr eine Priorität setzen.“ Und da sagte der Kollege Mayer-Vorfelder, als er noch Finanzminister war immer: „Das sehe ich genauso wie Du, nur zum Prioritäten setzen, und damit fängt der wunde Punkt an, gehört eben nicht nur, das ich eine Aufgabe als vorrangig betrachte, sondern ich muss, wenn ich eine Priorität setze, irgendwo an-

ders eine Posteriorität setzen.“ Und da liegt, wenn Sie mir den saloppen Ausdruck gestatten, der Hund begraben. Es ist natürlich enorm schwierig, andere Bereiche zurückzustufen und dort Posteriorität setzen. Prioritäten setzen ist noch leicht, wenn das andere auf dem Niveau bleiben kann. Aber dann sagen, damit die Rechnung, die Gleichung aufgeht, irgendwo muss weniger ausgegeben werden. Das ist die entscheidende Schwierigkeit. Deshalb sehe ich auch, dass das alles auf der Bundesebene nicht einfach ist. Und nun seien wir offen. Die demokratischen Parteien stehen im Wettbewerb untereinander. Und es heißt, sie müssen sich immer um die Wählerstimmen der Wählerinnen und Wähler bemühen. Und da entstehen natürlich gewisse Versuchungen, dass man zum Beispiel dann, wenn man Opposition ist, all die Vorschläge der jeweiligen Regierung, z.B. in Sachen Sparen, versucht kaputt zu machen oder sie jedenfalls in der Öffentlichkeit anzugreifen, manchmal, das darf man ja auch deutlich sagen, populistisch zu verletzen.

So ging es der alten Bundesregierung. Und dann kommt das, was in einer Demokratie passiert: Die Opposition gewinnt die Wahl, freut sich, weil sie dann in die Verantwortung kommt. Und dann kann natürlich die Gefahr bestehen, dass das Spiel mit neuen und umgekehrten Vorzeichen von neuem beginnt. Und da müssen wir, glaube ich, in unserem Staat doch für die wesentlichen Kernaufgaben einen Konsens suchen. Und damit bin ich bei der Bundeswehr.

Man muss sich immer wieder die Konsequenzen vor Augen führen: Wenn dieses Sparprogramm, -paket oder wie immer es genannt wird, so kommt, dann wird die Bundeswehr hinterher ein anderes Gesicht haben, und so nicht wieder zu erkennen sein. Man kann dies wollen, ich will es nicht. Nur, man muss es der Bevölkerung auch klipp und klar sagen. Sie wissen alle, mindestens so gut wie ich, vermutlich sogar besser, dass das Problem nicht sein wird, das Jahr 2000 mit den Einsparungen von 3,5 Mrd., wenn ich es richtig im Kopf habe, zu

verstehen, das kann man unter Schmerzen, aber ohne wesentliche Substanz-Veränderungen der Wund- und Substanzbeschädigungen erreichen.

Aber die Folgejahre, die dann das Sparprogramm erbringen müssten, bis hin zu knapp 20 Mrd., das wird dazu führen, dass die Bundeswehr ein anderes Gesicht bekommt. Dann wird es schwer sein, die Wehrpflicht zu halten. Dann kommt auch das nicht voran, was ich persönlich für dringend geboten halte, nämlich dass nicht nur die innere Bereitschaft da ist, sich in der Welt und in Europa stärker als bisher auch durch Beiträge der Bundeswehr zu engagieren, sondern dazu müssen dann auch die äußeren Voraussetzungen geschaffen werden.

Technische Ausstattung beispielsweise. Denn ich meine schon, es ist weder wünschenswert noch irgendwo vertretbar, dass wir bis zum St. Nimmerleinstag meinen, wenn irgendwo ein Brandherd entsteht, holen die amerikanischen Freunde die Kohlen aus dem Feuer oder geben den Ton an. Wenn ich dies aber für richtig halte, dann ist die Konsequenz nach Adam Riese schon so, dass ich der Bundeswehr helfen muss, sonst geht die Rechnung nicht auf. Und ich denke, dass dieser Punkt auch zentral eigentlich über dieser ganzen Veranstaltung, diesem internationalen Kongress an diesen beiden Tagen liegen wird.

Und da sei mir als Landesminister von Baden-Württemberg auch noch eine Anmerkung gestattet.

Wir wollen natürlich auch bei uns in Baden-Württemberg nicht weitere Einbußen bei den Standorten der Bundeswehr und auch der Verwaltung erfahren. Aus zwei Gründen. Ohnehin halten wir diese ange-dachten Kürzungen für eine Fehlentwicklung auf Grund dessen, was ich gerade gesagt habe. Zum zweiten aber muss man einfach darauf hinweisen, dass bei der letzten Sparrunde Baden-Württemberg, ich drücke mich vorsichtig aus, schon einigermaßen kräftig gerupft worden ist. Und dies, so glaube ich, muss

auch irgendwo in die weitere Politik mit eingebracht werden.

Anders ausgedrückt:

Die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, aber sicherlich auch mit einer beachtlichen Mehrheit im Landtag von Baden-Württemberg, wird sich friedlich, aber mit allen demokratischen Mitteln gegen entsprechende Kürzungen bei uns in Baden-Württemberg wehren.

Ich habe übrigens immer gesagt, auch beim Bundeswehverband in Ulm bei einer Veranstaltung im Sommer: Im Unterschied zu manchem Parteifreund von mir nehme ich eigentlich nicht den Verteidigungsminister Scharping ins Visier.

Scharping, das ist ja Ihnen allen auch bekannt, wollte ja nicht in erster Linie Verteidigungsminister werden. Und als er dann das Amt antrat ist ihm ja zugesagt worden, wenn ich es richtig im Kopf habe, dass der Wehretat jedenfalls von erheblichen Kürzungen verschont bleibt. Also, in unserer kurzlebigen Zeit darf nicht immer nur der Satz gelten, es gilt das gebrochene Wort. Sondern es soll ja irgendwo noch im Kopf der Verantwortlichen verankert bleiben. Ich sage dies, weil man auch bedenken muss, was dies für Folgen hat für unsere Sicherheit. Bei diesem zentralen Anliegen des Staates setzt nach meiner Überzeugung die Richtlinienkompetenz des Kanzlers ein.

Wenn wir eine Richtlinienkompetenz haben, dann muss sie hier gelten, wo denn sonst. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, empfehle ich immer, dass man auch diesen Gesichtspunkt in der politischen Diskussion stark betont.

Ich darf Ihnen herzlich danken, dass Sie diesen internationalen Sicherheitskongress durchführen, gerade in dieser Zeit und gerade mit dieser Thematik. Ich erwarte mir davon auch für Baden-Württemberg, aber vor allem auch für unsere Republik einen wichtigen Beitrag dazu, was die Bundeswehr an Aufgaben in der kommenden Zeit im 21. Jahrhundert zu leisten

hat. Und ich denke auch, es sollten jetzt, wo eine Strukturkommission ihre Arbeit aufgenommen hat, auf der Bundesebene keine Vorentscheidungen getroffen werden, die man dann gar nicht mehr richtig rückgängig machen kann. Denn sonst kann man niemanden erklären, warum

man dann überhaupt eine solche Strukturkommission eingesetzt hat.

Ich grüße Sie alle ganz herzlich von unserem Ministerpräsident Erwin Teufel und wünsche Ihrem wichtigen Kongress einen guten Verlauf. Herzlichen Dank.



*40 Jahre
Reservistenverband*



des Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg
der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.



Oberst a.D.
Nikolaus Schmeja

“Europäische Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung.”

I. Die Entwicklung bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts.

Wir leben in einer Epoche des Umbruchs, der umfassend Werte, politische Verhältnisse und Strukturen, die Weltwirtschaft in allen Sektoren und gesellschaftliche Ordnungen erfasst hat. Die großen Ereignisse, die das Ende des Kalten Krieges begleiteten, sind dabei nicht etwa Auslöser, sondern bereits Folge dieser Entwicklungen und ihre Verstärker gewesen. Das Zeitalter des Imperialismus und der Industrialisierung hatte vor allem für Europa eine politische und wirtschaftliche Expansion bedeutet, in der Herrschaft und Marktausweitung Hand in Hand mit den Ideen des souveränen Nationalstaates, des Kolonialbesitzes, der Verstärkung und des Bevölkerungswachstums gegangen waren. In dieser sich dynamisch verändernden Situation war Sicherheit in einem Gleichgewicht der Kräfte, das heißt in der Wahrscheinlichkeit begründet, daß keine der großen europäischen Mächte einen Vorsprung erreichen würde, der ihr einen nicht mehr auszugleichenden Machtzuwachs und damit eine hegemoniale Position gewähren würde. Ein begrenzter Machtzuwachs konnte in Afrika, Asien und im Pazifik u.U. akzeptiert werden, in den umstrittenen Gebieten Europas, da er nur zu Lasten einer der anderen konkurrierenden Mächte erzielt werden konnte, mußte er zwangsläufig Spannungen auslösen. Ausgetragen wurde der Wettkampf um Erhalt des Gleichgewichts oder das Erringen eines Vorsprungs auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und technologischem Gebiet. Besonders deutlich wurde diese Konkurrenz im Streben um territorialen Zugewinn oder die Ausweitung der Einflußsphäre und in einem Wettrennen, das sowohl quantitative wie qualitative Merkmale einschloß. Allianzen und Verträge sollten eine gewisse Stabilität garantieren, enthielten aber das Risiko einer ungewollten Eskalation bei aggressivem Verhalten kleinerer Mächte mit ehrgeizigen Zielen oder Handlungszwängen bei drohendem „Gesichtsverlust“ einer Großmacht. In dieser konflikträchtigen Situation fehlte es an Mechanismen zur Kontrolle und Abkühlung überhitzter Situationen und einem institutionalisiertem Krisenmanagement, zumindest einem Forum zum Informationsaustausch. Diese Schwächen führten in den Ersten Weltkrieg.

Die Ordnung von Versailles, die übermäßig auf die Sicherheitsbedürfnisse Frankreichs ausgerichtet war, hatte die beiden multinationalen Großmächte, Österreich - Ungarn und das Osmanische Reich zugunsten von neuen, kleineren, ethnisch definierten Nationalstaaten mit beträchtlichen Minderheiten zerschlagen, die sich überwiegend ohne gewachsene Identität und breit akzeptierte Ordnungen inneren und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber sahen. Ihre Existenz und äußere Sicherheit hing von der Garantie Frankreichs und der Ohnmacht Deutschlands und Russlands ab. Russland, das sich mitten in einem revolutionären Umbruch befand, wurde isoliert. Deutschland verlor seine Kolonien und Teile des Reichsgebietes, wurde durch hohe Reparationsforderungen an einem wirtschaftlich gesunden und stabilen Aufbau behindert und war durch einseitige Rüstungsbeschränkungen nicht in der Lage, seine Sicherheit selbst zu gewährleisten. Damit war auch der notwendige gesellschaftliche und politische Umbau im Deutschen Reich mit erheblichen Handicaps belastet. Diese insgesamt fragwürdige Konstellation, die durch die isolationistische Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika, die im Krieg zur ersten Weltwirtschaftsmacht aufgestiegen waren, verstärkt wurde, entwickelte sich innerhalb von nur zwei Jahrzehnten, trotz einiger positiver Ansätze zu einer dauerhaften Friedensordnung zu kommen, in eine weltweite Auseinandersetzung, in der autoritär regierte Staaten die ersten aggressiven Schritte hin zum Zweiten Weltkrieg gingen. Das Forum Völkerbund, dem wichtige Mächte nicht angehörten, war für die Bewältigung der anstehenden Probleme nur mangelhaft ausgestattet.

Die barbarische Form des übersteigerten Nationalismus in Deutschland, das nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bald mit Kriegsvorbereitungen zur Durchsetzung seiner Ordnungsvorstellungen begann, die mit nie vorher in Friedenszeiten erlebtem Terror gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzte Umwandlung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft des Russischen Reiches in die Sozialistische Union der Sowjetrepubliken machten den Zweiten Weltkrieg nicht nur zu einem Kampf um eine neue Ordnung in

Europa, sondern zu einer weltanschaulichen Auseinandersetzung, die nach Zahl der Beteiligten, der Grosse der Opfer und der Brutalität des Vorgehens alles bis dahin Dagewesene übertraf. Der globale und weltanschauliche Charakter dieses Krieges brachte das Ende der europazentrierten Weltordnung und damit auch das Ende der Kolonialzeit. Die Niederlage Deutschlands und Japans schienen der Sowjetunion, die neben China die meisten Verluste zu beklagen hatte, den Weg zur Weltmacht und zum Sieg der kommunistischen Ideologie zu öffnen. Gleichzeitig hatten man unter politischer Führung der USA mit der Gründung der Vereinten Nationen, den Nürnberger Kriegsverbrecher - Prozessen und der Menschenrechtserklärung von Paris vielversprechende erste Ansätze zu einer neuen universalen Ordnung gemacht, um die auch heute noch gerungen wird.

Der „Kalte Krieg“, ein Konflikt um Werte und allgemein verbindliche Ordnungsmuster, brachte ein Kräftemessen auf allen Gebieten von den politischen Strukturen und Gestaltungskonzepten, über die Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und der wirtschaftlichen Organisation und Leistungsfähigkeit bis zu den Bereichen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, ohne daß es trotz erheblicher Rüstungs -anstrengungen auf beiden Seiten zu einem mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikt gekommen wäre. Die gesicherte Fähigkeit beider Supermächte, der USA und der Sowjetunion, nuklear das jeweils andere Lager, auch wenn man selbst überraschend angegriffen werden würde, zu vernichten, verhinderte die direkte, mit Waffen gerührte Auseinandersetzung und förderte die Einsicht, ein gemeinsam entwickeltes Sicherheitssystem mit Rüstungskontrollmaßnahmen und vertrauensbildenden Absprachen zu entwickeln. Während der Osten, zum größten Teil zwangsweise in das durch die Sowjetunion dominierte „sozialistische Lager“ eingegliedert, nach anfänglichen Aulbauerfolgen mehr und mehr in der bürokratischen, zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft, bei stets überwachter Abgrenzung nach außen, stagnierte, kam es im Westen trotz des Verlustes der Kolonien zu einem Wirtschaftswachstum und zu politischer Stabilität in einem in Europa nie gekanntem Ausmaß. Angestoßen wurden diese Entwicklungen vor allem durch die Vereinigten Staaten, die neben der Initiierung eines wirtschaftlichen Aufbauprogramms, dem Marshallplan, auch die politische und militärische Führungsrolle im Westen übernommen hatten. Die relativ rasche Eingliederung des Deutschlands westlich der Elbe, die politische, militärische und Wirtschaft -liehe Präsenz der USA in Europa und der enge Austausch auch im kulturell - geistigen und wissenschaftlich - technischen Bereich bei gleichzeitigem Aufbau gemeinsamer Institutionen und Mechanismen der Kooperation führten Schritt für Schritt in der westlichen Hälfte des alten Kontinents zu neuen Strukturen der Zusammenarbeit zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet, die bald auch zu einer engeren politischen Kooperation führten.

Während dieser Periode hatten sich mehrere entscheidende Entwicklungen vollzogen:

- die Entkolonialisierung verbunden mit dem Entstehen neuer selbständiger Staaten, der sogenannten „Dritten Welt“, ein revolutionär wirkender technisch - wissenschaftlicher Fortschritt insbesondere auf den Gebieten Medizin, Biologie, Chemie, Transport, der Automatisierung der Produktion und der Informationstechnik, die Globalisierung in Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation,
- die wachsende Erkenntnis, daß die verfügbaren Ressourcen endlich sind und ökologische Schäden, verursacht durch menschliches Verhalten schwerwiegende Folgen für die gesamte Welt nach sich ziehen können.

Die Entkolonialisierung war ein Prozeß, der manchmal schmerzhaft verlief, Kräfte band und auf das Engste mit dem Ost - West - Konflikt verbunden war. Letztendlich entstand eine „Dritte Welt“ mit neuen Staaten, die sich in ihren Territorien nach den oft willkürlich gezogenen Grenzen der alten Kolonien richteten. Grenzstreitigkeiten, ethnische und kulturelle Auseinandersetzungen dauern - nicht überraschend - deshalb bis heute an. Fehlende Identität und kaum entwickeltes Staatsbürgerbewußtsein, zu kleine nicht immer hinreichend ausge-

bildete Eliten, unzureichende Infrastruktur und schwach entwickeltes wirtschaftliches Leistungsvermögen bedeuteten eine ungünstige Ausgangslage für eine glückliche Zukunft in der Eigenverantwortung. Die UNO erwies sich dabei als Forum und Agentur, die „Neuen“ in die Staatengemeinschaft einzugliedern, ihnen Hilfestellung zukommen zu lassen und Schritte zu einer gemeinsamen gerechteren Ordnung zu entwickeln. Die Unterentwicklung in diesen Staaten, die weltwirtschaftlich zunächst in der Rolle der Rohstofflieferanten und Abnehmer von Industrie - und veredelten Produkten der hochindustrialisierten Gesellschaften sind, führte nach Nachahmungen des sozialistischen oder des demokratisch - marktwirtschaftlichen Systems vielfach zu einer Suche nach einem erfolgreicherem eigenem Weg in die Zukunft und zur Besinnung auf eigene kulturelle Traditionen. Instabilitäten im Inneren, die bis zu blutigen Bürgerkriegen führten und militärisch geführte Auseinandersetzungen mit Einmischung anderer, auch der Großmächte gehören zu den Ergebnissen des schwierigen Weges in ein stabilere gemeinsame Zukunft.

2. Globalisierung und Ökologie

Die Entwicklung nach Ende des Zweiten Weltkriegs hat - vor allem ausgelöst durch das amerikanische politische und wirtschaftliche Engagement in den besonders betroffenen Kriegsgebieten Europas und Asiens - zu einer weltumspannenden Verflechtung der Wirtschaft geführt. Mit dem Ende des Sowjetimperiums und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat sich global eine Wirtschaftsordnung durchgesetzt, die zu einer erheblichen Ausweitung des Welthandels von etwa 10 % der gesamten Weltgüterproduktion vor 1980 auf heute über 20% geführt hat, wobei der Handel mit agrarischen und bergbaulichen Rohstoffen eher stagniert, während der Handel mit Halbfertig - und Fertigwaren aus Industrieproduktion sich weiter steigerte. Aber auch im Dienstleistungsbereich (z.B. Versicherungen, Kreditgewährung) ist eine vergleichbare Entwicklung erkennbar. Neben den neuindustrialisierten Ländern Ost - und Südostasiens hat in den letzten Jahren die aktive Teilnahme Lateinamerikas, der Transformationsländer Osteuropas und der GUS einen An Schub für die Globalisierung gebracht, die weder strukturell noch in ihren Konsequenzen in den unterschiedlichen Branchen und in den Regionen wie in den politischen Folgen völlig überschaubar ist. Entscheidend für die Zukunft wird die weitere Erleichterung des freien Welthandels durch Abbau von Hindernissen und Beschränkungen sein- Damit Hand in Hand dürfte die Verschärfung der Standortkonkurrenz gehen, die den Regierungen eigene Wege im Bereich der Steuer -, Sozial -, Innen - und Umweltpolitik erschweren dürfte. Eine Auslagerung von Produktionen und Leistungen, die anderswo billiger erbracht werden können, ist eine weitere Konsequenz dieses Wettbewerbs, wodurch die gegenseitigen Abhängigkeiten der Volkswirtschaften sich weiter erhöhen. Störungen durch Spannungszustände, innere Unruhen oder militärische Aktionen können da rasch zu Krisen im Bereich der Wirtschaft mit politischen Folgen führen. Internationale Organisationen und multinationale Konzerne gewinnen dagegen an Gewicht und können Einfluß auch auf politische Konstellationen nehmen.

WELTHANDEL (EXPORTE) 1980 - 1998 (in Mrd. US S nach UN - Angaben)

	1980	1984	1988	1992	1996	1998
Volumen	1996,5	1909,4	2826,6	3661,2	5169,8	5307,
Zuwachs real gegen -über dem Vorjahr	+22 %	+5%	+12%	+7%	+4%	-1%
Zuwachs nominal Zum Vorjahr	+ 2%	+7%	+9%	+4%	+6%	+4%

Der schnell wachsende Handel hat eine Schrittmacherrolle bei der Globalisierung und Internationalisierung übernommen, die insgesamt gekennzeichnet ist durch Direktinvestitionen

der Unternehmen im Ausland, die Bildung multinationaler Unternehmen, stetige Steigerung des internationalen Reiseverkehrs und Gütertransportvolumens, grenzüberschreitende Zuliefer- und Dienstleistungsbeziehungen sowie weltweite Finanztransaktionen, bei denen eine Finanzmasse von 1250 Mrd. Dollar kurzfristig bewegt werden können. Eine entscheidende Rolle für die Globalisierung spielt vor allem der technische Fortschritt bei Verkehr und Telekommunikation. Die Transportverbindungen für Güter und Personen waren noch nie so schnell und kostengünstig wie heute, die Telefon Fax - und Computervernetzungen machen Grenzen durchlässig und lassen selbst die Entfernungen zwischen den Regionen und Kontinenten als für den Informationsaustausch nebensächlich erscheinen. Mit dem grenzüberschreitenden Austausch von Gutem, Dienstleistungen und Informationen steigt auch der Reiseverkehr von Menschen für kurze oder längere Aufenthalte in anderen Staaten und es bietet sich ein weites Feld für organisierte kriminelle Aktivitäten über die Staatsgrenzen hinweg, mit der Folge, daß auch hier der alte Souveränitätsbegriff überdacht werden und neuen Anforderungen der Internationalität Platz machen muss.

Die führenden Welthandelsländer 1997			
	<i>Import</i>		<i>Export</i>
USA	899,019 Mrd. \$	USA	688,697 Mrd. \$
Deutschland	445,556 Mrd. \$	Deutschland	512,502 Mrd. \$
Japan	338,829 Mrd. \$	Japan	421,051 Mrd. \$
Grossbritannien	306,591 Mrd. \$	Frankreich	290,408 Mrd. \$
Frankreich	270,554 Mrd. \$	Grossbritannien	281,082 Mrd. \$
Hongkong	208,614 Mrd. \$	Italien	238,306 Mrd. \$
Italien	208,286 Mrd. \$	Kanada	214,428 Mrd. \$
Kanada	200,880 Mrd. \$	Niederlande	196,146 Mrd. \$
Niederlande	197,147 Mrd. \$	Hongkong	188,059 Mrd. \$
Belgien - Luxemburg	155,488 Mrd. \$	VR China	182,690 Mrd. \$
Rep. Korea	144,615 Mrd. \$	Belgien - Luxemburg	165,580 Mrd. \$
VR China	142,377 Mrd. \$	Rep. Korea	136,741 Mrd. \$

Eine der Folgen der Globalisierung ist ein weiteres Wachstum der globalen Wertschöpfung, wobei sich das Wohlstandsgefälle zwischen reichen und armen Ländern keineswegs nivelliert hat. Zwei Staatengruppen haben den Abstand zu den hochentwickelten Industrieländern verringern können: die erdölexportierenden Länder der arabischen Welt und die wirtschaftlich überdurchschnittlich wachsenden Länder Ost - und Südasiens. Weiteren Staaten im asiatischen und lateinamerikanischen Bereich könnte im nächsten Jahrzehnt ebenfalls der Schritt vom Schwellen - zum Industrieland gelingen. Bei den ärmsten Ländern unserer Erde hat sich dagegen der Abstand zur Spitze weiter vergrößert.

Die zehn ärmsten Länder	\$ pro Kopf BSP / Einw. 97	\$ pro Kopf BSP / Einw. 98	Jährl. Veränd. 1990-1997
Nepal	220	210	2,2 %
Tansania	210	170	0,9 %
Ruanda	210	190	- 5,7 %
Malawi	210	180	0,8 %
Niger	200	200	- 1,9 %
Sierra Leone	160	200	- 5,7 %
Burundi	140	170	- 5,9 %
Mosambik	140	80	2,6 %
Kongo	110	130	- 9,6 %
Äthiopien	110	100	2,2 %

Die zehn reichsten Staaten BSP je Einw. in US\$ 1997 (ohne Kleinstaaten)

Luxemburg	45420
Schweiz	43060
Japan	38 160
Norwegen	36100
Dänemark	34890
Singapur	32810
USA	29080
Deutschland	28280
Österreich	27920
Island	26800

Die reichen Länder sind überwiegend entwickelte Industrieländer, die einen hohen Grad an politischer Stabilität aufweisen und demokratisch - rechtsstaatlich verfasst sind. Die ärmsten Staaten dieser Erde sind fast ausnahmslos der Dritten Welt zuzurechnen, politisch instabil und von inneren Unruhen bis zu Bürgerkriegen heimgesucht. Clan - Strukturen, autoritäre Regime oder Bandenwesen verhindern häufig eine eine moderne, zukunftssträchtige Politik. Ein hohes Bevölkerungswachstum frißt zudem oft die kleinen Fortschritte, die bei Bildung und Infrastruktur, bei Versorgung und Schaffung von Arbeitsplätzen gemacht werden, wieder auf. Eine Folge ist eine Migration in Gebiete, die mehr Lebenschancen zu bieten scheinen. Dies ist bei den unzureichenden Voraussetzungen, welche die meisten Migranten mitbringen, für die Zielländer ein Problem, da eine Eingliederung in die eigene Gesellschaft und in die Arbeitswelt nur sehr mühsam, wenn überhaupt, gelingt.

Klar ist aber auch, das nicht für alle ein gleicher Wohlstand wie in den altindustrialisierten Staaten erreicht werden kann. Die Begrenztheit der Ressourcen und die voraussichtlichen ökologischen Folgen einer Nutzung im bisherigen Stil für alle lassen das nicht zu. Damit wird einerseits die Frage schonender Nutzung und zweckmäßiger Verteilung der Ressourcen wie Wasser, Energie und Rohstoffe, andererseits die Festlegung von Bedingungen einer Weltwirtschaftsordnung, die auf Dauer Gerechtigkeit und Zukunft für alle schaffen kann, auch ein sicherheitspolitisches Problem.

3. Die neue Weltordnung und der moderne Sicherheitsbegriff

Drei markante Entwicklungen bestimmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Ausgangslage:

- der Übergang von der bipolaren Welt des Kalten Krieges mit ihrem ideologisch bestimmten Konfliktmustern zu einer multipolaren Welt, die generell Marktwirtschaft und demokratische Entscheidungsprozesse als universale Ordnungsmuster akzeptiert, aber auch komplexer in ihren Interaktionen geworden ist;
- die Globalisierung, die von der Wirtschaft ausgehend immer weitere Bereiche erfasst und bis hinein in die Kulturen und Sozialordnungen wirkt, der Souveränität der National - Staaten deutlich Grenzen setzt und neuen Akteuren Spielraum verschafft;
- der Zuwachs an wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Fähigkeiten, der in einigen Regionen schnell angenommen und umgesetzt wird, in anderen nur in Teilbereichen verfügbar ist, so daß insgesamt der Entwicklungsstatus auf der Welt immer weiter auseinanderklafft.

Der Ost - West - Konflikt, ein Werte - und Systemkonflikt, hatte Ansätze zu einer universalen Weltordnung befördert, um die existenzgefährdende Bedrohung durch einen mit Massenvernichtungswaffen geführten Krieg zu vermeiden. Zwar gab es sogenannte „Stellvertreterkriege“ in Afrika, Asien und bedingt auch in Lateinamerika, doch waren sie ihrem Charakter nach meist stärker durch emanzipatorische Züge als durch die ideologische Ausrichtung bestimmt. Beide Lager bemühten sich solche Eskalationen zu vermeiden, die lebenswichtige Interessen der jeweils anderen Seite in Frage stellen konnten. Ziele, Strategien und Fähigkeiten wurden offengelegt, mögliche „Szenarien“ erdacht und in ihren Folgen in der „Strategie community“ diskutiert. Internationale Organisationen entwickelten sich in diesem Kontext. Sie waren erfolgreich im strategischen Konsens der beiden Lager oder auch da, wo der Ost - West - Konflikt nicht berührt war. Der Entkolonialisierungsprozeß, der technisch - wissenschaftliche Fortschritt und die Globalisierung warfen allerdings immer drängender Fragen auf, die nicht mehr in den Kategorien des alten Staatensystems und der bipolaren Ordnung zu lösen waren.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers war die Konsequenz aus dem Unvermögen jedes autoritären Systems zu durchgreifenden Reformen, geistiger, struktureller und personeller Erneuerung und der Unfähigkeit aus ideologischen Fesseln auszubrechen, um auf neue Herausforderungen flexibel und innovativ zu reagieren. An ihrer systemimmanenten Rückständigkeit und ihrer inhumanen Ordnung sind die Sowjetunion und ihr Satellitenreich zerbrochen. Als einzige Supermacht sind die USA übriggeblieben, die im wissenschaftlich - technischen Sektor und in der Wirtschaft führen und auf allen politisch relevanten Gebieten ihre Interessen wahrnehmen und zur Geltung bringen können. Mit dem Ende des Kalten Krieges sind aber auch für viele bisher in die Logik des Ost - West Konflikts eingebundenen Staaten neue Spielräume, aber auch neue Herausforderungen entstanden, die teilweise zum Zerfall politischer Einheiten und Strukturen oder zu Auseinandersetzungen geführt haben, die vielfach historische Grundmuster und geopolitische Konstellationen aus vergangener Zeit wiederzubeleben schienen.

Mit dem Wegfall der existentiellen Bedrohung verändern sich die Dimensionen und Kategorien der Sicherheit. Das militärische Element der Abschreckung tritt deutlich zurück, wirtschaftliche, innere und selbst soziale und kulturelle Aspekte gewinnen an Bedeutung. Die größte Gefahr für die Sicherheit wird die Instabilität, das unberechenbare Spannungsfeld, das aus ungelösten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen Gewalt entstehen lässt. Ethnische und religiöse Rivalitäten, Unterdrückung von Minderheiten, die Verletzung der Menschenrechte, unzureichende oder fehlgeschlagene politisch - gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformbemühungen und Gebietsstreitigkeiten können die Ursachen für eine schnell um sich greifende Krise, die in Krieg oder Bürgerkrieg umschlägt, bilden. Sicherheit im modernen Sinne bedeutet die Fähigkeit zur Krisenbeherrschung, zur Beherrschbarkeit der Risiken. Sie verlangt internationale Zusammenarbeit über die Staatengemeinschaft hinaus, die Bereitstellung eines Instrumentariums für alle Phasen eines Konflikts von der Präventivmassnahme im Entstehungsstadium über das Krisenmanagement, die eventuell notwendige Friedensschaffung bis zur Friedenssicherung und Konsolidierung.

Die Krisen und Konflikte in jüngster Zeit haben deutlich gemacht, das die internationale Gemeinschaft weder konzeptionell noch strukturell die notwendigen Vorbereitungen für ein solches Krisenmanagement bereits in zufriedenstellender Weise entwickelt hat. Die Vereinten Nationen wie die OSZE basieren auf Vorstellungen, die den beschriebenen Problemen mit ihrem überholten Verständnis vom souveränen Nationalstaat nicht mehr gerecht werden. Dazu fehlt ihnen das Instrumentarium, nämlich ausreichende Informationsmöglichkeiten, leistungsfähige Kommandozentralen und schnell verfügbare Streitkräfte. Streitkräfte bleiben ein wichtiges Mittel, - in bestimmten Lagen das entscheidende Mittel -, um Krisen zu lösen und Frieden wiederherzustellen. Operative Grundsätze, Aufgaben und taktischer Einsatz haben sich allerdings gegenüber dem klassischen Militäreinsatz geändert. Die Anforderungen sind vielfältiger geworden. Sie reichen von der humanitären Hilfe über polizeiähnliche

Einsätze, Betreiben von Versorgungssystemen und -einrichtungen. Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen bis hin zur Bekämpfung bewaffneter, organisierter Einheiten militärischen Zuschnitts.

4: Europäische Sicherheit

Europa ist mehr als ein geographischer Begriff, aber in seiner Geschichte, Kultur und geopolitischen Bedeutung nur schwer als Ganzes zu beschreiben. Auch nach dem Fall von Mauer und Eisernem Vorhang ist das Gemeinsame die Vielfalt, nicht die wirtschaftliche und politische Einheit. Am ehesten verbinden noch die Gemeinsamkeiten in der Geschichte und die kulturellen Beziehungen und Quellen. Das westliche Europa hat in der Zeit des Kalten Krieges dank der amerikanischen Unterstützung und der Entscheidung der Bundesrepublik für eine feste Einbindung in den Westen Strukturen entwickelt, die in der Europäischen Union ein tragfähiges politisches und wirtschaftliches Fundament gefunden haben. Die Länder des alten Mitteleuropa - traditionell mit dem Westen verbunden - streben in diese Gemeinschaft, da sie nach den Erfahrungen der lähmenden Sowjetherrschaft den Anschluß an die Moderne hier am ehesten erwarten können. Aber auch der Südosten bewegt sich auf die Europäische Union und die NATO zu, den Garanten für Stabilität und Fortschritt durch enge Kooperation mit der Supermacht USA. Offen ist die Frage nach der Einordnung der Teile des ehemaligen Jugoslawiens, der Türkei und dem wirklichen Osten Europas, vor allem Rußlands.

Bei Abkopplung von den Vereinigten Staaten, ja selbst bei einer nur lockeren Verbindung ohne ihre Bindung durch Präsenz in Europa bestünde das alte Dilemma der Erhaltung eines Gleichgewichts der fast Gleichen nämlich Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens. Die Verlockung, Vorteile durch Absprachen und Bündnisse untereinander und mit den direkten Nachbarn zu treffen, wäre eher noch größer als heute ohnehin schon vorhanden. Ein Gleichgewicht zu der strategisch immer noch mitzurechnenden, aber schwer auszurechnenden östlichen Großmacht Rußland wäre nur unter gewaltigen Anstrengungen herstellbar. Die NATO bleibt daher der Eckpfeiler der europäischen Sicherheit, da nur sie die transatlantische Verbindung, ein hinreichendes Gleichgewicht und eine Leistungsfähigkeit garantiert, die von anderen Institutionen heute nicht zu erwarten ist.

Im wirtschaftlichen Bereich benötigt das rohstoffarme Europa im Zeitalter der Globalisierung ebenfalls strategische Allianzen, die auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit und einer auch in Zukunft prosperierenden Entwicklung nur von der Förderung offener Märkte und des freien Handels bestimmt sein können. Abgrenzung bedeutet da Rückschritt, unzureichende Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und Energie und Verlust des Anschlusses an den wissenschaftlich - technischen Fortschritt. Um eigene Interessen stärker zur Geltung bringen zu können, bedarf es einerseits der Offenheit für eine globale Entwicklung, andererseits der Verbesserung der Zusammenarbeit und Bündelung der Kräfte auf allen Gebieten ohne die Flexibilität durch Vielfalt und Wettbewerb aufzugeben. Die gelegentlich von einigen Mitgliedern der Europäischen Union verfolgte Linie einer größeren Distanz zu den USA und Versuche zur Errichtung einer Handelsfestung Europa geht in die Irre. Einige wenige Zahlen machen dies deutlich: bei nur 7 % der Weltbevölkerung erzielt Europa einen Anteil von 23 % der Weltwirtschaftsleistung bei 19 % des Weltexports (ohne Binnenhandel der EU-Länder untereinander) und ist am Energieverbrauch mit 17 % beteiligt.

Auch im Bereich der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte ist eine engere Kooperation notwendig, wenn eigene Lösungen und Vorstellungen an Gewicht gewinnen sollen. Die Vorgänge um das ehemalige Jugoslawien, der Verlauf der Konflikte im Nahen Osten haben die Schwächen Europas deutlich hervortreten lassen. Eine stärkere Mitsprache und Einflußnahme verlangt aber auch eine gesteigerte Anstrengung der Europäer bei der Bereitstellung

von Kapazitäten, eine Anstrengung, die die Amerikaner seit längerem aus Gründen der fairen Lastenverteilung („burden sharing“) fordern. Die Planung eigener europäischer Krisenstreitkräfte darf insofern nicht als eigenständiges Element sondern als Beitrag im Rahmen einer im Westen abgestimmten Konzeption zur modernen Sicherheits -Vorsorge verstanden werden.

Gerade die Konflikte um das ehemalige Jugoslawien haben deutlich gemacht, wo Ursachen, Versäumnisse, aber auch Lösungsansätze für die rückständigen und noch in ihrer Entwicklung nicht konsolidierten Regionen Europas liegen. Historische „Altlasten“, ethnische und kulturelle Spannungen, das Fehlen akzeptierter Werte und Normen, unzureichende Minderheitsrechte, Herrschaftsansprüche und Privilegien von Gruppen, mangelhafte Demokratisierung und fehlende Öffentlichkeit, sowie Einmischung externer Mächte mit eigenen Interessen haben ein explosives Gemisch entstehen lassen, das sich in Gewalt und Terror entladen hat. Die Notwendigkeit, gewaltsame Lösungen zu unterbinden, Minderheiten zu schützen, Rechtssicherheit zu schaffen, den Demokratiesierungsprozess in Gang zu setzen und den Aufbau einer modernen Wirtschaft zu betreiben, läßt sich nur in gemeinsamen internationalen Anstrengungen realisieren.

Sicherheit für Europa wird es aber nicht ohne eine wirksame Partnerschaft mit Russland geben. Die Auflösung des Sowjetimperiums mit dem Rückzug der Truppen aus Mitteleuropa, der Akzeptanz der Souveränität der Satelliten und die Bereitschaft, die meisten der im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert okkupierten Gebiete in die Selbständigkeit zu entlassen, ist gerade bei den politischen und militärischen Führungsschichten noch nicht verkräftet. In Russland herrscht in weiten Kreisen offenbar immer noch das Denken in Kategorien des Zeitalters des zaristischen und sowjetischen Imperialismus vor. Einflußsphären statt offener Konkurrenz, Ansprüche statt Reformen und eigener Anstrengungen, Herrschaft statt Zusammenwirken rühren zu stetigen Fehlentwicklungen, die für die weitere friedliche Entwicklung in Europa und Asien gefährlich werden können. Das Beharren auf Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Staaten bei gleichzeitigem Postulat selbst im sogenannten „Nahen Ausland“ ein Einspruchs - und in Fragen des Beitritts zu Bündnissen in Europa ein Vetorecht zu besitzen, verheißen keinen leichten Weg zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit, die essentiell für eine umfassende und funktionierende Friedensordnung in Europa ist. Russland muß seine Identität neu definieren und ein tiefer gehendes Verständnis für die mit der Globalisierung eingeleitete internationale Entwicklung erreichen. Hier ist europäische Hilfestellung und der auch bei Schwierigkeiten zu führende Dialog unersetzlich.

Bleibt die Frage der unruhigen Peripherie vom Maghreb bis zum Nahen und Mittleren Osten. Ansätze sind gemacht, um im Zusammenspiel von NATO, Europäischer Union - WEU und OSZE die vielfältigen Risiken, die von einer unkontrollierten Migration über das Eindringen krimineller Banden, das Übertragen von Konflikten aus den Ursprungsregionen auf den europäischen Kontinent, die terroristische Einflußnahme auf europäische Haltungen und Institutionen bis zur direkten Verwicklung in Kampfhandlungen in diesem Bereich gehen können, besser kontrollieren und beherrschen zu können.

Letztendlich wird der Erfolg, eine positive Zukunft für Europa, davon abhängen, ob Politiker und Bürger die geänderten Bedingungen und Herausforderungen einer Sicherheitspolitik für Europa verstehen und bereit sind, die notwendigen Maßnahmen zu akzeptieren.

Nikolaus Schmeja



V o r t r a g

des Parlamentarischen Staatssekretärs
des Bundesministeriums der Verteidigung



Staatssekretär
Walter Kolbow

“Die Bundeswehr auf dem Prüfstand.

**Die politischen Aufgaben und Rahmenbedingungen
zur Erneuerung der Deutschen Streitkräfte.”**

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, hier zu Ihnen zum Thema „Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ zu sprechen. Ich bin Ihrer Einladung gerne gefolgt und die Zusammensetzung des Zuhörerkreises heute abend aus aktiven Soldaten, Reservisten und interessierten Bürgern aus vielen Bereichen zeigt, dass die Bundeswehr in der hiesigen Region fest in die Gemeinschaft integriert und das Interesse an ihrer Weiterentwicklung groß ist.

Das Thema ist in Anbetracht des ersten Einsatzes der Bundeswehr mit Kampftruppen auf dem Balkan, der Arbeit der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ und der jüngsten Beschlüsse zum Bundeshaushalt 2000 hoch aktuell.

Anrede,

der Schutz der Menschenwürde und der Erhalt des Friedens haben in unserer Verfassung einen besonderen Rang. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist daher Friedenspolitik.

In einer globalisierten Welt mit ihren komplexen Risiken sind die Anforderungen an die Bundeswehr als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik erheblich gestiegen. Dies hat der Bundesminister der Verteidigung Rudolf Scharping anlässlich der Haushaltsdebatte am 24.11.99 noch einmal ausdrücklich betont, indem er feststellt, dass Deutsche Sicherheitspolitik in einem umfassenden Rahmen eingeordnet werden muss. Früher stellte sich bei einer Analyse der sicherheitspolitischen Lage die Frage: „Wo ist der Feind?“, heute muss man fragen: „Wo ist der Partner“. Wir haben gelernt, dass Friede, Sicherheit und Stabilität weniger denn je ausschließlich militärisch definiert werden können. Sicherheit in und für Europa kann heute nur noch umfassend verstanden werden - in ihrer politischen, in ihrer sozialen und auch in ihrer militärischen Dimension.

Diese geänderte Lageeinschätzung vor Augen, hat Minister Scharping zu Beginn

seiner Amtszeit eine umfassende Bestandsaufnahme in Auftrag gegeben. Gleichzeitig hat er sich in zahlreichen Tagungen, Gesprächen und Besuchen bei der Truppe ein umfassendes Bild vom Zustand der Bundeswehr gemacht. Diese Informationen, die auch in gedruckter Form erhältlich sind, sind für uns deshalb wichtig, da niemand die Bundeswehr besser kennt, als die Soldatinnen und Soldaten und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in ihr dienen. Ihre umfassende und frühzeitige Beteiligung an allen Maßnahmen entspricht nicht nur einem zeitgemäßen Führungsverständnis, sondern nutzt auch das vorhandene schöpferischen Potential.

Bei den durchgeführten Untersuchungen wurde sehr schnell deutlich: Die Bundeswehr braucht eine konzeptionelle Neuausrichtung, deren Umsetzung langfristig anzusetzen ist und bis zum Jahr 2010 abgeschlossen sein sollte. Es hat sich aber auch erwiesen, dass bereits kurzfristig grobe Mängel behoben werden müssen.

Anrede,

lassen sie mich vor einem Blick in die Zukunft, noch einmal die heutige Ausgangslage in aller Deutlichkeit feststellen.

Das Ergebnis der Bestandsaufnahme, die im Oktober 1999 durch die Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz aktualisiert wurde, zeigt, dass der derzeit konzeptionelle und strukturelle Rahmen kein Entwicklungspotential für unsere Bundeswehr bietet. Es hat sich herausgestellt, dass: Umfang, Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte trotz jahrelanger Umgliederung immer noch überwiegend auf die Abwehr einer großangelegten Aggression in Mitteleuropa ausgerichtet sind.

für eine grundlegende Neuausrichtung in den 90er Jahren durch die damalige Bundesregierung die notwendigen Mittel nicht bereitgestellt wurden.

Auftrag, Umfang, Ausrüstung und Mittel aus der Balance geraten sind, die Bundeswehr seit Jahren unterfinanziert ist. Sie kann ihre bisherigen Aufga-

ben nicht mehr erfüllen und die künftig erforderlichen Fähigkeiten nicht entwickeln. Ausgehend von dieser Analyse muss festgehalten werden, dass es ein „weiter so“ nicht mehr geben kann. Auch „Schönheitskorrekturen“ helfen den Streitkräften in der heutigen Situation nicht mehr weiter, es gilt eine zukunftsfähige Bundeswehr grundsätzlich neu auszurichten. Zu diesem Zweck hat der Bundesminister der Verteidigung die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ eingesetzt. Sie wird geleitet von dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker. Die Besetzung mit hochrangigen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Kirchen stellt eine umfassende Analysefähigkeit und Unabhängigkeit im Urteil sicher. Die Kommission wird im Mai 2000 erste Empfehlungen zur konzeptionellen Neuausrichtung der Bundeswehr vorlegen. Parallel dazu erarbeitet der Generalinspekteur Eckwerte für eine Weiterentwicklung der Streitkräfte. Die Ergebnisse beider Untersuchungen bilden die Grundlage für die dann politisch zu treffenden Entscheidungen.

Nach Vorlage der Ergebnisse erwarte ich eine umfassende gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige Rolle der Streitkräfte, über die Wehrform und letztlich auch über die Frage der Finanzierung. Es ist in diesem Zusammenhang schon verwunderlich, dass nach den neusten EMNID-Umfragen die Bundeswehr ein sehr hohes Ansehen genießt (86 % Vertrauen), 64 % eine Beibehaltung der Stärke fordern und sich 67 % für die Wehrpflicht aussprechen, dass aber immer noch 23 % der Befragten weitere Kürzungsmöglichkeiten sehen. Hier gilt es in den nächsten Monate Überzeugungsarbeit - nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch im Parlament - zu leisten. Optimistisch stimmt mich, dass Richard von Weizsäcker bereits am 24.11.99 im Handelsblatt vor Kürzungen des Wehretats gewarnt hat. Hier bezieht der Vorsitzende der Kommission bereits heute schon Stellung, was auf das Ergebnis der Untersuchungen Hinweise geben kann.

Anrede,
unabhängig von den konkreten Untersuchungsergebnissen können wir aber schon heute feststellen, dass die Bundeswehr nach 1990 eine Armee im Einsatz geworden ist und dies auch auf absehbare Zeit bleiben wird.

Eine Risikobewertung führt zu dem Schluss, dass eine existenzielle Bedrohung Deutschlands durch eine groß angelegte Aggression derzeit unwahrscheinlich ist. Dafür haben regionale Konflikte an der Peripherie der NATO zugenommen und destabilisieren auch Nachbarstaaten und haben damit Auswirkungen nicht nur auf unsere gemeinsame militärische Sicherheit. 1989 wurden 35, 1998 bereits 60 Konflikte weltweit gezählt. Größtenteils waren dies sogenannte innerstaatliche Auseinandersetzungen. Damit hat sich nicht nur die Anzahl der Konflikte deutlich erhöht, sondern auch ihre Erscheinungsform drastisch verändert.

Anrede,
Deutschland ist kein Frontstaat mehr. Trotzdem, oder gerade deswegen bleibt die kollektive Verteidigung und die transatlantische Bindung unverzichtbar. Ein substanzieller deutscher Beitrag zur Bündnisverteidigung ist deshalb die beste Art der Landesverteidigung, weil wir auf diese Art bewaffnete Auseinandersetzungen von unserem eigenen Land auf Distanz halten. Krisenbewältigung, Konfliktverhütung, Partnerschaft und Kooperation sind als neue grundlegende Sicherheitsaufgaben hinzugetreten. Wer sich jedoch nicht mit angemessenen und geeigneten Streitkräften an der Krisenbewältigung beteiligen kann, hat keine Chance, zur Konfliktbeilegung und zur Friedensgestaltung maßgeblich bei zu tragen. Wichtig hierbei ist auch zu beachten, dass die Streitkräfte zu einem angemessenen Verhältnis zum wirtschaftlichen Potential und zur Geographie und Bevölkerungsgröße eines Landes stehen müssen.

Auf dem NATO-Gipfel in Washington vom 23.-25. April 1999 und dem Gipfel der Europäischen Union in Köln am 03./04. Juni 1999 wurden weitreichende

Beschlüsse zur Anpassung von NATO und EU an die zukünftigen Herausforderungen gefaßt.

Das neue Strategische Konzept der NATO ist die Antwort auf diese neuen Chancen und Risiken, denen sich die euroatlantische Gesellschaft stellen muss. Es trägt unverkennbar die deutsche Handschrift.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität bildet die Grundlage für die Übernahme von mehr Verantwortung durch die europäischen Partner. Dazu stellt die NATO europäischen Institutionen Mittel und Fähigkeiten für eigene Operationen zur Verfügung.

Für die neue Bundeswehr sind bei der nun beginnenden Umsetzung dieser Konzepte unseres Erachtens folgende Fähigkeiten zwingend erforderlich:

Sie muss hoch beweglich, durchhaltefähig und fern des eigenen Landes zu versorgen sein. Der Einsatz außerhalb des eigenen Landes erfordert eine mobile logistische und sanitätsdienstliche Unterstützung.

Sie trägt mit eigenen Mitteln und im Verbund mit den Partnern zur frühzeitigen Erkennung von Krisen bei und stellt zeitgerecht umfassende Informationen als Grundlage für politische und militärische Entscheidungen bereit.

Sie ist hoch mobil und flexibel. Ihre Truppenteile müssen schnell verlegbar und in der Lage sein, auch nach kurzer Vorbereitungszeit unterschiedlichste Aufgaben von der Katastrophenhilfe bis hin zum lang anhaltenden Krisenreaktionseinsatz wahr zu nehmen.

Sie führt Einsätze vorrangig streitkräftegemeinsam und multinational. Die Führungsorganisation und Führungsmittel - die heute noch mit Mängeln versehen sind - sind mit denen der Verbündeten kompatibel zu halten.

Sie setzt ihre Truppenteile im gesamten Bündnisgebiet und gemeinsam mit den Verbündeten ein und leistet nach kurzer Vorbereitungszeit Beiträge zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung im Rahmen internationaler Organisationen.

Die Regenerations-, Aufwuchs- und Mobilmachungsfähigkeit müssen so gestaltet werden, dass die notwendigen militärischen Fähigkeiten bereits vor Entstehen einer Krise in einem angemessenen Umfang zur Verfügung stehen. Wer erst bei der Entstehung von Krisen seine militärischen Fähigkeiten aufbauen muss, handelt zu spät und mit dem Risiko der ungewollten politischen Eskalation.

Anrede,

Daraus ergeben sich folgende grundsätzliche Folgerungen für die weitere Planung:

- Um selektiven Eingriffen in das Gefüge vorzubeugen, ist ein ganzheitlicher Ansatz unter Einschluss aller Bestimmungsfaktoren und deren Abhängigkeiten erforderlich. Dazu werden realistische Prognosen zu den personellen, materiellen und zu erwartenden finanziellen Ressourcen benötigt.
- Bei den Überlegungen zu den künftigen Strukturen hat die streitkräftegemeinsame Weiterentwicklung Vorrang. Die Fähigkeit zur Führung von sogenannten „Joint and Combined Operations“ im multinationalen Rahmen ist konsequent auszubauen.
- Die weitere Ausgestaltung der Streitkräfte muss die heute möglichen technologischen Fähigkeiten nutzen und die Technologielücke in der NATO zwischen den USA und Europa schließen.

Die Anpassung der Fähigkeiten der Streitkräfte und deren Auswirkung auf Umfänge, Strukturen und die Ausrüstung bedarf sorgfältiger Planung und vollzieht sich dann phasen- bzw. stufenweise und zu wesentlichen Teilen erst im Anschluß

an die Arbeiten der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“.

Ohne Zweifel müssen künftige Streitkräfte über moderne Ausrüstung und Technik verfügen. Der dazu notwendige Anpassungsprozess muss sich dabei vorrangig an der Einsatzwahrscheinlichkeit und den Einsatzerfordernissen orientieren. Dabei haben die für den Einsatz außerhalb Deutschlands vorgesehenen Kräfte Priorität in der Ausrüstungsplanung. Qualitative Unterschiede zwischen den künftigen Streitkräfte-kategorien werden unvermeidlich sein, dürfen jedoch nicht zu Einschränkungen in der Fähigkeit zur Zusammenarbeit führen.

Knappe Ressourcen werden weitere Prioritätensetzungen und, wo zweckmäßig, die zentrale Bereitstellung von Kräften und Mitteln erforderlich machen. Der planerische Vorrang wird sich dabei grundsätzlich aus der Rangfolge der Aufgaben ergeben müssen. Ziel muss eine Materialbeschaffung in überschaubaren Zeiträumen und in militärisch sinnvollen sowie wirtschaftlich vernünftigen Los-Größen sein.

Anrede,

am 23. Juni hat die Bundesregierung über den Haushaltsentwurf für das nächste Jahr entschieden, der am Mittwoch dieser Woche im Parlament abschließend beschlossen wurde. Dabei wird die Bundeswehr zukünftig erheblich weniger Mittel als ursprünglich vorgesehen zur Verfügung haben. Es führt kein Weg daran vorbei, dass auch die Bundeswehr ihren Beitrag zu der dringend notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen leisten muss. Nur so können wir gewährleisten, dass Wohlstand, Wachstum und soziale Sicherheit in unserem Land erhalten bleiben. Die Notwendigkeit des Sparrens wurde hinlänglich diskutiert. Ich möchte Ihnen deshalb nur drei Zahlen nennen, die das ganze Ausmaß deutlich machen: Die Gesamtschulden der Öffentlichen Hand liegen bei 1,5 Billionen D-Mark, die Last der Zinsen führt mit 82 Milliarden D-Mark zum zweitgrößten Haushaltsposten im kommenden

Jahr, in jeder Minute in der wir hier zusammen sind, zahlen wir 150.000 D-Mark Zinsen an die Banken.

Anrede,

Bei allen Sparmaßnahmen werden wir sicherstellen, daß die Soldaten und Soldatinnen weiterhin die Ausrüstung und die Ausbildung erhalten, die sie für ihre schwierige Aufgabe benötigen und auf die sie einen Anspruch haben. Sie können auch sicher sein, daß wir bei unseren Entscheidungen die sozialen Belange aller Angehörigen der Bundeswehr berücksichtigen werden.

Das uns dies besonders am Herzen liegt, zeigen die aktuellen Entscheidungen in diesen Bereichen.

Zum einen wurde durch eine Anhebung von rund 2000 Stellen, die Struktur besonders bei Mannschaften, Unteroffizieren und Stabsoffizieren verbessert; der Beförderungsstau wird abgebaut. Zudem werden zusammen mit der Wirtschaft neue Wege beschritten, die dem Nachwuchs ein noch attraktiveres Angebot an zivilberuflich nutzbarer Ausbildung anbietet und den Einstieg in den zivilen Arbeitsmarkt erleichtert.

Zum anderen wurde mit den Beschaffungsentscheidungen für zwei neue Fahrzeuge, dem Allschutz-Transportfahrzeug (ATF) und dem Gepanzerte Transportfahrzeug (GTK) sicher gestellt, dass die im Einsatz befindliche Truppe weiterhin über geeignetes Gerät verfügt, um die Auftrags Erfüllung sicherzustellen und dabei den bestmöglichen Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten zu gewährleisten.

Getreu der Leitlinie des Bundesministers der Verteidigung, soziale und planerische Sicherheit der Angehörigen der Bundeswehr und ihrer Familien zu gewährleisten, werden die Einsparungen daher überwiegend den investiven Bereich treffen.

Für einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es kein Patentrezept. Fest steht aber, dass eine drastische Personalreduzierung keinen gangbaren Weg darstellt. Im übrigen zeigen Erfahrungen unserer Verbün-

deten, dass Personalabbau hohe Kosten insbesondere dann verursacht, wenn dabei die Wehrpflicht abgeschafft wird, da in einem solchen Fall erhebliche Summen in die Nachwuchsgewinnung gesteckt werden müssen, um die Qualität des Personal auf dem heutigen Stand zu halten.

Anrede,
wenn wir über die zukünftige Finanzierung unserer Streitkräfte sprechen, dürfen wir nicht an „alten Zöpfen“ festhalten. Grundsätzlich darf es keine heiligen Kühe geben, will man die Effizienz steigern. In einem ersten Schritt haben wir folgende Instrumentarien aufgebaut, die einer Effizienzsteigerung dienen:

Mit der Einführung von Globalbudgets ist ein erster Schritt getan, um Verantwortung und Mittel auf allen Ebenen in eine Hand zu legen.

Die Kosten- und Leistungsverantwortung wird auf allen Ebenen eingeführt. Im Jahr 2004 werden 75% aller Dienststellen nach diesen Grundsätzen geführt werden.

Zur Zeit laufen 89 Projekte zum Market Testing. Mit der verstärkten Inanspruchnahme privater Leistungen im Wettbewerb werden Kosten gesenkt.

- Ein umfassendes Controllingssystem wird aufgebaut.
- In die Besoldung der Mitarbeiter wurden Leistungselemente eingeführt.
- In Workshops mit der Industrie wird nach Möglichkeiten gesucht, die Erfahrungen der Industrie in die bestehende konzeptionelle Neuausrichtung der Bundeswehr einzubringen. Hierzu gehören insbesondere die Fragen einer effektiven Logistik und der Finanzierung von Großvorhaben.
- Diese ersten erfolgreichen Schritte gilt es nun weiterzuverfolgen und auszubauen.

Anrede,
Lassen Sie mich einen weiteren wichtigen, Sie sicherlich interessierenden Teilaspekt besonders herausgreifen: Ohne Reservisten könnten die Streitkräfte ihre Aufträge

im Frieden, in Krise und Einsatz nicht erfüllen. Wir können auf ein großes Potential gut ausgebildeter, qualifizierter und engagierter Reservisten zurückgreifen. Sie sind integraler Bestandteil der Streitkräfte: als Spezialisten, als Offiziere und Unteroffiziere. Nur ansatzweise kann ich hier ihre Verdienste beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur auf dem Balkan, in Bereichen der Pressearbeit, des Postwesens und des Sprachendienstes in den Auslandseinsätzen nennen. Im Inland decken sie in einer hohen Anzahl die durch die Auslandseinsätze aktiver Soldaten entstandenen Vakanzen zur Aufrechterhaltung des Dienstes ab. Dazu gehört auch der beispielhafte Einsatz von Reservisten in den Familienbetreuungszentren.

All dies zeigt, dass Rolle und Bedeutung von Reservisten in den deutschen Streitkräften einem fortlaufenden Wandel unterliegen. Ihre Aufgaben werden vielfältiger, die Anforderungen an professionelles Können und Einsatzwillen steigen. Reservisten bewähren sich. Hierfür verdienen sie besondere Anerkennung.

Gleichwohl werden auch sie von den Konsolidierungsmaßnahmen des Bundeshaushalts nicht verschont. So musste für das nächste Jahr die Zahl der verfügbaren Wehrübungsplätze reduziert werden. Diese Maßnahme war unvermeidlich. Hierfür bitte ich Sie ausdrücklich um Ihr Verständnis. In erster Linie wird sich dies auf die Anzahl der durchführbaren Truppenwehübungen auswirken. Die Sicherstellung der Auslandseinsätze durch Einzelwehübungen, aber auch wichtige Fortbildungs- und Förderungsmaßnahmen für Reservisten bleiben unberührt. Im übrigen: Dem Engagement in der freiwilligen Reservistenarbeit stehen keine Hindernisse entgegen! Dies ist eine wichtige, unverzichtbare Arbeit für die Bundeswehr und für unser Land in der notwendigen Mittlerrolle der Reservisten und seines Verbandes zwischen Gesellschaft und Streitkräften.

Reservisten haben für Deutschland eine hohe Bedeutung für unser Gewicht in der Allianz. Mit ihnen verfügt die Bundeswehr

über eine Kapazität, die kein Bündnispartner in dieser Quantität und Qualität bereitstellen kann. Die Aufwuchsfähigkeit unserer Streitkräfte ist ein Stabilitätsfaktor in Europa und für das Bündnis als Ganzes. Die europäischen, aber auch unsere nordatlantischen Bündnispartner vertrauen darauf.

Anrede,

eine moderne und leistungsfähige Armee ist für unser Land unverzichtbar. Die Bundeswehr wird auch zukünftig als Instrument einer verantwortungsbewußten Außen- und Sicherheitspolitik ihren Verpflichtungen nachkommen und nur wer über ein solches Instrument verfügt, wird im Kreise der Bündnispartner Mitspracherechte behalten.

- Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit brauchen Schutz. Das gilt nicht nur in der Ferne. Auch in der Zukunft gilt: Nur wer sich verteidigen kann und daran keinen Zweifel läßt, wird ernst genommen und kann die Zukunft mitgestalten.

Ich bin mir bewusst, dass bei dem Gedanken an die Zukunft unserer Bundeswehr bei manchen von Ihnen eine Ungewissheit bleibt. Dennoch hoffe ich, Ihnen die grundsätzliche Notwendigkeit einer konzeptionellen Neuausrichtung der Bundeswehr aus einer übergeordneten Perspektive nähergebracht zu haben.

Ich danke Ihnen.



vorne: Major i.G. Peter Haupt, Reihe 2 von links: Klaus Grabowsky, Dieter Püschel, Günther Cernotzky



des Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg
der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

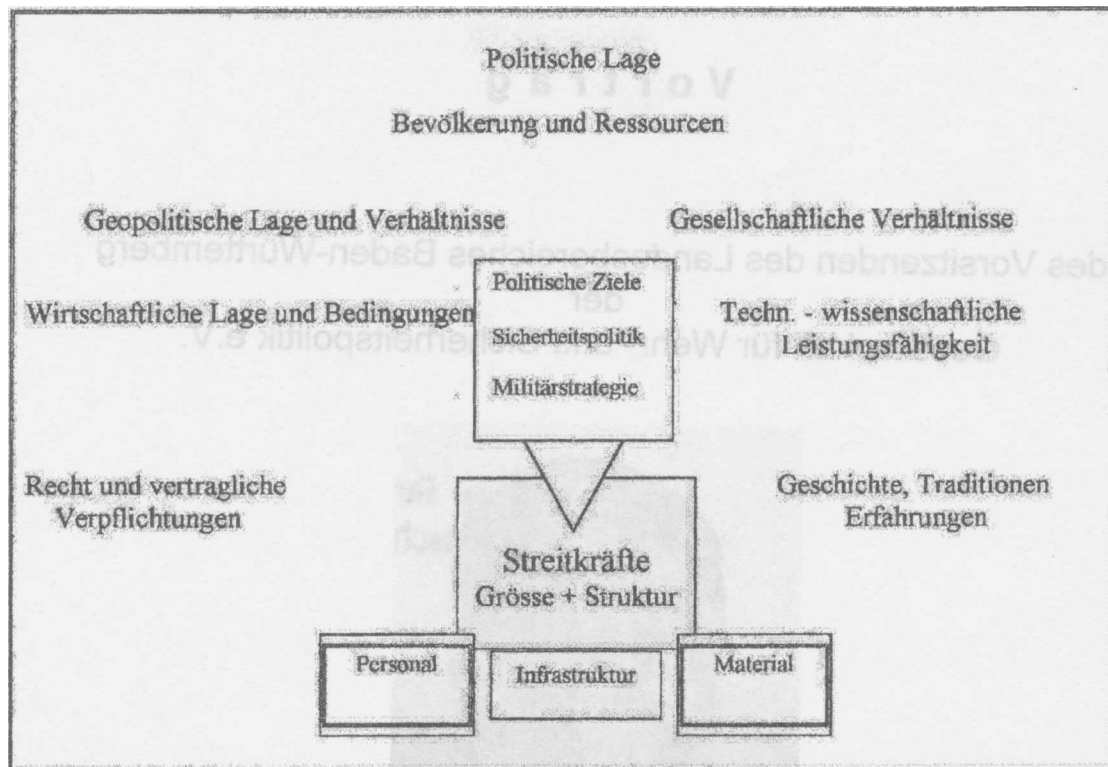


Oberst a.D.
Nikolaus Schmeja

**“Strukturalternativen für die Bundeswehr
in einem zusammenwachsenden Europa.”**

I. Systemorientierte Betrachtung der Streitkräfte

Um Strukturen und ihre Einflußgrößen vergleichen zu können, eignet sich besonders die systemtheoretische Betrachtung. Streitkräfte werden dabei als System definiert, daß nach bestimmten Zielvorgaben in einer festgelegten Umwelt organisiert ist.



Die geforderte Leistungsfähigkeit von Streitkräften ergibt sich einerseits aus den politischen und strategischen Vorgaben, aus denen dann die Aufgaben der bewaffneten Macht zu formulieren sind, andererseits aus den Bedingungen des Umfeldes in dem die Streitkräfte aufgestellt werden und ihren Auftrag erfüllen sollen. Meist sind nach Umfang und Struktur verschiedene Lösungen denkbar, die entweder das Element Technik und Material oder die Komponente Personal stärker betonen. Sie können sich ferner darin unterscheiden, daß sie auf unterschiedliche Bereiche ihres Aufgabenspektrums hin optimiert sind, was meist bedeutet, daß sie für andere Aufgaben weniger gut geeignet sind. Verschiedene planerische Lösungen können an Hand ihrer Fähigkeit zur Auftragsbefüllung und nach ihren Kosten verglichen werden. Der von manchen Politikern beschrittene Weg, Umfangszahlen zu nennen ohne sich über Auftrag und Einsatzbedingungen zuvor im klaren zu sein, ist ebenso widersinnig, wie die Festlegung einer Belegschaftsgröße eines Betriebes bevor man sich für ein Produkt und die Produktionsbedingungen entschieden hat. Wollen wir über strukturelle Grundzüge für die Bundeswehr der Zukunft sprechen, gilt es also, sich über ihre Aufgaben und das Umfeld in dem die deutschen Streitkräfte aufzustellen, zu unterhalten und einzusetzen, klar zu werden.

2. Aufgaben der Bundeswehr

Sicherheit wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts anders definiert als während des Kalten Krieges, wo im Mittelpunkt des sicherheitspolitischen Konzepts die sich ergänzenden Faktoren Abschreckung, Verteidigungsfähigkeit und Entspannung standen. Die Konfrontation mit

der hochgerüsteten und in ihrer politischen Ideologie expansiv angelegten Sowjetunion sind vorüber, ihr Satellitenreich zerfallen, die innere Umwandlung ihres Kernbestandes, Russland, in vollem Gange. Statt der existentiellen Bedrohung sehen sich die Staaten des Westens schwer abzugrenzender und nur bedingt zu quantifizierender Risiken gegenüber. Zwar wird nach wie vor die kollektive Verteidigung gem. den Artikel 5 und 6 des NATO -Vertrages zu gewährleisten sein, doch ist die Gefahr eines großangelegten Angriffs gegen das Territorium der Allianz zur Zeit gering. Im neuen Strategischen Konzept der NATO vom April 1999 heißt es dazu in der Nummer 20.:

„Ungeachtet positiver Entwicklungen im strategischen Umfeld sowie der Tatsache, daß ein großangelegter konventioneller Angriff gegen das Bündnis höchst unwahrscheinlich ist, besteht die Möglichkeit, daß sich eine solche Bedrohung langfristig entwickelt. Die Sicherheit des Bündnisses bleibt einem breiten Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken unterworfen, die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind. Zu diesen Risiken gehören Ungewißheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum sowie die Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses, die sich rasch entwickeln können. Einige Länder im und um den euro-atlantischen Raum sehen sich ernststen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten gegenüber. Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten können zu lokaler und regionaler Instabilität führen.“

Als weitere Herausforderungen („challenges“) nennt das Dokument das Vorhandensein von starken Nuklearstreitkräften, die Verbreitung von ABC - Waffen, Ungleichgewichte durch Wettrüsten, den möglichen Einsatz von neuesten Technologien gegen Informationssysteme und Entwicklungen, welche die Sicherheitsinteressen des Bündnisses umfassend und global tangieren können, wie Terrorismus, Sabotage, Organisierte Kriminalität, die Unterbrechung der Zurückerlangung lebenswichtiger Ressourcen und unkontrollierte Migration.

Diese Risiken und Probleme machen deutlich, daß Sicherheitsvorsorge politische, Wirtschaft - liehe, militärische, aber auch soziale Komponenten haben muß und keinesfalls auf strategische Überlegungen beschränkt sein kann. Auch eine Eingrenzung auf ein bestimmtes Gebiet, wie noch in den Zeiten der Ost - West - Konfrontation ist nicht mehr möglich. Zudem sind die Betroffenen, Partner und Gegner, auf verschiedenen Ebenen zu finden, von den Staaten und politischen, ethnischen und religiösen Gruppierungen und Parteien über Internationale Organisationen zu den großen und kleinen NGOs (Non - Governmental -Organisations), was die Absprachen, Koordination oder Aufgabenabgrenzung, aber auch die Schutz - und Sicherungsmassnahmen erheblich schwieriger werden lässt.

In diesem Zusammenhang die Aufgaben der Streitkräfte festzulegen, fordert ein neues, flexibles Denken - auf der politischen Ebene wie bei den betroffenen Militärs. Im schon zitierten NATO - Papier werden zwei Kernbereiche genannt, nämlich die „kollektive Verteidigung zu gewährleisten und gleichzeitig wirksame Krisenreaktionseinsätze, die nicht unter Artikel 5 fallen, durchzuführen.“ In der Bestandsaufnahme des BMVg vom 3. Mai 1999 werden folgende Aufgabenbereiche erwähnt:

- die Landes - und Bündnisverteidigung
- Einsätze im Frieden
- Partnerschaft und Kooperation
- Nationale Territoriale Aufgaben
-

Während die Landes - und Bündnisverteidigung nach Raum und militärischer Aufgaben -Stellung in Szenarien beschreibbar ist und aus der Erfahrung der vergangenen 50 Jahre in den Anforderungen an Führung, Einsatzkräfte und Logistik berechenbar erscheint, bilden die „Einsätze im Frieden“ das neue Element, das gedanklich und von den zu erbringenden militärischen Leistungen noch am wenigsten erarbeitet ist und daher die meisten Fragen aufwirft. Die Spannweite von der humanitären Hilfe über Beobachtungs- und Überwachungsmissionen, bis hin zu peace - keeping und peace - enforcing missions und dem so-

genannten „state building“ unter sehr unterschiedlichen geographisch - klimatischen, politischen, militärischen und kulturellen Umständen bedarf noch der Entwicklung, insbesondere wenn man auch die Integration der jeweils nach Leistungsfähigkeit und Ausrüstung sehr unterschiedlichen militärischen Kontingente aus allen Erdteilen zu einem schlagkräftigen Instrument zu berücksichtigen hat.

Partnerschaft und Kooperation beinhaltet die Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der NATO, die eine völlig neue Dimension erreicht hat. Natürlich sind die Erfahrungen aus gemeinsamen Übungen, Austauschprogrammen, in der logistischen und Rüstungskoooperation aus den Jahrzehnten der sich stetig enger gestaltenden Arbeit auf allen Ebenen vorhanden, doch stellt die Integration der neuen Mitglieder in das Bündnis und die Ausweitung der Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, der Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung und vor allem von PFP (Partnership for Peace) neue Herausforderungen dar.

Ein wenig in den Hintergrund scheinen *die nationalen territorialen Aufgaben* getreten zu sein, seit die Bundesrepublik mit dem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte und der Wieder-Vereinigung nur noch von Freunden oder Partnern umgeben ist. Zu diesen Aufgaben gehört neben der Not - und Katastrophenhilfe vor allem die Ergänzung zur Landes - und Bündnisverteidigung im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung, die einen oder mehrere Mitglieder des Bündnisses betrifft. Deutschland als Verbindungszone wäre Bereitstellungsraum für Truppen, Einsatzbasis für Luft - und Seestreitkräfte, logistische Basis und Stationierungsraum für Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen. Transport- und Verkehrsführungsaufgaben fielen genauso an wie die Überwachung des Luftraums und der angrenzenden Seegebiete. Natürlich kämen Massnahmen gegen Spionage und Sabotage, die Abwehr gegen Angriffe weitreichender, feindliche Luftkriegsmittel, der Raum - und Objektschutz hinzu.

3. Einsatzarten und Szenarien

Die geschilderten Aufgaben stellen sich für die Bundeswehr mit Ausnahme einiger nationaler territorialer Aufgaben im Frieden *nur in Bündnissen oder im internationalen Verbund*. Damit sind Fragen der Interoperabilität, gültiger Rechtsgrundlagen, organisatorischer Kompatibilität, sprachlicher Qualifikation und der abgestimmten Verfahren auch bei strukturellen Überlegungen im Auge zu behalten. Umfang, Größenordnung und Struktur, das heißt der spezifische militärische Beitrag der Bundesrepublik zur NATO und WEU kann nur in Abstimmung mit den Bündnispartnern festgelegt oder verändert werden.

Die *Landesverteidigung* gilt als wenig wahrscheinlicher, aber eben nicht als ausgeschlossener Fall, wobei der Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO das Vorfeld gegenüber direkten Angriffen zu Lande erheblich vergrößert hat. Keineswegs kann heute schon gesagt werden, daß der Demokratisierungsprozeß und die Aufgabe imperialer Ambitionen in Rußland unumkehrbar sind. Das vorhandene militärische Potential könnte in einem mittelfristigen Zeitraum, d.h. in 4 - 8 Jahren, wieder zu einem schlagkräftigen Instrument einer stark auf Durchsetzung eigener Interessen gerichteten Politik auf - und ausgebaut werden. Außerdem muss das immer noch starke Nuklear - und vermutlich auch B + C -Potential berücksichtigt werden, für das zumindest ein strategisches Gegengewicht benötigt wird.

Für den Fall einer Verschärfung der Lage im Osten müsste für den Bereich zwischen der Ostsee und der Donau ein Verteidigungsdispositiv aufgebaut werden können, an dem sich Dänemark, Deutschland, Benelux, Frankreich, Polen, Tschechien und Ungarn beteiligen müssten, verstärkt durch Truppen der USA, Kanadas und Großbritanniens. Deutschland hätte nach Einwohnerzahl etwa ein Viertel bis ein Fünftel neben der Bereitstellung ange-

messener Kräfte für die territorialen Aufgaben auf dem Gebiet der Bundesrepublik beizutragen.

Bündnisverteidigung kann nach dem oben Erwähnten an der Süd - bzw. Nordflanke des Bündnisgebietes die Unterstützung durch deutsche Kräfte erforderlich machen. Im nördlichen Bereich wird es sich dabei vorwiegend um Marine - und Luftstreitkräfte handeln. Heeresverbände werden wegen der besonderen geostrategischen Bedingungen, Raumgröße und - beschaffenheit, Vegetation und Klima, nur begrenzt und in besonderer Konfiguration gebraucht werden (Gebirgs -, Luftlandverbände, Spezialeinheiten wie die sog. „force multiplier“). Im Süden ist wegen der besonderen Situation auf der Balkan - Halbinsel und der exponierten Lage der Türkei, so wie wegen der Unsicherheiten in Bezug auf die Entwicklung in der Ukraine die Einschätzung wesentlich schwieriger. Ist Russland in einen Konflikt in dieser Region direkt und unter Einsatz militärischer Kräfte involviert, dürfte wegen möglicher auch räumlicher Eskalation, nur begrenzt und mehr um Solidarität zu üben, ein Einsatz deutscher Verbände in Frage kommen. Anders bei Auseinandersetzungen in an die Türkei angrenzenden Gebieten, dem Kaukasus, den unruhigen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens. Hier wäre Deutschland in der Größenordnung etwa wie Großbritannien oder Frankreich gefordert, das heißt mit bis zu 2 Divisionen (Korpsgröße) und einem Anteil an den Luft - und Seestreitkräften. Hinzu kämen aber die notwendigen Überwachungs - und Sicherungsmassnahmen in den eigenen Verantwortungsbereichen sowie die Sicherstellung der militärischen Leistungen im territorialen Aufgabengebiet, da ein Schutzbedarf von Personen und Einrichtungen gerade in diesem Falle nicht auszuschließen ist

Für die *Einsätze im Frieden* muß eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Einsätzen im Inland, auf dem Gebiet der NATO/WEU und im Ausland im Rahmen der UNO, OSZE bzw. der NATO gemacht werden.

In der *Not - und Katastrophenhilfe* hat sich die Bundeswehr in vielen Einsätzen bewährt, wobei man sich nie auf diese Einsätze besonders in Ausbildung und Ausrüstung vorbereitet hat, sondern die aus militärischer Notwendigkeit bereitgestellten Kapazitäten den zuständigen zivilen Behörden zur Verfügung gestellt hat. Die Frage nach der Berücksichtigung solcher Anforderungen darf trotzdem erneut gestellt werden. Insbesondere muß aber die bessere Abstimmung mit den freiwilligen und professionellen Organisationen für Katastrophen und schwere Zwischenfälle ohne Vorurteile und Berührungsängste geprüft werden, da hier im Sinne einer höheren Effizienz und kostensparender Möglichkeiten bei Zusammenlegung bestimmter Ausbildungseinrichtungen und einer koordinierten Logistik und Beschaffung Nutzen gewonnen werden könnte. In anderen Bereichen wurde lange Zeit die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit anderen Organen des Staates mit größter Skepsis, um nicht zu sagen mit großen Vorurteilen betrachtet und zum tabu erklärt. Nur im Spannungs -bzw. Verteidigungsfall war die Bundeswehr ermächtigt, auch zivile Objekte zu schützen, wenn sie denn verteidigungswichtig waren. Als massenhaft Wohnungen und Büros türkischer Bürger und Unternehmen, als Synagogen oder Unterkünfte von Asylbewerbern in Gefahr waren und die Polizei rein zahlenmäßig völlig überfordert war, den Schutz des Staates für diese Menschen und ihre Einrichtungen sicherzustellen, war es der Bundeswehr nicht erlaubt, in Amtshilfe Objektschutz zu leisten. Auch bei anderen Gelegenheiten sollte geprüft werden, ob von Auftrag und Fähigkeit her, die deutschen Streitkräfte nicht stärker für die Unterstützung bei verschiedenen staatlichen Aufgaben herangezogen werden sollten und könnten.

Einsätze in Krisengebieten verlangen sehr unterschiedliche Leistungen. Bei Beobachtungs- und Überwachungsmissionen werden häufig nur wenige Personen benötigt, im Kosovo dagegen sind es über 8000 deutsche Soldaten, die zudem Verbände anderer Nationen mit zu führen und eventuell auch zu versorgen haben. Hier werden geschlossene Kampfverbände und ihre notwendigen Unterstützungskomponenten, aber auch Spezialisten für den Wiederaufbau, die Versorgung der Bevölkerung oder das Räumen von Minen gebraucht. Einsätze in Krisengebieten sind immer mit Polizei-, Verwaltungs- und Aufbauaufgaben verbunden. Der Übergang von humanitären Einsätzen, Kriseneinsätzen und „Low - Intensity - Conflict“

(LIC) Missionen wird häufig fließend sein, mit der Notwendigkeit Waffen einsetzen zu müssen, ist immer zu rechnen. Zusammenarbeit mit anderen Streitkräften, mit örtlichen Amtsträgern und Behörden, mit internationalen Organisationen und NGOs gehören zu den Einsatzbedingungen dazu. Da jeder Fall anders gelagert ist, müssen die Verbände für die jeweils besonderen Bedingungen des Einsatzes zusammengestellt werden (Task Force Prinzip). Nimmt man die jetzige Situation mit gleichzeitigen Einsätzen in Bosnien und im Kosovo zum Maßstab, so muss das Heer etwa 12 - 16 000 Soldaten gleichzeitig abstellen können. Dies bedeutet bei zur selben Zeit laufenden Vorbereitungen und unter Einschluß der Truppen, die gerade zurückgekehrt sind, daß 36-48 000 das Minimum sind, daß für diese Aufgaben schnell verfügbar sein muß. Will man zwischen der, Einsätzen für die einzelnen Soldaten einen grösseren Zeitraum von etwa zwei Jahren legen, benötigt man 60 - 80 000 Soldaten. Hinzu kommen die Verbände und Einrichtungen, die den Einsatz durch Ausbildung, Logistik, Transport und Führungshilfen von außerhalb des Einsatzgebietes unterstützen. Luftwaffe und Marine waren in bestimmtem Phasen des Krisenmanagement mit sehr unterschiedlichen Kräften gefordert. Immer dabei sind die häufig zu knappen Lufttransportkräfte und meist auch die Luftaufklärung. Seeraumüberwachung, Kontrolle von Handelsschiffen im Rahmen verhängter Embargos, Räumen von Seeminen, Abschreckung von Angriffen von Seeseite auf Landziele waren bei bisherigen Einsätzen von der Marine geforderte Leistungen. Die Luftwaffe beteiligte sich mit Luftangriffs- wie Luftverteidigungskräften und den dazu benötigten Führungsunterstützungs- und Logistikverbänden an NATO -Luftensätzen.

Ein Defizit bestand neben den schon erwähnten nicht für alle Ebenen zureichenden Aufklärungsmitteln und der ungenügenden Lufttransportkapazität bei Seetransport, Quartier -meistern und in Bereichen der Sanitätstruppe. Für viele Aufgaben sind insbesondere Reservisten mit Spezialkenntnissen unersetzlich, wie für die Zivil - Militärische Zusammenarbeit, die Operative Information, im Sanitäts- und Gesundheitswesen oder in der Logistik. Allgemein ist akzeptiert. Wehrpflichtige nur auf Grund freiwilliger Meldung und mit entsprechend verlängerter Dienstzeit mit in den Einsatz zu nehmen.

Eine Besonderheit, deren Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann, ist das *hohe Maß an Öffentlichkeit*, vor allem in den westlichen Staaten das vor, während und nach Einsätzen, Entscheidungen bestimmen kann, politisch aber auch taktisch Einfluß nimmt und damit in das Kalkül einzubeziehen ist. Das dieses Bild dabei in einzelnen Staaten sehr variiert, hat zum Beispiel im Kosovo - Konflikt, die wesentlich durch die Medien geprägte, aber sehr unterschiedliche öffentliche Haltung in den USA, Großbritannien, Deutschland, Italien, Griechenland von den ost - und südosteuropäischen Staaten oder von Jugoslawien ganz zu schweigen, gezeigt.

4. Strategische Einsatzbedingungen

In dem traditionellen *strategischen Dreieck*, *Kräfte, Raum und Zeit* ergeben sich die Rahmenbedingungen, die über notwendigen militärischen Potentiale nach ihrer Leistungsfähigkeit, Beweglichkeit, Verfügbarkeit und Durchhaltevermögen entscheiden.

Aufgaben, die sich in einem konkreten Szenario in kurzer Zeit entwickeln können, bedürfen präserter Kräfte, die nur auf den speziellen Auftrag, das spezielle Einsatzgebiet und die Besonderheiten der Zusammenarbeit und „rules of engagement“ (ROE) vorzubereiten sind. Ihr Umfang wird durch die oben dargestellten Szenarien für die Einsätze im Frieden bestimmt zusätzlich der Kräfte, welche von Deutschland aus unterstützen oder die ihre normalen Friedensaufgaben weiterzuführen haben. Eine Staffelung der Verfügbarkeit in ständig einsatzbereite und solche, die nach kürzerer oder längerer Zeit ihre Einsatzbereitschaft herstellen können, ist möglich.

Die Landesverteidigung wird dagegen wegen der langen Warnzeiten auch für Aufwuchs, Mobilmachung eventuell sogar Neuaufstellung wesentlich mehr Zeit zur Verfügung haben. Aufgaben, die unter krisenhaften oder gar Kriegsbedingungen auszuführen sind, können dabei nicht an zivile Unternehmen vergeben werden, wie es im Frieden durchaus denkbar

ist. Sind die geforderten Leistungen aber sehr ähnlich denen, die in der Wirtschaft oder öffentlichen Verwaltung gefordert werden, kann relativ rasch und mit guten Ergebnissen auf Einheiten und Verbände zurückgegriffen werden, die hauptsächlich aus Reservisten bestehen.

Taktische Beweglichkeit, das heißt, die Beweglichkeit der Truppen im Einsatzgebiet, ist für die Durchführung der Aufträge auch bei gewaltsamem Widerstand von großer Bedeutung. Im Rahmen unserer Überlegungen zu den notwendigen Strukturveränderungen der Bundeswehr ist aber eher die operative und strategische Beweglichkeit zu betrachten. Wenn entsprechend der neuen NATO - Strategie das Bündnis Streitkräfte zum Schütze seines Gebietes und an dessen Peripherie einzusetzen bereit ist, ergibt sich ein Vorrang des Einsatzes in Europa und seinen Randgebieten, nämlich in der Mittelmeerregion einschließlich Nordafrika, dem Nahen Osten und eventuell bis hinein in die Randgebiete des Mittleren Ostens und des Kaukasus. Für Verlegungen auch grösserer Verbände in diese Operationsgebiete müssen geeignete Transportkapazitäten verfügbar sein. Um in diesen nach geographischen und klimatischen Gegebenheiten so unterschiedlichen Gebieten auch grössere Verbände schnell zu bewegen und damit einen Zeitvorsprung zu gewinnen bedarf es einer überlegenen operativen Beweglichkeit. Hier müssen die vorhandenen Kapazitäten geprüft, notwendige Neubeschaffungen, eventuell in Europa gemeinsam, definiert und in die Rüstungsplanung eingestellt werden.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß Umfang, Leistungsfähigkeit, Erneuerung von Ausrüstung und Bewaffnung in einem abgestimmten Prozeß aus den Aufgaben zu entwickeln, in der Aufteilung auf die Beiträge der einzelnen Mitglieder der Allianz abzustimmen und in vernünftige zeitliche Planungs - und Realisierungsschritte einzubringen ist. Der bei einigen so beliebte Weg, mit Umfangszahlen oder Haushaltsgrößen zu beginnen, um dann über die Aufgaben zu reden, macht dagegen in der grundsätzlichen Diskussion, wohin der Weg der NATO führen soll, wenig Sinn.

5. Personalstruktur und Alternativen der personellen Ergänzung

Die personelle Ergänzung von Streitkräften kann grundsätzlich über zwei Wege erfolgen:

- durch Anwerbung von geeigneten, interessierten Männern und Frauen (Freiwilligstreitkräfte);
- durch gesetzliche Verpflichtung für junge Männer eine gewisse Zeit in den Streitkräften Dienst zu leisten (Wehrpflichtstreitkräfte).

Nach der Dauer der Verpflichtung von Freiwilligen unterscheiden wir Berufssoldaten, lang- oder kurzdienende Zeitsoldaten und freiwillig regelmäßig übende Reservisten. Berufssoldaten haben sich bisher als Offiziere und sogenannte Portepée - Unteroffiziere bis zum Erreichen des jeweils für den Dienstgrad geltenden Pensionierungsalters verpflichtet Spätestens mit 60 Jahren war die Entlassung oder die Ausplanung bei Reservisten fällig.

In den meisten europäischen Ländern werden neben den Kadern und Spezialisten, die als Freiwillige länger dienen, die Soldaten über eine Wehrpflicht rekrutiert. Ihre Dauer variiert zwischen 4 und 18 Monaten. In dieser Zeit wird eine militärische Grundausbildung und eine für eine bestimmte Funktion notwendige Spezialausbildung absolviert. Die Ausbildung im Team und später im grösseren Verbund schließt sich an. Militärische Fachleute schätzen, daß im Frieden etwa 12 Monate erforderlich sind, um einen Soldaten voll einsatzbereit zu machen. Weiterbildung bzw. Auffrischung erfolgt durch Wehrübungen von einigen Tagen bis zu mehreren Wochen Dauer. Grundwehrdienstzeiten von weniger als 10 Monaten lassen eine Besetzung von Dienstposten in einer Einheit praktisch nicht mehr zu. Einberufungen zu Pflichtwehrrübungen im Frieden sind meist nach Gesamtdauer, Alter und Dienstgrad beschränkt.

	Freiwillige	Wehrpflichtige
Stärken	Hohe Verfügbarkeit	Breites Spektrum ziviler Vorkenntnisse
	Professionalität	Grosse Zahl von Reservisten
	Erfahrung	Im Durchschnitt jünger als Freiwillige
	Motivation	Gesellschaftliche Bindung der Streitkräfte
	-	Kostengünstiger
Schwächen	Vorbildung bei Mannschaften eher gering	Verfügbarkeit außer für Landes-Verteidigung gering
	Begrenzte Zahl von Reservisten	Kurze Ausbildung - geringe Professionalität
	Höheres 0 - Alter + familiäre Bindungen	Wenig Erfahrung - Unsicherheiten
	Geringere Einbindung in Gesellschaft	Nicht immer motiviert
	Höhere Kosten	-

Im Deutschen Heer rekrutieren sich die freiwillig längerdienenden Soldaten zu etwa 50% aus Wehrpflichtigen, die während ihres Grundwehrdienstes durch persönliche Anschauung Interesse an einer zeitweiligen Tätigkeit als Soldat gewonnen haben. Die Motive sind dabei weit gestreut, von Abenteuerlust, sportlichem Ehrgeiz, Möglichkeiten zu beruflichem Fortkommen über Interesse an bestimmten Tätigkeiten, Überbrückung einer Zeit der Arbeitslosigkeit bis zur Freude an Technik oder der Vielfalt der Herausforderungen im Lauf des Berufsleben eines Soldaten. Der jährliche Ergänzungsbedarf beträgt für

- Offiziere des Truppendienstes 2000
- Sanitätsoffizieranwärter 240
- Unteroffiziere und Mannschaften 19200

Um die Stellen bei den Streitkräften qualitativ sachgerecht zu besetzen, bedarf es eines Vielfachen an Bewerbungen zu den genannten Zahlen. Die Bundeswehr hat zur Zeit ein Soll bei militärischem Personal von 335 000 Soldaten, bei zivilem Personal ist der Bestand 143 500 Männer und Frauen. Davon sind:

- 23 700 Offiziere des Truppendienstes
- 3 700 Offiziere des Sanitätsdienstes
- 10 600 Offiziere des militärfachlichen Dienstes
- 122 000 Unteroffiziere
- 40 000 Mannschaften als Soldaten auf Zeit
- 135 000 Wehrpflichtige
- 27 100 Beamte und Richter
- 47 500 Angestellte
- 63 000 Arbeiter
- 5 900 Auszubildende.

Reservisten dienen in den Streitkräften dazu, in aktiven Einheiten die Dienstposten aufzufüllen, deren Besetzung für den Friedensbetrieb nicht unbedingt erforderlich ist, gekaderte oder sogenannte Geräteeinheiten auf Einsatzstärke zu bringen oder als Personalausfälle zu ersetzen. Sie können dabei fast alle Dienstposten besetzen - vom einfachen Soldaten bis zum Offizier im Dienstgrad Oberst. Bei Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht wäre die in jahrelangen Übungen erzielte Ausbildung auch für anspruchsvolle Aufgaben als Portepée-Unteroffizier oder Offizier nicht mehr durchzuführen. Für einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte fehlten die Spezialisten und militärischen Führer.

In der Personalstruktur ergeben sich folgende Möglichkeiten die gestellten Aufgaben zu erfüllen:

Modell A: - Freiwilligenstreitkräfte, die neben den Teilstreitkräften einen gemeinsamen Teil enthielten, der vor allem die Bereiche „nationale territoriale Aufgaben“, Ausbildung, Führung, Logistik und Sanitätswesen abdecken würde. Er könnte teilweise aus freiwillig und regelmäßig übenden Reservisten bestehen. Die Aufgabe Landesverteidigung wäre durch solche Streitkräfte nur nach völliger Umstellung und entsprechender Wiedereinführung der Wehrpflicht wahrzunehmen.

Modell B: - Freiwilligen - und Wehrpflichtverbände nach Aufgabenbereichen getrennt, wobei die Verbände, die weitgehend aus Freiwilligen bestehen, die Aufgaben erfüllen müssten, die eine schnelle Reaktion und eine hohe Verfügbarkeit voraussetzen. Verbände, die sich weitgehend aus Wehrpflichtigen zusammensetzen, übernehmen vor allem Aufgaben in der Landesverteidigung und im Bereich der „nationalen territorialen Aufgaben“. Dieses Modell reduziert die Zahl der verfügbaren Kräfte für Einsätze im Frieden gegenüber dem Modell A, erlaubt aber bei Bedarf die Möglichkeit, die Dauer des Grundwehrdienstes zu kürzen. Bedarf zur Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft für die Landesverteidigung mehr als 6 Monate (- vermutlich ein Jahr).

Modell C: - In der Masse der Verbände des Heeres Mischung zwischen Freiwilligen und Wehrpflichtigen wie heute weitgehend in der Bundeswehr üblich. Wehrdienstdauer kaum kürzbar bei Aufgabenwahrnehmung in heutigem Umfang. Verbände mit weitgehender Spezialisierung, das heißt langen Ausbildungszeiten und solche mit hoher Verfügbarkeit müssten überwiegend aus Freiwilligen bestehen. Das heißt, Marine und Luftwaffe bestehen fast ausschließlich aus Freiwilligen, das Heer bis auf einige Verbände, die nur von Freiwilligen gebildet werden, überwiegend aus gemischten Verbänden. Die in der heutigen Struktur bekannten Mängel könnten nicht beseitigt werden. Die Aufgabenerfüllung für den Bereich Landesverteidigung wäre zufriedenstellend, Einsätze im Frieden litten weiter unter den heutigen Problemen.

Diese Modelle können nun nach folgenden Kriterien miteinander verglichen werden:

- Aufgabenerfüllung in den oben beschriebenen Einsatzarten und Szenarien; insbesondere sind Verfügbarkeit, Beweglichkeit, Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen zu bewerten.
- Kompatibilität mit den NATO - Verbündeten;
- konform den eingegangenen Verpflichtungen bei KSE und evtl. weiteren Abrüstungsmassnahmen;
- Realisierungsmöglichkeit bei Personal;
- politische und gesellschaftliche Akzeptanz;
- offen für technische Neuerung;
- Kosten

6. Der europäische Verbund

Sowohl was seine Verteidigungsausgaben in Anteilen des Bruttoinlandprodukts angeht als auch bei der Zahl der Soldaten pro tausend Einwohner steht Deutschland ziemlich am Ende innerhalb der NATO. Große finanzielle Kürzungen sind daher nicht mehr möglich, ohne ernsthafte Schwierigkeiten mit den Verbündeten zu riskieren. Es bleibt aber die Möglichkeit, die verfügbaren Gelder so effizient wie möglich auszugeben.

- Aufgabenteilung und verbesserte Zusammenarbeit in der NATO;
- betriebswirtschaftlich bessere Lösungen innerhalb der Bundeswehr;
- Zusammenarbeit bei Forschung, Entwicklung, Produktion, Beschaffung und Betrieb der Waffen und Ausrüstung.

Schon bisher konnte nicht jeder Staat alle notwendigen Aufgabenbereiche abdecken. Spezialisierung nach Absprache bei gleichzeitigem Verzicht auf einige Gebiete würde Organisations-, Ausbildungs- und Instandsetzungskosten reduzieren. Diese gewachsene gegenseitige Abhängigkeit erfordert eine Vertiefung der Zusammenarbeit bei der durch Zusammenlegung von Ausbildungseinrichtungen, durch gemeinsamen Betrieb logistischer Anlagen und von gemeinsamer Nutzung von Fernmelde-, Führungsunterstützungs- und Informationseinrichtungen weitere Einsparungen möglich erscheinen.

Neben den seit Jahren laufenden Versuchen durch moderne Managementverfahren und eine grössere Flexibilität des Haushalts zu höherer Effizienz zu gelangen, gäbe es weitere Möglichkeiten durch Entbürokratisierung und organisatorische Straffung Gelder für Kampfkraft freizusetzen. Ob in der Hierarchie nicht eine oder sogar zwei Ebenen abgebaut werden können, ob die starre Gliederung in Brigaden beim Heer, die ihren guten Sinn in dem strategischen Umfeld des Kalten Krieges hatte, nicht flexibleren Strukturen weichen könnte, es bleibt Raum für bessere Lösungen.

Nikolaus Schmeja



V o r t r a g

des Stabsabteilungsleiter Fü S III
im Bundesministerium der Verteidigung



Generalmajor
Wolfgang Schneiderhan

**“Das neue strategische Konzept der NATO -
Forderungen an die Bundeswehr.”**

Es gilt das gesprochene Wort

Einleitung

Meine Damen und Herren,

ich freue mich über die Gelegenheit, auf ihrem sechsten Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress unter dem Leitthema „Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ zu ihnen sprechen zu dürfen. Die Zukunft der Bundeswehr, insbesondere die Rahmenbedingungen, unter denen wir in die nächsten Jahre gehen werden, sind in der beständigen, auch öffentlichen, Diskussion. Allerdings ist diese meist fokussiert auf die finanziellen Rahmenbedingungen, die maßgeblich zum Ausgangspunkt der Überlegungen geworden sind, wohin denn die Reise mit der Bundeswehr gehen wird. Sie können sich in diesem Forum sicherlich ausmalen, daß diese Themen uns im Verteidigungsministerium sehr beschäftigen. In meinem Verantwortungsbereich, der Militärpolitik bin ich mit diesem Themenbereich intensiv in Berührung. Insofern möchte ich Ihnen einige Gedanken und Erläuterungen zu dem von Ihnen erbetenen Thema

„Das neue strategische Konzept der NATO-Forderungen an die Bundeswehr“

vermitteln.

Bevor ich dazu kommen, lassen Sie mich Ihnen zunächst das Rational hinter der Erstellung eines neuen strategischen Konzeptes erläutern. Warum jetzt ein neues strategisches Konzept?

Veränderte Rahmenbedingungen, Erfahrungen aus neuen Aufgabenfeldern

Im Juli 1997 gab der Gipfel von Madrid den Auftrag für die weitere Anpassung der NATO-Strategie, der im Spätherbst 1997 durch das Mandat für die Überarbeitung des Strategischen Konzepts präzisiert wurde. Das gültige Strategische Konzept von 1991, das von der Allianz im Lichte des Mauerfalls in Berlin, der deutschen Wiedervereinigung und einem sich ab-

zeichnenden drastischen Umbruch in den Staaten des Warschauer Paktes verabschiedet wurde, ist von den sicherheitspolitischen Umwälzungen in Europa und der Welt in nur sechs Jahren von den Realitäten überholt worden.

Beim NATO-Gipfel von Washington im April 1999 billigten die Staats- und Regierungschefs das neue Strategische Konzept, das - ergänzt durch weitere Gipfentscheidungen wie z.B. zur europäischen Dimension („Berlin Plus“) sowie zur Initiative gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen („WMD-Initiative“) - die Allianz auf das 21. Jahrhundert ausrichtet.

Was ist nun neu an diesem strategischen Konzept? Das Fundament des strategischen Konzeptes, aus dem sich alle weiteren Festlegungen und Folgerungen ableiten, ist die Definition der Grundlegenden Aufgaben des Bündnisses, die sogenannten Kernfunktionen. Dies war auch 1991 schon so.

Aus dem 91er strategischen Konzept sind als unverändert gültige Prinzipien der Allianz

- gemeinsame Sicherheit in einem euroatlantischen Sicherheitsumfeld
 - das Prinzip der Konsultation, um alle Fragen, die die vitalen Interessen der Verbündeten berühren, gemeinsam anzugehen und " Abschreckung und kollektive Verteidigung übernommen worden.
- Die weiteren Entwicklungen seit 1991, ich nenne nur das Ende der sicherheitspolitischen Konfrontation zwischen Ost und West, die NATO-Öffnung, das sich neu entwickelnde Verhältnis zu RUS und UKR, die Konflikte auf dem Balkan und vor allem auch die Bemühungen zur Stärkung europäischer sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit und Verantwortung zeigten, das der NATO eine neue Kernfunktion erwachsen ist. Das strategische Konzept nennt es
- Konfliktverhütung und Krisenbewältigung Wir haben erkannt, daß die Anforderungen an unsere Sicherheit komplexer und schwieriger als noch vor wenigen Jahren geworden sind. Kon-

flikte oder auch nur Krisen können in verschiedener Weise unsere Sicherheit gefährden und das Bündnisterritorium berühren.

Ein rein militärisches Verständnis oder eine geographische Eingrenzung von Frieden und Freiheit, Sicherheit und Stabilität ist unter den heutigen Bedingungen unangemessen. Wir sprechen von einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der nicht nur militärische, sondern auch politische und wirtschaftliche Aspekte umfasst. Nur dieses Verständnis kann Grundlage moderner Sicherheitspolitik sein. Sicherheitsvorsorge in diesem Verständnis erfolgt ganzheitlich und aus einem Guß.

Durch Krisenprävention und Krisenbewältigung tritt diese moderne Sicherheitspolitik den Krisen und ihren Ursachen dort entgegen, wo sie entstehen, ohne abzuwarten, bis ihre Folgen unseren Kontinent oder unser Land erreichen.

Parallel zu den Entscheidungen zum Strategischen Konzept hat der NATO-Gipfel die „Defence Capabilities Initiative“ beschlossen, die die Fähigkeiten der Bündnisstreitkräfte für die künftig wahrscheinlichsten Operationen, nämlich multinationale Einsätze im gesamten Aufgabenspektrum, verbessern soll.

Auch in anderen Feldern sind wir verschiedene Verpflichtungen eingegangen, die neben dem Strategischen Konzept Handlungsspielräume und deren Grenzen umreißen.

Neben der NATO, und hier sehe ich den Schwerpunkt unserer Interessen, sind wir gegenüber der EU und WEU als weitere tragende Säulen unserer Sicherheit Verpflichtungen eingegangen, die ebenfalls hohe Anforderungen an die Fähigkeiten der Streitkräfte stellen.

Mit der Petersberg-Erklärung vom Juni 1992 haben sich die WEU-Nationen bereit erklärt, zur Durchführung von Petersberg-Aufgaben im Rahmen der WEU von Fall zu Fall Streitkräfte verfügbar zu machen. Diese ‚Forces Answerable to WEU‘ (FA-WEU) werden seit 1993 durch den WEU

Militärstab in einer Liste erfaßt und ständig aktualisiert. Auf dem Gipfel in Bremen im Mai diesen Jahres hat sich die WEU verpflichtet, die europäischen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung zu stärken.

Der im Mai des Jahres in Kraft getretene Amsterdamer Vertrag der Europäischen Union sieht die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor und übernimmt die Petersberg-Aufgaben explizit als zukünftige Aufgaben der Europäischen Union. Der **Kölnener EU-Gipfel** war nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages eine weitere entscheidende Wegmarke zur Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Deutschland hat in seiner Präsidentschaft daran maßgeblich mitgewirkt. Integraler Bestandteil dieser Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die in einer Gipfel - Deklaration den Willen zur Stärkung der Fähigkeiten in der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung unterstrich und den von unserer Präsidentschaft vorgelegten Bericht mit Leitlinien als Grundlage für die weitere Arbeit billigte. Dieser Ansatz wird in zwei Wochen in Helsinki festgeschrieben und zum Teil operativ ausgestaltet werden.

Auf dem gemeinsamen Treffen der EU - Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel am 15. November 99 wurde ein wichtiger Schritt vollzogen: Die EU soll bis spätestens 2003 zu eigenständigen militärischen Operationen im Spektrum der sogenannten Petersberg - Aufgaben befähigt werden.

Gegenüber den Vereinten Nationen, und das ist der dritte wesentliche Bereich eingegangener Verpflichtungen, hat Deutschland den Vereinten Nationen im Rahmen des „Stand-by Arrangement Systems“ militärische Kräfte und Mittel angeboten, die auf Anfrage - mit dem Recht auf Ablehnung - bereitgestellt werden sollen, um die Planungsgrundlagen und die Reaktionsfähigkeit der VN in Konfliktsituationen zu verbessern.

Das deutsche Angebot umfasst militärische Kapazitäten, ohne sich auf bestimmte Strukturelemente festzulegen:

- Land- und Lufttransportelemente
- Sanitäts- und Pionierkapazitäten
- Marinekomponenten zur Aufklärung, Überwachung und Minenabwehr
- Fernmelde- und Sicherungselemente
- Militärbeobachter und Feldjäger
- Personal für Stabsunterstützung

Diese zugesagten Kapazitäten werden in den Streitkräften grundsätzlich bereitgehalten und können nach entsprechender politischer Einzelfallentscheidung aus den vorhandenen Strukturen herausgelöst und nach erwartetem Umfang und Struktur zusammengestellt werden. Die ständige Bereithaltung eines speziellen deutschen VN-Kontingents ist deshalb nicht vorgesehen und auf absehbare Zeit auch nicht erforderlich. Das heißt, daß sich aus den bisherigen Zusagen gegenüber den VN derzeit keine strukturbestimmenden Konsequenzen für die Streitkräfte ergeben.

Unsere Erkenntnisse aus den laufenden Auslandseinsätzen in Bosnien und im Kosovo, aber auch die im Rahmen von DCI erkannten Handlungsfelder zur Beseitigung von Schwächen und Defiziten werden weitere Bestimmungsgrößen für die künftige Bundeswehr sein. Ebenso auch die Ergebnisse der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, und die aktuell erarbeiteten „Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte“ des Generalinspektors.

Zu DCI ist im Hinblick auf den Forderungscharakter des Kataloges von 58 Themenfeldern zu sagen: Wir haben uns von Anfang an die Freiheit genommen, uns diejenigen Felder herauszusuchen, die für uns national, wie auch aus europäischer Perspektive Priorität haben. Dies sind:

- Mobilität
- Aufklärung und
- Command, Control and Communication.

Von vielen europäischen Bündnispartnern sind diese Schwerpunkte inzwischen übernommen worden. Dies ist wichtig, weil es auf diesen Gebieten vor allem um die Fähigkeit zur Zusammenarbeit geht.

Deutschland hat maßgeblich an den Entscheidungen und Beschlüssen zum neuen Strategischen Konzept des Bündnisses mitgewirkt und damit auch die bestehende Defizite der Streitkräfte des Bündnisses mit aufgezeigt. Wir sollten uns gerade deshalb darüber im Klaren sein, daß es eine Frage unserer Glaubwürdigkeit ist, zur Abhilfe dieser Defizite einen signifikanten Beitrag zu leisten.

Veränderte Gewichtung der Aufgaben

Auch das neue Strategische Konzept hält an der unveränderten Zweckbestimmung der NATO fest, eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung in Europa zu gewährleisten. Die aus dem Konzept von 1991 übernommenen, grundlegenden Sicherheitsaufgaben, insbesondere die kollektive Verteidigung und die transatlantische Bindung, bilden weiterhin das Fundament für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses. Sie finden ihre direkte Grundlage in den Art. 4 und 5 des Washingtoner Vertrages.

Die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln, politische Solidarität und entsprechende militärische Fähigkeiten stellen sicher, dass eine militärische Aggression gegen die NATO niemals und für niemand eine erfolgversprechende Handlungsoption sein kann. Diese Aufgaben sind unverzichtbare Wesensmerkmale des Bündnisses und Grundvoraussetzung für dessen Handlungsfähigkeit im gesamten Aufgabenspektrum.

Immer stärker sind jedoch Krisenprävention und Krisenmanagement in das Zentrum unserer sicherheitspolitischen Anstrengungen gerückt. Dabei gilt heute mehr denn je: Kein Staat kann unter den heutigen Bedingungen für sich allein Sicherheit, Frieden und Stabilität garantieren. Zusammenarbeit mit Verbündeten

und Partnern ist zum Leitprinzip internationaler Sicherheitspolitik geworden. Künftig werden kollektive und kooperative Ansätze in noch stärkerer Ausprägung erforderlich sein, um stabile politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse auf globaler Ebene zu gewährleisten.

Unser Ziel ist deshalb gemeinsame Sicherheit. Dazu müssen wir bereit sein, Verantwortung zu übernehmen, Verpflichtungen einzugehen und Lasten zu teilen. Dies ist ein Gebot der Solidarität, die wir unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch im eigenen Interesse zu Grunde legen müssen.

Deutschland fällt aufgrund seiner Lage in der Mitte Europas, seiner Größe und Wirtschaftskraft besondere Verantwortung für die Gestaltung eines sicheren europäischen Umfelds zu.

Grundsätzliche Folgerungen

Das neue Strategische Konzept erzeugt am meisten Handlungsbedarf in der Umsetzung desjenigen Schlüsselements der NATO-Strategie, das zugleich besonders deutlich die Transformation der NATO charakterisiert. Hierbei handelt es sich um die Rolle des Bündnisses bei der Krisenbewältigung im Rahmen des erweiterten Aufgabenspektrums. Bosnien und Kosovo stellen dafür konkrete Anwendungsbeispiele dar. Die dort gewonnenen Erfahrungen unterstreichen einige Aspekte, die bei der Umsetzung des neuen Strategischen Konzeptes abzubilden sein werden. Die Notwendigkeit der frühzeitigen engen Zusammenarbeit der NATO mit anderen Sicherheitsinstitutionen (VN, OSZE, EU, WEU), aber auch mit Nicht-regierungsorganisationen liegt auf der Hand. Der von der EU angelegte Stabilitätspakt für die südosteuropäischen Staaten ist ein Beispiel für das Zusammenwirken der euroatlantischen Sicherheitsstrukturen mit Blick auf ein gemeinsames Ziel. Frühzeitige Abstimmung zwischen den beteiligten Organisationen muss u.a. sicherstellen,

dass Mandate sowohl politisch tragfähig als auch militärisch umsetzbar sind. Mandate des VN-Sicherheitsrates werden die Regel sein. Allerdings bleibt der NATO die Möglichkeit, als Ausnahme und im Bündniskonsens in Fällen zwingender Notwendigkeit auch ohne explizite Mandatierung zu handeln, jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht.

In diesem Zusammenhang wird auch das steigende Gewicht zivil-militärischer Zusammenarbeit deutlich, z.B. in der Wiederaufbauphase nach Herstellung eines stabilen Sicherheitsumfeldes oder im Rahmen humanitärer Hilfeleistung. Die CIMIC-Komponente in Bosnien oder der humanitäre Einsatz von NATO-Streitkräften im Rahmen der Kosovo-Krise stellen dafür konkrete Beispiele dar.

Die politische und militärische Rolle, die die USA sowohl im Zusammenhang mit Bosnien als auch im Kosovo spielten und spielen, unterstreichen die konkrete Bedeutung der transatlantischen Bindung für politische und militärische Glaubwürdigkeit und Effizienz unter schwierigen Bedingungen. Die Erkenntnisse zu eigenen Defiziten wirkten u.a. als Katalysator für die Beschlüsse des Europäischen Rats von Köln zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäer.

Der dem politischen Ansatz der NATO zugrundeliegende erweiterte Sicherheitsbegriff bedingt eine leistungsfähige, ressortübergreifende, nationale innerstaatliche Koordinierung. Sie muss darauf zielen, konkurrierende Interessen der einzelnen Ressorts zu minimieren, langwierige Abstimmungsprozesse zu beschleunigen und Reibungsverluste zu vermeiden. Sie muss die für modernes Krisenmanagement relevanten politischen, diplomatischen, militärischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Faktoren integrieren, damit verzugslos, effektiv und im ressortübergreifenden Verbund auf Krisen reagiert und ein abgestimmter nationaler Beitrag für multilaterale Krisenbewältigung zeitgerecht eingebracht werden kann. Dieser Aspekt muss in Aufbau- und Ablauforganisation staatlichen Handelns abgebildet sein.

Die innenpolitische Opportunität von Handlungsalternativen auf der einen Seite und der Erhalt der eigenen strategischen Handlungsfreiheit auf der anderen können für demokratisch verfasste Staaten zu konkurrierenden Zielen werden. Diese Problematik stellt vermutlich für offene Gesellschaften immer dann ein schwer lösbares Dilemma dar, wenn die eigene Existenz nicht unmittelbar bedroht wird.

Weitere Problemfelder liegen, ohne daß ich im Einzelnen darauf eingehen möchte, in der Bedeutung von Medien und Öffentlichkeitsarbeit, der gestiegenen Notwendigkeit multinationaler und teilstreitkraftübergreifender Zusammenarbeit oder auch dem Phänomen der direkten Einflußnahme der politischen Entscheidungsträger bis auf die taktische Führungsebene.

Die aus den Einsätzen in Bosnien und dem Kosovo gezogenen Lehren bestätigen das Verständnis von den Aufgaben der Allianz als Kontinuum: Kooperation als Beitrag zur Konfliktverhütung und als Vorbereitung für gemeinsames Krisenmanagement, Krisenbewältigung als ganzheitlicher Ansatz aus militärischen und nicht - militärischen Massnahmen, sowie die grundlegende Fähigkeit zu kollektiver Verteidigung als Faktor für Abschreckung und Rückversicherung. Die Notwendigkeit, die Abschreckung als strategisches Grundprinzip auch in Szenarien der Krisenbewältigung aufrechtzuerhalten, ist offenkundig. Dies bedeutet, dass die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und deren Effizienz unter den Bedingungen des modernen Gefechts unverändert der gültige Maßstab ist. Dieses Anforderungsprofil wird ergänzt durch die Kriterien, die aus den künftig wahrscheinlichen militärischen Aufträgen erwachsen.

Forderungen an militärische Strukturen und Fähigkeiten

Die ausgewogene Gewichtung der Fähigkeiten der Streitkräfte im Sinne einer einheitlichen militärischen Basis für alle Aufgaben auf der Grundlage eines

integrierten Verteidigungs- und Streitkräfteplanungsprozesses gewährleistet auch weiterhin die Effizienz des Bündnisses. Die Erfüllung aller Aufgaben aus einer eingespielten und leistungsfähigen integrierten Struktur heraus bleibt militärstrategisches Grundprinzip. Daher wird die Allianz auch weiterhin eine ausgewogene Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte in Europa auf einem angemessenen Stand bereithalten. Dabei spielen die Nuklearstreitkräfte des Bündnisses aufgrund der stark abgesunkenen Wahrscheinlichkeit ihres militärischen Einsatzes eine im Wesentlichen politische Rolle. Aufwuchs- und reaktionsfähige Strukturen erhalten die gesicherte Verteidigungsfähigkeit und die Möglichkeit kontrollierter Eskalation und Deeskalation im Krisenfall. Signifikante Anteile sofort oder kurzfristig verfügbarer Truppen, umfangreichere Streitkräfte in abgestufter Verfügbarkeit, Aufwuchs- und Mobilmachungsfähigkeit grösserer Streitkräftekontingente geben den Rahmen für die Streitkräftestrukturen vor.

Allerdings stellen die veränderte Sicher-

heitslage und das erweiterte Aufgabenspektrum in einigen Feldern erhöhte Anforderungen: Mobilität, Interoperabilität, Verstärkungs- und Verlegefähigkeit über erhebliche Entfernungen auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes, Fähigkeit zur streitkräftegemeinsamen Zusammenarbeit und zur Kooperation mit Alliierten und Partnern. Dazu kommen die Erfordernisse bzgl. der Effizienz im Einsatz, Überlebens- und Durchhaltefähigkeit der Truppen und der Infrastruktur unter Berücksichtigung der Logistik, Nutzung moderner Technologien sowie der Informationsüberlegenheit. Risiken durch nukleare, chemische und biologische Waffen und ihre Trägermittel sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Folgerungen für deutsche Streitkräfte

Für Deutschland bedeutet die neue NATO-Strategie spätestens seit dem

NATO-Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik und der sich abzeichnenden EU-Erweiterung dass Bündnisverteidigung nicht mehr zwingend mit Landesverteidigung gleichgesetzt werden kann und Landesverteidigung als von der Verfassung vorgegebene grundlegende Aufgabe deutscher Streitkräfte nicht mehr wie bisher auch deren wahrscheinlichsten Auftrag darstellt.

Die übergeordnete Zielsetzung für deutsche Streitkräfte liegt angesichts eines erheblich veränderten Umfeldes in der wirksamen Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands im internationalen Handlungsrahmen sowie der effektiven Wahrnehmung deutscher Interessen im Bündnis. Dies bedingt dem Gewicht und der Verantwortung Deutschlands angemessene militärische Beiträge. Damit muss die Bundeswehr im gesamten möglichen Auftragspektrum effektiv eingesetzt werden können, von der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im multilateralen Kontext bis zur Rückversicherung gegen sich verschlechternde Lageentwicklungen.

Meine Damen und Herren,

die von mir aufgezeigten Verpflichtungen Deutschlands und die Krisen auf dem Balkan haben deutlich gemacht, was künftig von den deutschen Streitkräften erwartet wird. Die Wahrnehmung unserer sicherheitspolitischen Interessen erfordert von den deutschen Streitkräften die Fähigkeit, den neuartigen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, ohne die Aufgabenerfüllung im gesamten Spektrum zu vernachlässigen.

Dazu sind Anpassung erforderlich mit dem Ziel, die Streitkräfte auf den schwierigsten Einsatz vorzubereiten und für den wahrscheinlichen Einsatz bestmöglich auszustatten und auszubilden sowie rasch verfügbar zu machen.

Die Befähigung der deutschen Streitkräfte zur Führung intensiver, konventioneller Kampfhandlungen innerhalb technisch und operativ anspruchsvoller Szenarien bleibt dabei Voraussetzung und

Grundlage zur Durchführung aller Aufgaben.

Wir sollten bei den Annahmen für die Rahmenbedingungen für künftige Operationen davon ausgehen, daß die deutschen Streitkräfte - neben der erforderlichen Sicherstellung der Daueraufgaben im Streitkräftebetrieb - in der Lage sein müssen

- **eine große Operation** über einen mittleren Zeitraum nach mittlerer Vorbereitung **oder**
- **zwei mittlere Operationen** mit sehr langer Einsatzdauer und kurzer/mittlerer Vorbereitung *sowie jeweils parallel dazu*
- **mehrere kleine Operationen** von sehr kurzer bis zu sehr langer Einsatzdauer mit sehr kurzer bis mittlerer Vorbereitung gleichzeitig durchzuführen.

Dabei ist sicherzustellen, daß für den Fall zeitlich begrenzter Überlappungen zweier mittlerer Operationen mit einer erforderlich werdenden großen Operation im Rahmen der Kollektiven Verteidigung den Bündnisverpflichtungen in ausreichendem Maße nachgekommen wird. Dies ist jedoch durch Rückgriff auf die verfügbaren Ergänzungskräfte, vor allem aber mit Blick auf die zeitliche Perspektive, grundsätzlich möglich. Ich will damit nur den konzeptionellen Rahmen beschreiben, aber keine Operationsplanung entwickelt haben.

Unter diesen Annahmen sind Streitkräfte erforderlich,

- deren Fähigkeiten in Bezug auf Verfügbarkeit, Aufwuchsfähigkeit und Einsatzbereitschaft auf diese unterschiedlichen Anforderungen zugeschnitten sind,
- die den besonderen Anforderungen an Mobilität (bis an die Grenzen Europas und für Teile darüber hinaus), an Flexibilität sowie Interoperabilität im Rahmen streitkräftegemeinsamer und multinationaler Einsätze gerecht werden (ggf. auch als sogenannte „Lead Nation“)

- deren Überlebens- und Durchhaltefähigkeit in Einsätzen unterschiedlicher Intensität auch über längere Zeiträume gewährleistet ist (und zwar sowohl im autarken als auch durch den Aufnahmestaat unterstützten Einsatz),
- und deren Innovationsfähigkeit mit den technologischen Entwicklungen Schritt halten kann. Daraus leitet sich eine gestiegene Bedeutung wesentlicher Kernfähigkeiten ab, nämlich
 - Aufklärung
 - Führung und Kommunikation,
 - Interoperabilität
 - Mobilität
 - Durchhaltefähigkeit
 - Überlebensfähigkeit

Bei einem insgesamt ausreichenden Streitkräfteumfang fehlen der Bundeswehr in diesen Bereichen Fähigkeiten, um einen wirkungsvollen und international angemessenen Beitrag vor allem zu Einsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung und der Konfliktverhütung zu leisten.

Ich möchte dies an einigen Beispielen verdeutlichen:

- Aufklärung
Benötigt werden Kräfte und Mittel, die der Informationsbeschaffung im Vorfeld möglicher Krisen dienen, um die Politik bei der Entscheidungsfindung wirksam zu unterstützen und präventiv reagieren zu können. Hierzu müssen zeitgerechte und ungefilterte Informationen schon in der Entstehungsphase von Krisen verfügbar sein. Der Einsatz im Kosovo hat unsere Abhängigkeit von den Aufklärungsergebnissen und Informationen anderer Nationen schmerzhaft deutlich gemacht, aber auch gezeigt, wie sehr die Europäer insgesamt von den Vereinigten Staaten abhängig sind. Derzeit beschränkt sich der deutsche militärische Beitrag auf luft-, boden- und seegestützte Systeme, die alle erst ab dem Zeitpunkt des militärischen Handelns wirksam werden können.

Die Notwendigkeit, eine eigenständige strategische raumgestützte Aufklä-

rungskomponente zu entwickeln, die den politischen Entscheidungsträgern erst eine sichere Datengrundlage für ihre Entscheidungen zur Verfügung stellen, ist deshalb seit langem unbestritten.

- Führung und Kommunikation, Interoperabilität
Alle Partner haben Führung und Kommunikation als entscheidende Faktoren für die politischen und militärischen Entscheidungsträger anerkannt. Die Führungsorganisation der Bundeswehr erlaubt weder die hinreichende effiziente streitkräftegemeinsame Führung noch die entsprechende Führung europäischer Kräfte unter dem Dach der EU/WEU. Sie ist für die Anforderungen des künftigen Aufgabenspektrums noch zu schwerfällig. Die Führungsfähigkeit unserer Verbände und Einheiten bleibt immer weiter hinter der unserer Verbündeten zurück.

- Mobilität
Schneller präventiver Einsatz zur humanitären oder militärischen Krisenbewältigung erfordern für die Verlegung von Personal und Material eine wirksame Luft-, Land- und Seetransportkapazität. Auch wenn auf diesem Gebiet nicht nur bei uns, sondern auch bei so manchem anderen Bündnispartner Defizite erkennbar sind, möchte ich diese nicht nochmals, wie in jüngerer Zeit häufig öffentlich und in den Medien geschehen, katalogartig aufzählen, sondern Ihnen einige mögliche und teilweise schon begonnene Lösungsansätze aufzeigen. Ich meine, gerade im Bereich hochwertiger Rüstungsvorhaben sind die Möglichkeiten durch Aufgabenteilung mit Bündnispartnern, durch Konzentration und Synergien Ressourcen zu sparen äußerst lohnenswert und attraktiv und letztendlich ohne Alternative. Vor allem eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung kann mit der Perspektive einer späteren Aufgaben- und Rollenteilung noch weiter intensiviert werden. Diesem Ziel dienen z.B. die Überlegungen zur Schaffung eines Europäischen Lufttransportkommandos, als mögliches Modell für integrier-

te europäische Strukturen und dem Ziel, die verfügbaren Mittel zum Nutzen aller zu konzentrieren und den Anreiz zur gemeinsamen Beschaffung und Nutzung entsprechender Mittel bzw. zu gemeinsamer Ausbildung zu stärken. Auch in der Marine sind weitere europäische Initiativen vorstellbar, wie z.B. ein gemeinsamer europäischer MPA-Verband (ggf. sogar als europäisches MPA-Kommando) oder eine „European Multinational Maritime Force“.

Diese drei zuerst genannten Themenfelder gehören zu den mit Priorität zu verbessernden Teilfähigkeiten. Darüber hinaus haben wir weitere Defizite in der

- Durchhalte- und Überlebensfähigkeit
Neue Aufgaben verlangen bewegliche, Überlebens- und durchhaltefähige Kräfte, die auch in einem fernen Einsatzland über längere Zeit versorgbar sein müssen. Versorgbarkeit im Einsatzland erfordert mobile logistische und sanitätsdienstliche Unterstützung.

Umfang, Zusammensetzung und Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte des Heeres werden zur Zeit angepasst und beim Heer um ein Drittel erhöht.

Logistische und sanitätsdienstliche Strukturen und Mittel der Teilstreitkräfte sind immer noch überwiegend auf die stationäre Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Landesverteidigung orientiert, auch wenn mit der Entscheidung des Ministers zur Verbesserung der Durchhaltefähigkeit der Krisenreaktionskräfte des Heeres erste Schritte zur Beseitigung dieses Mangels eingeleitet wurden.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen den Umfang und die Komplexität der notwendigen Verbesserungen. Lösungsmodelle sollten jedoch nicht ausschließlich auf der Basis festgestellter Defizite entwickelt und danach beurteilt werden, wie und durch welche Maßnahmen diese ausgeglichen werden können. Vielmehr ist ein ganzheitlicher Ansatz unter Einschluß

aller strukturelevanten Bestimmungsfaktoren und deren Abhängigkeiten notwendig, um nur selektiven Eingriffen in bestehende Strukturen vorzubeugen. Die Überlegungen des Generalinspektors der Bundeswehr werden von diesem ganzheitlichen Ansatz für konzeptionelle und planerische Entwicklung der Streitkräfte getragen. Bei der Entwicklung von Strukturalternativen wird dabei die streitkräftegemeinsame Weiterentwicklung Vorrang vor der Optimierung einzelner Teilstreitkräfte haben müssen, um unnötige Duplizierung zu vermeiden, bestehende Redundanzen abzubauen und dadurch Spielraum für Modernisierung zu gewinnen.

Ich will allerdings anfügen, daß die Fähigkeit zum Durchhalten eine sorgfältige Analyse dessen verlangt, was gelegentlich als Redundanz bezeichnet wird. Abbau von Redundanzen und Aufbau von Durchhaltefähigkeit können operativ konkurrierende Ziele sein.

Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung der internationalen militärischen Zusammenarbeit untersucht werden. „Multinationalität“ muß Teil der Lösungsansätze für die künftige Aufgabenwahrnehmung der Streitkräfte sein. Multinationalität, Integration in europäische und euro-atlantische Strukturen sowie eine umfassende Kooperation mit Streitkräften anderer Staaten wird zunehmend zur Voraussetzung für die Erfüllung der an die Bundeswehr gestellten Anforderungen werden. Sie wird künftig gemeinsam mit Verbündeten und Partnern eingesetzt. Nationale Einsätze werden wie bisher eine Ausnahme bleiben.

Ausblick

Die Situation Deutschlands als bevölkerungsreicher Wirtschaftsmacht in geostrategischer Zentrallage verlangt eine Sicherheitspolitik, die unserem politischen und wirtschaftlichen Gewicht entspricht und nicht zuletzt durch die Erwartungshaltung unserer Bündnispartner geprägt wird. Das

deutsche Engagement schlägt sich in entsprechenden internationalen Verpflichtungen mit Bindungswirkung für Strukturen, Personal und Material der Streitkräfte nieder.

Solche Verpflichtungen ergeben sich aus Bündnissen, internationalen Abkommen und bi- oder multilateralen Vereinbarungen. Dabei liegt aus militärpolitischer Sicht ein klarer Schwerpunkt beim Engagement in der NATO als Garant kollektiver Verteidigung und effektivste Organisation für komplexe und intensive militärische Operationen zur Krisenbewältigung im erweiterten Aufgabenspektrum. Darüber hinaus steht DEU in der Pflicht, einen substantiellen Beitrag zur Stärkung der europäischen Rolle und Handlungsfähigkeit zu leisten. Die fallweise Unterstützung von Maßnahmen im Kontext von VN und OSZE sowie rüstungskontroll- und abrüstungspolitische Bindungen runden die Palette möglicher internationaler Anforderungen an die Bundeswehr ab.

Das Strategische Konzept der NATO mit veränderter Prioritätensetzung in den Aufgaben, die daraus entwickelten operativen Grundlagendokumente, und die Massnahmen zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit werden Orientierungslinien für die Weiterentwicklung der Bundeswehr vorgeben. Sie werden auch in die Arbeit der „Kommission für Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ eingehen. Dabei greift eine zu enge Perspektive auf der Grundlage tagespolitischer Akzente zu kurz. Vor der Spezialisierung der Streitkräfte ausschliesslich auf die neuen Aufträge des erweiterten Aufgabenspektrums wegen ihres hohen Profils in der Öffentlichkeit ist zu warnen. Entsprechende Entscheidungen müssen sich an der gesamten Palette der möglichen künftigen Herausforderungen ausrichten.

Ziel bei der Weiterentwicklung der Bundeswehr muss es daher sein, zur effektiven Wahrnehmung deutscher Interessen im Bündnis und zu Beiträgen entsprechend dem Gewicht und der Verantwortung Deutschlands befähigt zu sein und

somit weiterhin die Sicherheit Deutschlands im internationalen Handlungsrahmen, aber angesichts eines erheblich veränderten Sicherheitsumfeldes wirksam zu gewährleisten. Dazu muss die Bundeswehr im Bündnisrahmen im gesamten möglichen Auftragspektrum wirksam eingesetzt werden können, von der Krisenbewältigung bis zur Rückversicherung gegen ungünstige Lageentwicklungen. Dies schließt naturgemäss die Petersberg-Aufgaben ein, die im wesentlichen die Handlungsfelder abstecken, die von europäisch geführten Operationen abzudecken sein werden. Im Regelfall streben wir die Vertretung unserer Interessen über eine substantielle Beteiligung an multinationalen Strukturen an. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Bündnisarmee. Bei entsprechenden Einsätzen deutscher Streitkräfte wird somit Multinationalität die Regel sein; rein nationale Einsätze sind nur in Einzelfällen vorstellbar. Zwei Faktoren beeinflussen daher in entscheidender Weise Umfang, Strukturen und Fähigkeiten der Bundeswehr: einerseits die internationalen Verpflichtungen Deutschlands, andererseits die operativen Erfordernisse.

Die Befähigung der Streitkräfte zur Führung intensiver, konventioneller Kampfhandlungen innerhalb technisch und operativ anspruchsvoller Szenarien bleibt Voraussetzung und Grundlage zur Durchführung aller Aufgaben. Nur über die Fähigkeit, auf hohem Eskalationsniveau handeln zu können, läßt sich dauerhaft die Glaubwürdigkeit militärischer Abschreckung auch in weniger intensiven, aber wahrscheinlicheren Szenarien erhalten. Allerdings müssen Präsenz, Fähigkeiten und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auf die Anforderungen im künftigen Aufgabenspektrum zugeschnitten sein. Die Reaktionsfähigkeit auch auf kurzfristig entstehende Krisen ist auszubauen. Dies erfordert angemessen abgestufte Verfügbarkeit, eine permanent einsatzbereite streitkräftegemeinsame Führungsorganisation, Interoperabilität, Mobilität, Flexibilität sowie Überlebens- und Durchhaltefähigkeit. Logistische Fähigkeiten zur Unterstützung multilateraler Einsätze bilden dafür eine un-

verzichtbare Basis. Die Innovationsfähigkeit der Streitkräfte, z.B. bei der Informationstechnologie, stellt ebenfalls eine wesentliche Voraussetzung für deren Anpassung

an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar, nicht zuletzt zur Gewährleistung ihrer Wirksamkeit im Einsatz.



Im Vordergrund von links: Rainer Arnold, MdB, Generalmajor Karl-Heinz Lather, Frau Ingeborg Lather
In der 2. Reihe: Frau Medizinaldirektorin Angelika Pohl



V o r t r a g

des Kommandeurs 10. Panzerdivision und
Befehlshaber im Wehrbereich V



Generalmajor
Karl-Heinz Lather

**“Dayton - Fortschritte oder nicht?
Erfahrungen aus dem Einsatz in Bosnien-Herzegowina.”**

Kritische Anmerkungen zur Lage in Bosnien-Herzegowina, zu den Internationalen Gemeinschaften, zu SFOR und einige Lessons Learned bezüglich Kosovo

Anrede

Vom 18. Dezember 1998 bis zum 25. Juni 1999 war ich Chef des Stabes HQ SFOR in ILIDZA bei SARAJEVO mitten in BOSNIEN-HERZEGOWINA. Dieses halbe Jahr war professionell eine wesentliche Erfahrung, besonders wegen der für mich so unerwarteten Intensität, mit der man von Aufgabe, Land, Leuten, der besonderen Situation eines multinationalen operativen HQ fast ohne jegliche Privatsphäre vereinnahmt wird. Manchmal empfand ich wie der übermüdete Autofahrer bei Nacht, der den gefährlichen Tunnelblick bekommt. Und dann überstrahlte, in der zweiten Hälfte meiner Zeit der KOSOVO-Konflikt unseren Einsatz, hatte deutliche Auswirkungen auf uns.

Ich will Ihnen in den nächsten 45 Minuten Folgendes anbieten:

Einleitung Teil 1

Zitate aus Ivo Andric, "Brief aus den 20er Jahren"

Einleitung Teil 2

- SFOR und die Zukunft der NATO
- Warum bleiben?
- Das Syndrom der Doppelten Abhängigkeit
- Bosnien = Balkan

Zur Lage im Lande

- Allgemeiner politischer Überblick
- Die Zukunft
 - Staatliches Sicherheitskonzept
 - BRCKO
 - DPRE- Rückführungen
 - Rule of Law
 - Professionalisierung und Erziehung
- KOSOVO

Zur Lage von SFOR

- Stabsarbeit im HQ
- Restrukturierung des HQ
- Restrukturierung von SFOR

Anmerkungen zu den Internationalen Organisationen

- HR/OHR
- UNMBiH
- IPTF
- UNHCR
- Die Kontaktgruppenbotschafter
- NGOs

Lessons Learned

- Rechtes Mandat zu rechter Zeit
- Geteiltes oder gemeinsames Mandat?
- End State oder End Date?

Schluß

Einleitung Teil 1

"Ich komme gleich zur Sache. Bosnien ist ein wundervolles, interessantes und keineswegs gewöhnliches Land, sowohl was seine Natur als auch seine Menschen angeht."

"Bosnien ist ein Land des Hasses und der Angst. Lassen wir die Angst beiseite, sie ist ein Korrelat des Hasses, sein natürliches Echo, und sprechen wir über den Haß."

"Das fatale Charakteristikum dieses Hasses besteht darin, daß der bosnische Mensch sich dieses Hasses gar nicht bewußt ist, der in ihm lebt: daß er sich scheut, ihn zu analysieren, und jeden haßt, der versucht, es zu tun. Und doch ist es eine Tatsache: in Bosnien und Herzegowina gibt es mehr Menschen, die bereit sind, bei Ausbruch des unbewußten Hasses aus verschiedenen Anlässen zu morden und sich morden zu lassen, als in anderen, nach der Bevölkerung und der Fläche viel größeren slawischen und nichtslawischen Ländern."

"Die, die glauben und lieben, hassen tödlich all die, die nicht glauben oder etwas anderes glauben und etwas anderes lieben. Ein Großteil ihres Glaubens und ihrer Liebe verzehrt sich leider in diesem Hass. (Die meisten bösen und finsternen Gestalten trifft man in der Nähe der Goteshäuser, Klöster und Moscheen.)"

“Die Kluft zwischen den verschiedenen Bekenntnissen ist so tief, daß es nur dem Haß gelingt, sie hin und wieder zu überspringen.”

Quelle: Ivo Andric, Liebe in einer kleinen Stadt, Jüdische Geschichten aus Bosnien, Suhrkamp 1996.

Einleitung Teil 2

SFOR und die Zukunft der NATO

Spricht man von SFOR, meinen viele zunächst, es gehe um Bosnien. Diese multinationale Peacekeeping-Operation ist aber eine Realität, deren Bedeutung weit über Bosnien und Herzegowina hinausreicht. SFOR, mittlerweile muß man sagen neben KFOR und AFOR, ist das erste Symbol einer NATO der Zukunft, der Garantie für Europäische Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan.

SFOR ist zugleich das erste Beispiel für die sich entwickelnde Neue NATO und damit für die zukünftige transatlantische Partnerschaft. SFOR ist nicht nur eine lediglich NATO-geführte Aktion, sondern das eindrucksvolle, erfolgreiche und unverändert aktuelle Beispiel einer "klassischen" Nicht-Artikel V-Operation. Und damit wird ein Fehlschlag ebenso wie der Erfolg von SFOR direkten und unmittelbaren Einfluß auf die Entwicklung dieser NATO haben. Je länger SFOR in Bosnien bleibt, desto größer wird für das Bündnis das Risiko einer Erosion der bisherigen Erfolgsstory, gerade auch weil SFOR jetzt in deutlicher Konkurrenz zu KFOR getreten ist. Deshalb wird es zunehmend wesentlicher eine Ausstiegsstrategie zu entwickeln, die es erlaubt, Bosnien schließlich zu verlassen. Diese ist für das Bündnis nicht minder wichtig als für SFOR selbst.

Warum bleiben?

Die Frage, wann SFOR dieses Land verlassen kann, ist militärisch leicht zu beantworten: "Heute!" Daß SFOR noch hier ist, am 25. Juni 1999 war D+365, SFOR also 1 Jahr im Lande, und daß SFOR vermutlich noch eine ganze Zeit bleiben wird, hat vorwiegend politische Gründe.

Tatsächlich geschieht in Bosnien nichts ohne SFOR. Annex 1A des GFAP, des Dayton-Abkommens, ist fast vollständig erfüllt. In allen anderen Aspekten des Friedensprozesses ist SFOR der Stützpfeiler, die Macht, die für ein sicheres und stabiles Umfeld sorgt und die notwendigen Unterstützungsleistungen erbringt, die es der zivilen Implementierung erlauben voranzuschreiten. Das ist nicht die Überheblichkeit SFOR's, die hier spricht, sondern die verbreitete Auffassung der Mitgliedstaaten des PIC, der anderen Internationalen Organisationen und der Masse der Bevölkerung hier im Lande.

Das Syndrom Doppelter Abhängigkeit

In Bosnien gibt es so etwas wie ein Syndrom Doppelter Abhängigkeit : Zum einen von SFOR und zum anderen von den Internationalen Organisationen. Letztere können sich eigentlich nicht vorstellen, ohne SFOR in Bosnien zu existieren. Die zweite, noch wesentlichere Abhängigkeit ist die der hiesigen Machthaber und der Bevölkerung von der internationalen Präsenz. Es ist diese Abhängigkeit, die zugleich das größte Hindernis beim Fortschritt des Transformationsprozesses darstellt. Denn, wenn die Menschen und ihre gewählten Politiker nicht die überzeugten Herren dieses Prozesses sind, dann wird es in diesem Lande die politisch postulierte selbsttragende Stabilität nicht geben.

Diese fundamentale Erkenntnis, vielleicht auch Realität beschreibt die Unfähigkeit der hiesigen Machthaber und der Bevölkerung, Verantwortung für die eigene Zukunft aktiv zu übernehmen. Immer wieder erlebt man, daß Verhandlungspartner die auferlegten Lösungen nur passiv ertragen, ermöglicht dies ihnen doch anschließend zu sagen: Diese Lösungen und Regelungen wurden von uns nicht gewünscht, sie

verbal den Dayton-Prozess. Ihre tatsächlichen Handlungen bleiben aber weit dahinter zurück.

Fast alles, was einer Stärkung der Zentralgewalt nahekommen könnte, wird von den Teilrepubliken offen oder verdeckt stark bekämpft. Lediglich die SCMM scheint eine neue Chance zu erhalten, nachdem man am 03.06.99 nun endlich gemeinsamen Verfahrensregeln zugestimmt hat und ein ständiges Sekretariat einrichten will.

Bleibt festzustellen, daß ohne erheblichen Druck und direkte Einflußnahme sich die Machthaber in Bosnien-Herzegowina nur selten auf Gemeinsamkeit hin bewegen. COMSFOR und HR sind dabei die vor Ort entscheidenden Mitspieler.

Die Zukunft

Der Friede kommt nur langsam voran. Irreversibilität ist auf den meisten Feldern noch lange nicht erreicht. Die Themen dieses Jahres machen deutlich, daß eine aktive Unterstützung des Dayton-Prozesses durch eine starke SFOR-Truppe unverzichtbar scheint. Auch und gerade die Lage im Lande nach Ende der NATO-Luftoperationen gegen das frühere Jugoslawien läßt ein anderes Urteil nicht zu. Die Bündnispartner werden darauf zu achten haben, daß sie Bosnien-Herzegowina nicht als Stiefkind der übrigen Balkan-Entwicklung verkommen lassen.

Deshalb empfahl SFOR erst zum Ende des Sommers/Herbstes diesen Jahres eine Veränderung. Ich komme darauf zurück. Bis dahin bleibt SFOR Haupttreiber des Friedensprozesses. SFOR ist dabei nicht immer geliebt, aber geachtet; SFOR ist durchsetzungsfähig aufgrund eines starken Mandates, das man intelligent und entschieden nutzen muß, und SFOR ist verläßlich. All dies wissen sowohl die IOs als auch die Parteien im Lande. Lassen Sie mich nun cursorisch einige Herausforderungen dieses Jahres beleuchten.

Entwicklung einer staatlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dieser Auftrag der Madrid Deklaration des PIC ist eines der sicherheits- und militärpolitischen Hauptziele der Agenda 1999. In enger Zusammenarbeit mit der OSZE, dem HR und der SCMM hatte sich SFOR vorgenommen, in dieser Richtung in diesem Jahr deutlich voranzukommen. Ein operatives HQ wie SFOR besitzt dazu nur beschränkte Mittel, dennoch ist seine Gestaltungs- und Schubkraft mit der Hilfe der Kontaktgruppenbotschafter, des SACEUR und des NATO Generalsekretärs erstaunlich. So gelang es, die Zustimmung der Dreierpräsidentschaft zur konkreten Stärkung der SCMM fast problemlos erhalten. Ein gutes Zeichen! Dennoch bleiben militärische Ausbildung und Erziehung in westlichem Sinne, politische Neutralität des Militärs, Kappung der kriminellen Verbindungen zur Mafia, zu Parteien, zu paramilitärischen Gruppierungen eine stramme Aufgabe. Man hat begonnen, Seminare, Lehrgänge, gemeinsame Ausbildungen durchzuführen und plant für dieses Jahr z.B. die Durchführung gemeinsamer, bescheidener Übungen der Divisionen mit den EAF. Mit seinen Instructions To the Parties (ITP) steuert COMSFOR diesen Prozeß bis hin zu seiner persönlichen Zustimmung zur Beförderung oder Veränderung eines jeden Generals. Sollte es gelingen bis zum Jahresende einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt durch SCMM aufgestellt zu haben, wäre man einen großen Schritt gegangen. Dieser wird das Mittel sein, den Politikern klar vor Augen zu führen, welche Kosten ihre Militärs ihrem Staat verursachen. Und dieser Virus wirkt bereits, wenn Jelavic von 30% Kürzung der Streitkräfte spricht, Izetbegovic ein Gleiches tun will, und Radisic sich proportional beteiligen will. Auch von 6 Monaten Wehrpflicht wird gesprochen.

HOT SPOTS;BRCKO

Wie kontrolliert man militärisch ein Land wie Bosnien-Herzegowina? Man besetzt die sogenannten Hot Spots, die ethnisch

bedeutsam sind, die die Machtzentren darstellen, die die Verbindungslinien kontrollieren oder wo die Chance von Unruhen und Non-Compliance am ehesten zu vermuten ist. Sie alle kennen die Namen: BANJA LUCA, die RS-Hauptstadt, zugleich Sitz der MND SW. Bijeljina, Sitz des VRS-GenSt, das zweite Machtzentrum und Garnison der RUS Bde. Von dort entsandten in einer Maskirovka-Operation die Russen in der Nacht 11./12. Juni 1999 ihr Vorkommando nach Pristina. SARAJEVO, spricht für sich selbst. TUZLA, Wirtschafts- und Handelszentrum, Verkehrsknotenpunkt und Sitz MND N. MOSTAR Symbol einer geteilten Stadt mit ausgeprägter muslimischer Vergangenheit und Sitz der MND SE. Der Wiederaufbau der STARI MOST beginnt in diesen Monaten. BIHAC, ein weiterer bosniakischer Hot Spot, ein Schwerpunkt für Flüchtlingsrückkehr, kontrolliert von CANBAT. DRVAR, FOCA, KISELJAK, BUGOJNO, TRAVNIK, VITEZ, DERVENTA sind andere Orte, die immer wieder Kopfzerbrechen machen.

Nur kurz zum Thema BRCKO. Der Schiedsspruch von Lord Owen, den SFOR vollständig und uneingeschränkt befürwortete, er konnte keine Partei 100%ig zufriedenstellen. Die Implementierung steht aus. SFOR wird bei der Umsetzung eine wesentlich Rolle zu spielen haben, insbesondere die MND N. Aufgabe ist die Demilitarisierung des Gebietes.

Flüchtlingsrückkehr

1998 fanden rund 110.000 Rücksiedlungen statt, nach oder innerhalb von Bosnien, davon waren jedoch nur knapp 10.000 Minderheitenrücksiedlungen. Das PIC in Madrid hat, unterstützt von allen Außenministern, von NATO und SACEUR einen starken politischen Schub in diese Richtung gegeben. Die vom OHR geführte Refugee Returns Task Force (RRTF) in Kooperation mit UNHCR und starker Unterstützung durch SFOR beginnt sich auf allen Ebenen zu organisieren und zu strukturieren.

Dieses Bild zeigt die möglichen und erwarteten Ströme von Flüchtlingen, ihre Ausgangspunkte und ihre Ziele. Eine gewaltige Organisationsaufgabe mit sehr großen Sensibilitäten bei allen Akteuren. Wie sagte jemand von Andy Bearpark, dem Leiter der RRTF des OHR: "He loves to create the goods out of the chaos!" So schlimm ist es nicht, aber auch bei weitem nicht so problemlos, wie es das schöne Strukturbild dieses Herrn vorgaukeln mag. Nur die farbig unterlegten Stellen bedeuten ständig präsente RRTF.

Mittlerweile hat eine deutlich verstärkte Flüchtlingsrückkehr eingesetzt. Bleibt abzuwarten, ob dies sich im Sommer fortsetzen wird. Die kritischen Faktoren Survivability, Sustainability und Security sind leider nicht überall zu erfüllen.

Die "Rule of Law" oder Wie bekämpfen wir Kriminalität und Korruption?

Dieser Bereich ist einer der sensibelsten, über den ich zu sprechen habe; denn, insbesondere nach unserer deutschen Auffassung, zählt er nicht zu den unmittelbar militärischen Aufgaben. Es ist aber eine Tatsache, daß die zivilen Autoritäten in Bosnien entweder nicht die Macht, oft auch nicht den Willen haben, Verbrechensbekämpfung in unterschiedlicher Weise durchzuführen. Daraus entsteht dann, quasi automatisch, eine Unterstützungsforderung an SFOR zur Unterstützung der IPTF und der lokalen Polizei. So liefert unser Nachrichtensystem ganz wesentliche Informationen über die hiesigen Verbrecher, die Mafia, die Beziehungen zwischen Politik, Militär und diesen Kreisen. Ohne unsere diesbezügliche Unterstützung wären die IPTF und andere noch weniger durchschlagend. Unsere Aufklärung, was ist das?

- Der normale CJ2 mit mehr als 80 ständigen Mitarbeitern und damit einer beachtlichen Collection, Fusion und Analyse-Kapazität. In diesem Bereich sind alle NATO-Staaten vertreten. Deutsche ebenfalls, teilweise auch deutsche Kameraden des EUROK-ORPS.

- Das AMIB, Allied Military Intelligence Battalion, eine ursprünglich US/UK-Erfindung, um HUMINT effektiver zu gestalten. Ein durchaus wirksames Mittel zur Nachrichtengewinnung in offener und verdeckter, in direkter und indirekter Art und Weise. Wir haben hier deutliche menschliche und rechtliche Grenzen. Wir müssen uns aber beteiligen, um einerseits nicht abgekoppelt zu sein, andererseits Erfahrung zu sammeln und aus deutschem Dornröschenschlaf zu erwachen.
- CJSOTF, Combined Joint Special Operations Task Force, zunächst eine reine US-Task Force, an der auch wir inzwischen mit wenigen Soldaten beteiligt sind. Die JCOs, Joint Commission Observers, betreiben offene, unbewaffnete Gesprächsaufklärung und zählen neben der Vertrauensbildung zu unseren wichtigsten Quellen. Unser deutsches G2-Wesen ist in diesem Bereich viel zu zurückhaltend.
- Die NICs, National Intelligence Cells, fast jede Bündnisnation betreibt solche. Die US-NIC hat über 80 Mitarbeiter. Aber auch UK- und FREN-NIC sind ansehnlich. Wir brauchen uns nicht zu verstecken, haben auch das eine oder andere anzubieten, sind dennoch auf diesem Felde im Vergleich mit unseren großen Alliierten Zwerge. Erstaunlich die Leistung der Skandinavier, die eine gemeinsame NIC betreiben.
- Über die diversen Dienste weiß ich nicht viel, dürfte dann wohl auch nichts dazu sagen. Es gibt sie aus vielen Nationen und sie sind hilfreich, gehören zum Geschäft.

Damit haben Sie einen Eindruck über unsere Leistungsfähigkeit das Feindlagebild betreffend. Die sehr guten Fähigkeiten unserer MNDs und der NATO-Luftstreitkräfte habe ich noch nicht miteingerechnet.

Professionalisierung und Erziehung

Hier geht es um eine noch sehr junge Initiative, entstanden am Frühstückstisch Mitte Januar im Gespräch zwischen DCO-MOPS, POLAD und COS SFOR. Mittler-

weile von NATO, Bosnian Task Force, der OSZE und OHR aufgenommen, von den Drei Präsidenten im Grundsatz akzeptiert. CFLO mit seinem kleinen Stab, zu dem inzwischen auch ein Inspectorate General gehört, treibt das Thema konzeptionell und praktisch voran. Die SCMM ist das entsprechende Forum auf der Seite der Entitäten. Im Grunde geht es um eine Art von PfP a la Bosnia, was man über ein Sonderprogramm gestalten muß. Es genügt nicht Soldaten, Offiziere und Generale auszubilden, sondern man muß insbesondere auch die Politiker interessieren. Dazu gehört die Entwicklung einer staatlichen Sicherheitspolitik ebenso wie die Entwicklung eines gemeinsamen Haushaltes oder eines regionalen Rüstungskontrollabkommens, an dem der Staat Bosnien-Herzegowina teilhat. Dazu zählt letztlich auch die Perspektive eines PfP-Beitritts und einer Assoziierung/Mitgliedschaft in der EU, um aus der Abhängigkeit der lieben Nachbarn zu kommen.

Man hat mit diesem Programm viel zu spät begonnen. Es wird, und schon gar nicht von SFOR allein, in kurzer Zeit nicht zu vollenden sein. Ein langer Atem wird nötig sein, wie wir es bei den anderen PfP-Nationen erlebt haben.

Wenn nicht, dann mag gelten, was ein bosniakischer DivKdr sagte, als er von der MND SE über deren Ideen informiert wurde: "Meine Truppe wird in der Türkei, in Abu Dhabi und Saudi Arabien ausgebildet. Wozu brauche ich eure Hilfe?"

KOSOVO

Am 24. März 1999 begannen die NATO-Luftoperationen gegen den Kosovo und das frühere Jugoslawien. Zunächst wurde die Stimmung im Lande sehr angespannt. Immerhin verlor die RS zeitgleich ihren Präsidenten Poplasen und hatte den BRCKO-Schiedsspruch zur Kenntnis zu nehmen. Für gut sechs Wochen gingen unsere Alarm-, Dress- und Vehiclecodes sehr hoch. Die Internationalen Organisationen verließen die RS.

Dennoch gelang es zu erhalten, was wir eine insgesamt ruhige, aber sehr ge-

spannte Lage nannten. Dabei halfen uns Politiker und hohe Militärs sowie die lokalen Polizeien. Von kräftiger Rhetorik und zahlreichen, schnell abnehmenden Demonstrationen abgesehen blieb die Lage überraschend ruhig. Ich glaube, trotz aller emotionalen Nähe zu den Freunden jenseits der Drina, wollten die Menschen keinen neuen Krieg in Bosnien. Und unsere Politik kämpfte stark darum, SFOR, eine multinationale NATO-geführte Peacekeeping Operation zu sein und nicht mit ALLIED FORCE in einen Topf geworfen zu werden. Vom Abschluß zweier MIG 29, einiger Grenzverletzungen, der Operation ABIGAIL, der vorübergehenden Gefangennahme von sechs FR SFOR Soldaten bei Rudo und von einigen Ausweichlandungen von alliierten Kampfflugzeugen abgesehen, blieb es erstaunlich ruhig. Aber wir hörten ALLIED FORCE täglich, über fast drei Monate, und gerne natürlich auch unser 24-Stunden CAP. Wir verhinderten weitgehend den Benzin- und Dieselschmuggel über die Grenze nach Jugoslawien, ebenso den Waffenschmuggel.

Bosnien erhielt auch Flüchtlingszuwachs: 20000 Sandjakis, 15000 Serben und 15000 Kosovaren. Mit Hilfe der Behörden, des UNHCR und anderer Hilfsorganisationen war diese Lage zu meistern. Montenegro überlebte und die Vorstellung von 175000 Kosovaren und mehreren 10000 Montenegriern materialisierte sich glücklicherweise nicht.

Am Ende, nach dem Abkommen, düpierten uns dann die Russen, als sie am 11./12.06.99 in gekonnter Maskirovka-Aktion Elemente der RUS Brigade über die Drina Richtung Pristina verlegten. Eine taktische Täuschung, die gelang, - aufgebaut auf unwahren Meldungen.

Zur Lage SFOR

Stabsarbeit im HQ

Ich war ein recht zufriedener COS SFOR. Ich konnte meine Chefaufgabe zu 95 bis 98 % so ausführen, wie ich dies in Deutschland getan hätte. Wesentlich war

dabei, daß die Chemie mit dem COMS-FOR stimmte und daß er meinen Stil akzeptierte. Gen Meigs führt über seinen Stab. Er löste die beiden CIGs, USAREUR und NATO, mit denen sein Vorgänger oft ohne den Stab führte, mit meinem Eintreffen auf. Danach mußte sein Vorzimmer lernen, daß der Weg in den Stab über den Chef geht, und das funktionierte in den meisten Fällen. GenLt Deverell, der bisherige britische DCOMOPS und GenLt Elie, der französische DCOM akzeptierten das. Der neue DCOMOPS, GenLt Willcocks ist da umtriebiger, mußte häufig eingefangen werden, meint, da er COS ARRC in der Anfangsphase des Einsatzes hier war, alles alleine machen zu müssen. Ihn mußte ich oft mit deutlichen Worten, die er immer akzeptierte, bremsen und auf seine Zuständigkeit verweisen. Mein US ACOS MilOps, MG Sylvester, begriff meine Rolle nach anfänglichem Streuben - (nach deutlicher Zusprache einschließlich Vorführens)-, mein IT ACOS CivOps, MG Giannatempo, war ein erfahrener, monokeltragender Kavallerieoffizier, der mit mir frei umging und mich immer gut informierte; und mein FR ACOS SUP, BG Lair, war ein feiner Kamerad, dessen Bereich gut funktioniert und der einen einsamen von mir und COMS-FOR, aber kaum von den Nationen geführten Kleinkrieg um die multinationale Logistik führte.

Im HQ leisteten Soldaten aus 26 Nationen Dienst, unter ihnen 150 aus dem EUROK-ORPS. Ein bunter Haufe, der zu erstaunlich guten Arbeitsergebnissen fähig war. Die Motivation war sehr hoch, die Arbeitszeiten waren meist sehr lang, die Enge war bedrückend, weil es kaum Privatsphäre gibt. Besonders deshalb menschelte es gelegentlich. Die Qualität der meisten Soldaten war hervorragend. Was wir sonst in der NATO erleben, gilt auch in diesem HQ. Seine besten Mitarbeiter kommen ohne Priorisierung aus US, FR, CAN, NL, UK, NO und DEU, was nicht heißt, daß die anderen schwach waren.

Im HQ SFOR gibt es keine Stabsdienstordnung, dagegen eine Unmenge von SOPs, die alle der Chef unterschreibt, was übrigens auch für Grundsatzbefehle,

langfristige Pläne und Außenkorrespondenz gilt, sofern diese die übrigen Mitglieder der CmdGrp nicht selbständig zeichnen.

Dagegen werden alle FRAGOs durch ACOS MilOps erlassen. Ich laß die meisten im Mitzeichnungsgang mit, mischte mich auch ein, besonders wenn es um die Konsistenz der Sprache ging oder wenn Grauzonenbereiche des Mandates betroffen waren. Die Formulierung des Dayton-Mandates muß eben im FRAGO nachvollziehbar sein. Gleiches gilt für die ROE. Beachteten wir das nicht, gab es mit einigen Nationen Probleme, und wir Deutsche zählten mit Recht dazu. Ich denke, daß auch der texanische ACOS MilOps und sein britischer CJ3 dies mittlerweile begriffen haben.

Restrukturierung des HQ SFOR

Am 26. Januar 1999 legte ich COS SHAPE den Vorschlag zur Umorganisation des HQ SFOR vor. Sie wissen, wie HQ SFOR damals gegliedert war.

Die wesentlichen Veränderungen des neuen HQ sind die folgenden:

- 3-Sterne HQ, bedarf noch der formalen Entscheidung.
- Commandgroup, POLAD und LEGAD unverändert.
- Auf der Ebene COS SFOR: Ihm wurde AIR FWD und CFLO zugeordnet. SECCOS
- wurde durch den Director Staff Operations (DIRSO) ersetzt, dem zusätzlich OA und JVB unterstellt wurden.
- Im Faction Liaison Office wird ein Inspectorate General eingerichtet, das Teil der Initiative Professionalisierung und Erziehung ist.
- Es gibt nur noch zwei Stabsabteilungen mit je einem 1-Sterner an der Spitze und einem OF-5 als Vertreter. MilOps beinhaltet nun wesentliche Elemente von CivOps. CJ4 wurde ebenso fusioniert wie alle SanElemente unter dem neuen CJMed, zugleich Theater Surgeon. CJ8 ist nun zugleich der Controller des HQ und in dieser Aufgabe dem COS SFOR unmittelbar zugeordnet.

Im Ergebnis sparte diese Lösung 223 DP, das sind 25 % .

Der Vorschlag wurde von SHAPE gebilligt, lediglich über die Flag Offiziere der engeren Command Group muß das MC noch entscheiden, ebenso über die Frage, ob nicht künftig ein DCOM ausreichend ist.

Restrukturierung der Force Structure

Am 22. 02. 99 hatte SFOR eine Force Restructuring Study Phase II bei SHAPE vorzulegen. Sie fand Eingang in das NATO Gipfel Kommuniqué. Die Endfassung der ausgeplanten Studie legte SFOR zum 10. Mai 1999 vor, nachdem das NAC Mitte März Präzisierungen an drei Optionen vorgegeben hatte. Die endgültige Studie legte SHAPE Ende Mai dem IMS vor, der Rat wollte zum 14. 06. 99 unter Schweigefrist entscheiden. Ich möchte Ihnen die vorgeschlagene Option in aller Kürze vorstellen:

Option 2:

“Enhanced Operational Agility” heißt diese Option. D.h.: Veränderter Auftrag mit Kernbausteinen Abschreckung, Stabilisierung, verminderte Präsenz und reduzierte Unterstützung der IO. Hier das Gliederungsbild von SFOR in dieser Option.

3-Sterne HQ, Aufgabe der BrigEbene, MNDs verbleiben in TUZLA, MOSTAR und BANJA LUKA, HQ SFOR in BUTMIR (beginnend Sommer 1999).

Deutlich weniger KTrBtl (3 pro MND). COMSFOR strebt OPCOM über die ihm unterstellten Kräfte in theater an, mindestens aber vorab genehmigte Authorisierung zum Einsatz seiner Kräfte über interne Grenzen.

Im Ergebnis ist die Präsenz im Lande stark verringert, die Kräfte sind mission-tailored. Die TaskForces bleiben im wesentlichen unverändert. Damit bleibt die Unterstützung der Internationalen Organisationen weitgehend möglich. Der Intelligence-Bereich erfährt eine organisatorische und geringe, mengenmäßige Verstärkung. Die Logistik wird weiter

reduziert. Wo möglich, soll sie stärker multinationalisiert werden. Auch CIS erfährt deutliche Anpassungen. MSU in RgtStärke.

Gesamtstärke knapp 20000 Mann.

Noch eine weitere Information: Das HQ SFOR wird zum Jahresende nach BUTMIR verlegen, wo derzeit für rund 30 Mio DM ein NATO-funded HQ gebaut. Dies alles trotz Y2K. Ein Military Air Terminal soll folgen mit ca 12 bis 15 Mio DM kosten, zugleich Voraussetzung für eine Rückgabe des Flugplatzes SARAJEVO in zivile Trägerschaft.

Anmerkungen zu den Internationalen Organisationen

Neben SFOR spielen eine Fülle von Internationalen Organisationen zum Teil wichtige Rollen bei der Unterstützung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina.

Da sind die sogenannten PRINCIPALS, zu denen auch COMSFOR zählt und auf die ich im einzelnen eingehen werde. Die Gruppe der anderen sehen Sie auf diesem Bild, zu meiner Zeit waren das:

- Büro des Europarates
- Büro der Europäischen Union
- ECMM (BS Dr. Holthoff, GE)
- ICRC (BS Stöcker, SWZ)
- ICTY(Mr. Ackheim, SWE)
- ICVA(Int.Council of Voluntary Agencies; Mr Devendorf)
- IMF
- UNDP
- UNESCO
- UNHR (UN Center for Human Rights)
- UNICEF
- UNMAC
- WB
- WFP (World Food Programme)
- WHO

Als positiver Denker würde man annehmen, mit soviel Unterstützung und Fachexpertise kann sich das Land und seine Bevölkerung vor Entwicklung gar nicht retten. Die andere Seite der Medaille sind die vielen unkoordinierten, nicht abgestimmten und durchaus in ihren Zielen auseinanderklaffenden Agenden dieser

Gruppierungen. Hier fehlten die gemeinsamen Kriterien zum Wohle des Ganzen. Jeder schreitet voran, in bester Absicht, wo kämen wir aber hin, wenn das jemand in organisierter, abgestimmter Art vornahme oder gar mit einer Art Projektmanagement überzöge. So verpufft viel gut gemeinte Hilfe.

Ergebnis: 1. Möglicher Fortschritt wird gehemmt, 2. Man schafft sich selbst die Voraussetzung zum längeren Verweilen, heißt Geld verdienen, 3. Die Menschen im Lande sind lediglich Objekte.

Ich weiß wohl, das dies eine bittere Wertung ist, die vielen Einzelkämpfern in ihrem Streben nach Besserung und in ihrem humanitären Beseeltsein nicht gerecht wird, aber zu oft traf ich die immer gleichen Menschen mit ihren immer gleichen Problemchen und wurde leider bei vielen dieses negative Gefühl nicht los.

OHR

Carlos Westendorp, ein spanischer Diplomat, war neben COMSFOR der gemäß Dayton-Vertrag mächtigste Mann im Lande. Zusammen mit seinen Deputies, den BS Schumacher(GE) und Klein(US), Andy Bearpark (RRTF), Ian Martin(Housing, BiH Law), AVM Peter Harris, Simon Haselock(PIO) konnte er das Land beherrschen und den politischen Prozeß deutlich fördern. Seine Supervisors in MOSTAR, BS Ellerkmann(GE), und BS Farand in BRCKO, dazu 8 RRTF-Special Envoys gestalteten kräftig mit. Und dennoch, immer, wenn die Situation politisch diffizil oder gar gefährlich wird, kam keine spürbare Entscheidung, wurde gewankelt, fehlten Klarheit und Weitsicht. Immerhin, es wurden Bürgermeister entlassen, ebenso kantonale Minister oder Polizeichefs. Was fehlte, war das entschiedene, übergreifende, die Zukunft gestaltende Handeln. Ein Mann, der meist dann fehlte, wenn die Dinge kritisch waren, wenn man ihn in Person vor Ort gebraucht hätte, konnte denn auch nicht oder nur wenig durchsetzungsfähig sein. Immerhin repräsentierte er die KG, die Europäische Union und die politische Seite des Dayton-

Vertrages. Ich war von ihm und seiner Mannschaft nicht immer überzeugt.

Um fair zu sein, Westendorp hatte es mit nationalistischen Politikern zu tun, die Verfassungen sind nicht kompatibel, das Rechtssystem funktioniert nicht, die Polizei und die Justiz sind unfähig, unorganisiert, ohne rechtliche Fundierung und hilflos unterfinanziert, deshalb oft korrupt. Und das ist nur ein Teil der Probleme, von der schwachen Wirtschaft und den Finanz- und Wohnungsnoten nicht zu reden.

UNMBiH, UNHCR, IPTF

Madam Rehn, -hier ein Jugendbild -die frühere finnische VgMinisterin, eine energische Großmutter mit Haaren auf den Zähnen, war eine charmante Dame mit weniger Macht, als sie gerne gehabt hätte. Sie war der verlängerte Arm von Kofi Anan hier in Sarajevo, versuchte die verschiedenen UN-Unterorganisationen zu koordinieren. Sie mußte dazu ihr Verhandlungsgeschick und moralischen Druck benutzen, denn weitere Mittel besaß sie kaum. Dennoch hatte sie besonders mittels des UNHCR und der IPTF wesentliche Dayton-Anteile zu gestalten. Die Organisation, Ausbildung und Zertifizierung der Polizeien, einschließlich des Aufbaus einer State Border Police a la BGS zählten genauso zu ihren Aufgaben wie die Begleitung und Unterstützung der lokalen Polizeien durch die Beamten der IPTF aus aller Herren Länder und mit einem mehr als fragwürdigen Mandat.

Um auch hier fair zu bleiben. Ich könnte mir nur schwer vorstellen, unter einem so schwachen Mandat zu leben und zu arbeiten. Von Durchsetzen kann schon gar nicht die Rede sein. Das Ergebnis sind Städte wie FOCA, DRVAR, TRAVNIK, BRCKO, GORNI VAKUF oder STOLAC, in denen Willkür, Gewalt und Terror die Szene bestimmen. Illegale Märkte wie der Renner- oder Arizonamarkt sowie Auto-, Waffen- und Drogenhandel, hier funktionierte die Multiethnizität, im Zweifel mit Unterstützung der Polizei, der Behörden und der Politik. - Und indirekt, wegen unserer Handlungsschwäche, auch mit Hilfe der Internationalen Organisationen.

OSZE

Geführt von US-Ambassador Barry und GE-BS Wolthmann, beraten von BG Karlsson(SWE), KzS a.D. Spieker(GE) und Larry Sampler(US, Srebrenica), verkörperte die OSZE den ANNEX 1B und die Artikel IV und V des GFAP. Mit anderen Worten, die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, die Entwicklung eines regionalen Rüstungskontrollregimes, die konkrete Abrüstung, die Entwicklung einer State Dimension of Security, ein Teil der Professionalisierung, Ausbildung und Erziehung der drei Armeen. Das verbirgt sich hinter dem Auftrag. Eine extrem schwierige Aufgabe. Die Stärke der OSZE liegt im Anwenden von Kooperation, Koordination und Konsens. Die Schwäche in ihrer mangelhaften Personalausstattung (ca. 60 Personen) und in der Tatsache, daß sich hier immer 53 Nationen zu einigen haben. Sie waren deshalb oft übervorsichtig, antizipatorisch und schrecklich langsam.

Sie waren durch die Schnelligkeit, Dynamik, Zielstrebigkeit und Entschlossenheit von SFOR und NATO oft überfordert. Gerne sahen sie ihre Flagge hochgehalten, wo andere ihre Arbeit machten. Aber sie waren es auch, die mit Seminaren und Lehrgängen Politiker und Militärs alle drei Entitäten erreichen konnten. Und siehe da, unsere Viren der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit, der Marktwirtschaft begannen zu wirken.

Für die OSZE, den HR und SFOR gilt m.E. besonders jene politische Binsenwahrheit von den komparativen Vorteilen verschiedener multinationaler Institutionen. Es gab aber nur zu wenige unter den handelnden Personen, die wirklich wußten, wovon sie redeten. Obwohl alle Welt in unserer OSZE von PfP spricht, bin ich sicher, daß maximal einer ihrer Mitarbeiter hier in Sarajevo wußte, was sich dahinter verbirgt.

Zur OSZE gehörten, ich darf es nicht vergessen, die liebenswerten Schweizer Gelbmützenkameraden des Swiss Contingent. Sie übernehmen unbewaffnet und in bewährter, effizienter Miliznatur die Trans-

port- und Instandsetzungs- sowie Sanitätsaufgaben des gesamten OSZE-Personals. Mit uns Deutschen, vor allem auch unserem Heereskontingent in RAI-LOVADC sind sie kameradschaftlich eng verbunden.

Die Kontaktgruppenbotschafter

Sie sind die eigentlichen Machtträger, weil sie alles, was mit ihnen besprochen wird, per Kabel oder Drahtbericht in ihre jeweilige Hauptstadt schicken. Sie kamen, wenn SFOR rief, wußten um SFORs Einfluß und Stärke und akzeptierten dies. Sie sind

wichtige Sensoren in Bezug auf die Entitäten, auf den HR und auf die Haltung unserer Regierungen. Immer, wenn schwierige operative Entscheidungen anstanden, hörten wir zunächst ihren Rat. Spontane Ablehnung führte in der Regel zur Anpassung oder Aufgabe von Vorhaben. Zustimmung machte uns sicher. Sie waren es, die einzeln oder als Gruppe auf die Politiker im Lande erheblich Einfluß nehmen konnten. Daneben war aber immer wieder festzustellen, daß trotz aller Nähe unsere Nationen sehr unterschiedliche Vorstellungen von der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunft dieses Landes in seiner Region und auf unserem Kontinent haben. SFOR war aber immer gut beraten, ihren Rat einzuholen und sich damit der Regierungen zuhause zu versichern.

Lessons Learned

Zu einer Zeit, wo die Nationen und die NATO sich im Kosovo engagieren, scheint es mir ratsam, einige Erfahrungen aus dem IFOR- und SFOR-Einsatz zu ziehen. Immerhin ist dies der erste Einsatz dieser Art, zudem in derselben Region. Was gelte es meines Erachtens zu berücksichtigen?

Rechtes Mandat zu rechter Zeit

Meine erste Feststellung betrifft die Reihenfolge und die Art der Reaktion der Internationalen Gemeinschaften. In Bosnien begannen wir als UNPROFOR, einer Peace Keeping Force mit vagem, unangemessen schwachem Mandat.

Grund dafür waren ein fauler Kompromiß und ein Mangel an politischem Willen der Nationen.

Das Ergebnis der folgenden Verzweiflung sehen wir heute: eine starke Interventions-truppe mit kräftigen ROEs und einem recht klaren Mandat. Das galt für die Schnelle Eingreiftruppe und IFOR ebenso wie für SFOR. Dazu zählt eine eindeutige Führung. Das heißt im Klartext: Peace Keeping sollte erst beginnen, wenn der Frieden hergestellt ist oder hergestellt wurde, und nicht umgekehrt. Das bedeutet auch, daß Peace Keeping erst beginnen sollte, wenn ein politisches Abkommen zwischen allen beteiligten Parteien erreicht ist, nachdem dann die Kampfhandlungen eingestellt wurden und die gegnerischen Kampftruppen sich getrennt haben oder getrennt wurden.

Geteiltes oder gemeinsames Mandat?

Meine zweite Beobachtung betrifft die Art, besser die Definition des Mandates. Es geht um den Ausdruck eines klaren politischen Willens. Die eingesetzten Streitkräfte müssen einen eindeutigen militärischen Auftrag haben. Dazu gehören die richtigen militärischen Mittel und durchsetzungsfähige ROE. Selbst wenn diese Bedingungen gegeben sein sollten, bleiben gewisse Unstimmigkeiten, falls zeitgleich ein ziviles Mandat parallel zum militärischen implementiert werden soll.

Das Dayton-Abkommen sah eine klare Zweiteilung der Mandate vor, und daraus ergab und ergibt sich immer wieder eine gewisse Konfusion über den Auftrag und die Aufgaben der Mandatsträger. Eine Trennung ist auch kein Musterbeispiel für die Einheit der Internationalen Gemeinschaften. Schärfel formuliert heißt das: Das militärische Mandat und die Autorität des militärischen Kommandeurs müssen eindeutig ihn als quasi letztentscheidende Instanz vorsehen, solange es um das

Trennen der gegnerischen Streitkräfte, die Entwaffnung von Soldaten und das Durchsetzen eines Waffenstillstandes geht. Sobald aber die Folgeschritte beginnen wie Abrüstung, Rüstungskontrolle, Vertrauensbildung, Staatsbildung im weitesten Sinne übergeht, sollte die politische, die zivile Seite diese Rolle übernehmen, sonst entsteht eine unseelige Konkurrenz, wird das bisher so erwünschte Militär gerade noch als nützlicher Partner, aber bitte in deutlicher Subordination, als Hilfstruppe sozusagen betrachtet.

Vielleicht ist es auch anzuraten, mit einem einzigen Mandat unter der gemeinsamen Führung einer Persönlichkeit zu arbeiten, einer Art "General-Gouverneur". Was immer die Lösung sein mag, die Nationen dürfen sich um das Thema nicht herum-mogeln.

End Date oder End State?

Mein dritter Punkt betrifft die Frage eines festen Datums, also einer definierten Dauer des Mandates bzw. der Bedingungen, die gegeben sein müßten, bevor ein Truppenabzug durchgeführt werden sollte. Keine leichte Frage.

Wer die end date-Lösung bevorzugt, sieht sich selbst der Gefahr ausgesetzt, das Einsatzgebiet zu einem am Verhandlungstisch festgelegten Datum verlassen zu müssen - auch trotz unzureichender Ergebnisse oder lediglich Teilerfolgen. Der erreichte Zustand mag dann reversibel sein und in der Folge zum Verlust des Erreichten führen, bis hin zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

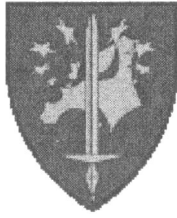
Der andere Fall, end state, mag Langzeitaufenthalt bedeuten, weil die Zielerreichung zu ambitiös formuliert ist oder einfach weil die Bildung eines Staates, seiner Institutionen und Administrationen sowie die Organisation und Gestaltung seiner Streitkräfte notwendigerweise viel Zeit in Anspruch nehmen.

Es ist schwierig, der einen oder anderen Lösung den Vorzug zu geben. Jedoch

gehören zur End-date Lösung klare, eindeutige Ziele, die in gegebener Zeit bei definierten Meßgrößen erreichbar sind. Der Erfolg muß sich also messen lassen. Bei der End-state- Lösung empfiehlt sich eine strikte Agenda, ein Fahrplan mit festen Zwischenzielen und fixen Daten sowie den zugehörigen Verifikationsmitteln.

Schluß

Die Frage, ob und wann SFOR das Land verlassen kann, ist nicht leicht zu beantworten. Wie so häufig, gibt es keine eindeutige Antwort. Das Mandat des Annex 1A ist nach meiner Überzeugung militärisch im wesentlichen erfüllt. Also ziehen wir ab!? Das Risiko des Wiederaufflammens von Feindseligkeiten bleibt groß. SFOR schreckt weiterhin ab. SFOR unterstützt. SFOR hilft. Entitäten und IOs gleichermaßen können sich Bosnien-Herzegowina ohne SFOR noch nicht vorstellen. Aber, der Kosovo wird seinen Preis fordern, von allen Truppenstellern. Ich habe in Bosnien ersten Ansätze davon bereits erlebt. Durchhaltefähigkeit der Nationen, Kosten und politische Prioritäten sind natürlich gewichtige Argumente. Und Kosovo mit seiner humanitären Katastrophe ist, wie ich empfinde, deutlich prioritärer als Bosnien. Die in Bosnien geworfene Handgranate macht keine Schlagzeilen, der Sprengsatz unter dem Auto eines IPTF-Beamten in BIHAC war lediglich eine INTSUM-Meldung wert. Der Schmuggel von 18 SA-7 Flugabwehrraketen einschließlich 9 Abschußgeräten und dreier 120mm MLRS, vermutlich in den Kosovo, regte in Deutschland kaum jemanden auf. SFOR hat, dies trotz und wegen KFOR, mit der Zukunft von NATO zu tun, deshalb werden unsere hoffentlich in vernünftig abgestufter Weise seine Präsenz verringern und seine Aufträge zu einem zunehmend größeren Teil an die zivile Seite übertragen - vor allem auch dem Staat Bosnien-Herzegowina.



V o r t r a g

des ehemaligen Chef des Stabes EUROKORPS



General de Brigade
Francois Clerc

**“Frankreich auf dem Weg zur Berufsarmee
Bewertung aus der Sicht eines Berufssoldaten.”**

- > **Warum eine Berufsarmee?**
- > **Wie wird es letztendlich in Frankreich aussehen / Jahr 2005**
- > **Die Problematik einer Berufsarmee**

Warum?

Die Lage - geopolitisch - hat sich seit 10 Jahren verändert..

Priorität hat heute nicht mehr die Hauptverteidigung.

Die Bedrohungen sind anders geworden. Für die Streitkräfte heißt es neue Aufträge : „peace keeping“ - Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen der WEU, NATO oder UNO - KSZE usw.. Eine Anpassung der Kräfte ist erforderlich - die Priorität: KRK die man zu jeder Zeit, schnell ersetzen kann - eine hohe Bereitschaft.

Die Prinzipien der Umstrukturierung

Ein Heer von 135.000 Mann, davon 10 % Zivilisten statt heute 210.000 in Frankreich.

Jeder Zeit in der Lage zu sein 30.000 Mann einzusetzen und nach 4-6 Monaten ablösen zu können.
Im Falle der Hauptverteidigung 80.000 Mann einsetzen zu können.

Modularität

Außer Brigade keine Großverbände „Prinzip des Baukasten“ mit Task Forces auf Wunsch je nach Lage neue Kapazitäten schaffen oder verbessern - nämlich

- > Durchhaltefähigkeit bei länger dauerndem Auslandseinsatz
- > Hohe Einsatzbereitschaft
- > Verlegbarkeit
- > Angepasste Logistik für längere Einsätze

- > Bessere Aufklärungskapazitäten

Die Struktur des Heeres nach Umstrukturierung - auf drei Ebenen

Heeresamt / Verwaltung
Heeresführungskommando und Heeres Logistik Kommando
9 Brigaden und 19 Regimenter (Fernmelder - Artilleristen - Pioniere - Aufklärung) und 15 Regimenter (Sanitär-Nachschub - Transport - Instandsetzung)

Solidarität mit unseren Partnern in Europa (WEU) und in der NATO

Keine nationalen Einsätze mehr, sondern im Rahmen von multinationalen Verbänden (z. B. Eurokorps) die natürlich gemeinsamen Verfahren fördern und auch eine große Interoperabilität.

Die Problematik einer Berufsarmee

Das Personal

Etwas mehr Offiziere und Unteroffiziere sind erforderlich / plus 10 - 15 %

Gute und genügend Soldaten zu finden für eine 5-8 Jahre lange Verpflichtung.

Frankreich braucht für die Professionalisierung 15.000 Soldaten pro Jahr, 6 Jahre lang und dann einen Nachwuchs von 10.000 / 12.000 Soldaten pro Jahr. Freiwillig melden sich im Durchschnitt 10.000 pro Jahr. Dies bedeutet, dass man praktisch alle die sich melden nehmen muss - ohne große Auswahl.

Die Motivation ist auch ein Problem. Aus Erfahrung kann man sagen: nur ein Drittel der Freiwilligen verpflichten sich um Soldat zu sein sondern wollen ein wenig Abenteuer. Die meisten wollen ein Handwerk, einen Beruf erlernen um nach 5-8 Jahren spätestens einen zivilen Arbeitsplatz finden.

Ein Soldat, der 5 Jahre lang dient ist nur 3,5 Jahre einsatzbereit wegen - sechsmonatiger Ausbildung (Grundausbildung), sechsmonatigem Urlaub, sechsmonatiger Umschulung am Ende eines Vertrages.

Bezahlung

Im Durchschnitt kostet ein Berufssoldat zwei ein halb bis drei mal mehr als ein Wehrpflichtiger.

Dazu muss man noch andere Probleme wahrnehmen:

Viele Dienststunden (mehr als 35 Stunden Woche)

Soziale Ansprüche

Soldatenverband usw.

Dienstausgleich

Diese Probleme sind viel schlimmer als bei einer Wehrpflichtigenarmee.

Eindeutig liegen die schwierigsten Probleme beim Personal:

Gute, intelligente und ausgebildete Soldaten zu finden und ferner einen guten Nachwuchs.

Die Problematik der Reservisten

Heute kommen die Reservisten aus der Reihe der Wehrpflicht. Wie wird es morgen aussehen? Kann man die 100.000 Reservisten die wir brauchen, mit nur Freiwilligen finden?

Wie werden sie ihre Grundausbildung bekommen?

Das bedeutet, dass zusätzlich parallel zur Berufsarmee eine „National Guard“ aufgestellt sein muss, die natürlich auch Kosten

hat. Kann man diese mit den heutigen Mitteln bezahlen?

Die Reservisten kosten heute etwa 4 % des Budgets des Heeres. Eine „National Guard“ würde etwa 15 % kosten (dafür ist zur Zeit nichts vorgesehen).

Ohne Wehrpflichtige ist es sicher sehr fragwürdig, Reservisten zu haben.

Zusammenfassung:

Eine Berufsarmee hat

Vorteile:

Bessere Motivation, Einsatzbereitschaft und Anpassung für Kriseneinsätze.

Nachteile:

Hohe Kosten - man kann sich nur einen kleinen Bestand leisten. Außerdem ist es mit dem Nachwuchs problematisch.

Die Lösung

Mindestens 50 % Wehrpflichtige - 50 % Berufssoldaten.

Nicht zu vergessen, unter einer gewissen Schwelle ist man nicht mehr effektiv.

Der Balkankrieg zeigt uns jeden Tag, dass High Tech nicht alles ist. Das Gelände muss kontrolliert werden, und dafür braucht man sehr viele Infanteristen.

Letzte Bemerkung:

Was wird in Zukunft mit dem *Verteidigungsgeist* und dem *Patriotismus*, wenn die Bürger nicht mehr teilnehmen? Werden die Berufssoldaten in einem Ghetto leben?

LE MODELE D'ARMEE 2015

	SITUATION 1995	HORIZON 2015
TERRE	239 100 militaires + 32 400 civils Total: 271 500	136 000 militaires + 34 000 civils Total: 170 000
	9 divisions, 129 régiments 927 chars lourds 350 chars légers 340 hélicoptères	environ 85 régiments répartis en 4 forces 420 chars lourds 350 chars légers Environ 180 hélicoptères
MARINE	63 800 militaires + 6 600 civils Total: 70 400	45 500 militaires + 11 000 civils Total: 56 500
	101 bâtiments (hors SNLE) dont: - 2 PA et groupe aérien - 6 SNA, 7 SMD et 15 frégates de premier rang Tonnage: 314 000 tonnes 33 avions de patrouille maritime	81 bâtiments (hors SNLE) dont: - 1 ou 2 Porte-avions et groupe aérien dont 3 Hawkeye - 6 SNA et 12 frégates de premier rang Tonnage: 234 000 tonnes 22 avions de patrouille maritime
AIR	89 200 militaires + 4 900 civils Total : 94 100	63 000 militaires + 7 000 civils Total: 70 000
	405 avions de combat 86 avions de transport 11 avions ravitailleurs C135 101 hélicoptères	300 avions de combat modernes type Rafale 52 avions de transport modernes 16 avions ravitailleurs 84 hélicoptères
GENDARMERIE	92230 militaires +1220 civils Total: 93 450	95 600 militaires + 2 300 civils Total: 97 900
SERVICES COMMUNS	18 130 militaires + 29 780 civils Total: 47 910	12 600 militaires + 27 000 civils Total: 39 500

EFFECTIFS hors comptes de commerce:	502 460 militaires + 74 900 civils Total: 577 360	352 700 militaires + 81 300 civils Total : 434 000
--	--	---

S t r e i t k r ä f t e m o d e l l 2 0 1 5

	Situation 1995	Situation 2015
Heer	Militärisches Personal: 239.100 Zivilpersonal: 32.400 Gesamtpersonalstärke: 271.500	Militärisches Personal: 136.000 Zivilpersonal: 34.000 Gesamtpersonalstärke: 170.000
	9 Divisionen, 129 Regimenter 927 Kampfpanzer 350 Radpanzer 340 Hubschrauber	ca. 85 Regimenter, aufgeteilt in vier Kommandoebenen 420 Kampfpanzer 350 Radpanzer ca. 180 Hubschrauber
Marine	Militärisches Personal: 63.800 Zivilpersonal: 6.600 Gesamtpersonalstärke: 70.400	Militärisches Personal: 45.500 Zivilpersonal: 11.000 Gesamtpersonalstärke: 56.500
	101 Schiffe/Boote (ohne - raketenbestückte Atom-U-Boote) davon: - 2 Flugzeugträger mit je einer Flugzeugstaffel - 6 Atom-U-Boote (torpedo- bestückt), 7 konventio- nelle U-Boote (Diesel- antrieb) - 15 moderne Fregatten Gesamttonnage: 314.000 t. 33 Seeaufklärungsflugzeuge	81 Schiffe/Boote (ohne raketenbestückte Atom-U-Boote) davon: - 1 oder 2 Flugzeugträger mit je einer Flugzeugstaffel, davon 3 Hawkeye - 6 Atom-U-Boote (torpedo- bestückt) - 12 moderne Fregatten Gesamttonnage: 234.000 t. 22 Seeaufklärungsflugzeuge
L Luftwaffe	Militärisches Personal: 89.200 Zivilpersonal: 4.900 Gesamtpersonalstärke: 94.100	Militärisches Personal: 63.000 Zivilpersonal: 7.000 Gesamtpersonalstärke: 70.000
	405 Kampfflugzeuge 86 Transportflugzeuge 11 Tankflugzeuge C 135 101 Hubschrauber	300 moderne Kampfflugzeuge vom Typ Rafale 52 moderne Transportflugzeuge 16 Tankflugzeuge 84 Hubschrauber
Gendarmerie	Militärisches Personal: 92.230 Zivilpersonal: 1.220 Gesamtpersonalstärke: 93.450	Militärisches Personal: 95.600 Zivilpersonal: 2.300 Gesamtpersonalstärke: 97.900
Zivil-mili- tärische Dienststellen	Militärisches Personal: 18.130 Zivilpersonal: 29.780 Gesamtpersonalstärke: 47.910	Militärisches Personal: 12.600 Zivilpersonal: 27.000 Gesamtpersonalstärke: 39.600
Personal (ohne Buch- haltung)	Militärisches Personal: 502.460 Zivilpersonal: 74.900 Gesamtpersonalstärke: 577.360	Militärisches Personal: 352.700 Zivilpersonal: 81.300 Gesamtpersonalstärke: 434.000

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Landesbereich Baden-Württemberg

Resolution zum 6. Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress

Nach einer umfassenden sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme hat der 6. Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitische Kongress der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich V, in Korntal-Münchingen die folgende Resolution verabschiedet:

Die Bundeswehr ist auch nach der drastischen Reduzierung ihres Gesamtumfanges ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr muss deshalb auch in Zukunft in der Lage sein, ihre Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses zu erfüllen und sich an humanitären Einsätzen und friedensschaffenden Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union angemessen zu beteiligen. Gut ausgebildete und motivierte Reservisten sind ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Verteidigungskonzeption. Nur die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht kann auch weiterhin die Versorgung der Bundeswehr mit leistungsfähigen Reservisten sichern und dient darüber hinaus der vollen Integration der Streitkräfte in der Gesellschaft.

Deshalb fordert der 6. Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitische Kongress, anstehende verteidigungs- und haushaltspolitische Grundsatzentscheidungen so zu treffen, dass die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee auch weiterhin in der Lage ist, ihre Bündnisverpflichtungen und Aufgaben im Rahmen der Friedenspolitik voll zu erfüllen.

Die Reservisten sind bereit, auch in Zukunft als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu wirken und durch die freiwillige Reservistenarbeit ihren Beitrag zu einer glaubwürdigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten.

Presse-Echo

„Deutsche Bundeswehr auf dem Prüfstand“

Zweitägiger Kongress - Über Beitrag der Reservisten „in Zeiten des Umbruchs“

KORNTAL-MÜNCHINGEN

(gen) - Rund 200 Teilnehmer haben sich zum nunmehr sechsten „internationalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kongress“ im Hotel Mercure angesagt. Gestern Abend startete das Treffen, das unter dem Motto „Die Bundeswehr an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“ steht.

Der Titel ist Programm. Dies wurde gestern in einer Pressekonferenz deutlich, zu der die beiden Kon-

gress-Veranstalter, die Landesgruppe Baden-Württemberg des Reservistenverbandes und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, eingeladen hatte.

Hintergrund dieser jährlich stattfindenden zweitägigen Tagung sei es, Mandatsträger mit Informationen über Probleme und Aufgaben der Bundeswehr zu versorgen, meinte der Landespressereferent der Reservisten, Georg Trzetzkiak.

Aktuelle Frage sei, wie es mit der Bundeswehr weitergehen soll aufgrund der veränderten Aufgaben

der Truppe mit Blick auf Auslandseinsätze wie beispielsweise aktuell im Kosovo. So lautete denn auch der Titel eines Vortrags von Staatssekretär Walter Kolbow: „Die Bundeswehr auf dem Prüfstand. Die politischen Aufgaben und Rahmenbedingungen zur Erneuerung der Deutschen Streitkräfte“.

Der Landesvorsitzende der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Nikolaus Schmeja, übernahm die Einführung ins Thema „Europäische Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung“. Mit Spannung erwartete er, Schmeja, den Vortrag des französischen Brigadegenerals Francois Clerc, der heute Nachmittag über „Frankreichs Weg zur Berufsarmee“ referieren will.

Denn auch hierzulande ist die Diskussion im Gange, ob die Bundeswehr weiterhin eine Wehrpflichtigen-Armee bleiben soll. Beides, Wehrpflicht-Truppe und Berufsarmee, hätten ihre Vor- und Nachteile, hieß es gestern auf der Pressekonferenz, wobei die Verbändevertreter sich für den Status Quo aussprachen.

Schirmherr der Veranstaltung ist Ministerpräsident Erwin Teufel. Sein Grußwort überbrachte Landesinnenminister Dr. Thomas Schäuble. Er unterstrich die „tragende Rolle der Bundeswehr im westlichen Bündnis“. Bundeswehr und Nato hätten wesentlich zur Friedenserhaltung beigetragen. Schäuble erwähnte den Einsatz deutscher Soldaten im Kosovo.

Baden-Württemberg wolle einer weiteren Verringerung der Bundeswehr-Standorte im Südwesten entgegen treten, sagte Minister Schäuble weiter.



Innenminister Thomas Schäuble sprach ein Grußwort.

Bild: LKZ-Zeller

Frankreich als abschreckendes Beispiel für die Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland

General Clerc: „Eine Berufsarmee ist eine dumme Armee“

In vielen Ländern Mangel an Freiwilligen / 6 000 Soldaten aus Baden-Württemberg bald im Kosovoeinsatz

Von unserem Redaktionsmitglied
Johannes Leclercque

Stuttgart. Er habe „kein Brett vor dem Maul“, verkündet der Elsässer Francois Joseph Clerc augenzwinkernd und erzählt dann freimütig alles, worüber viele seiner Kameraden nur hinter vorgehaltener Hand tuscheln: „Eine Berufsarmee ist eine dumme Armee“, zieht der französische Brigadegeneral a. D. erste Konsequenzen aus dem in Gang gekommenen Umbau der Streitkräfte seines Landes.

Beim Offiziers- und Unteroffizierskorps sieht General Clerc zwar keine großen Änderungen durch das Ende der Wehrpflicht, aber bei den Mannschaften: Weil der Sold noch unter der Arbeitslosenhilfe liegt, fehlt es an Bewerbern - trotz Arbeitslosigkeit. „Wir müssen alle nehmen“, kritisiert Clerc, der zuletzt Chef des Stabes beim Eurokorps in Straßburg war. Da die Zahl der Bewerber auch von der Konjunktur abhängt, sei bei der Freiwilligenarmee im Gegensatz zur Wehrpflichtarmee eine langfristige Personalplanung nicht möglich.

„Vielleicht das schlimmste Problem“ ist laut Clerc, dass eine Berufsarmee keine Reservisten „produziert“. Da ein Berufssoldat dreimal teurer ist als ein Wehrpflichtiger, werden die französischen Streitkräfte bis zum Jahr 2005 drastisch reduziert, das Heer von jetzt 210 000 auf 135 000 Mann, darunter 15 000 Zivilisten. Wir werden in einigen Jahren ein System des Gettos haben. Das staatsbürgerliche Gefühl wird geringer, und die Politiker werden dann weniger für uns tun als für eine Wehrpflichtarmee“, befürchtet Clerc.

Neben Walter Kolbow (SPD), dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, war General Clerc am Wochenende einer der Hauptredner beim 6. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress in Stuttgart. Veranstalter waren die Landesgruppe Baden-Württemberg des Reservisten-



GEGEN DIE ABSCHAFFUNG DER WEHRPFLICHT ist auch Walter Kolbow (SPD), Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Foto: vario-press

verbandes und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich V. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) hatte die Schirmherrschaft übernommen und in einem Grußwort den „erweiterten Aufgabekatalog“ der Bundeswehr bei humanitären Einsätzen und friedensschaffenden Maßnahmen betont. Der Stuttgarter Innenminister Thomas Schäuble (CDU) wandte sich auf der Veranstaltung gegen weitere Einbußen des Landes bei Bundeswehrstandorten. Baden-Württemberg sei schon bei der letzten Sparrunde „eingesparnt“ worden.

Die Anforderungen an die Bundeswehr seien „außerordentlich gestiegen“, betonte auch Staatssekretär Kolbow. Die Bundeswehr brauche deshalb eine „konzeptionelle Neuausrichtung“, an der zur Zeit eine Strukturkommission unter Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sowie der Stab des Generalinspektors arbeiten. Bis Mai 2000 sollen erste Ergebnisse vorliegen.

Mit großem Nachdruck plädierte Kolbow für die Beibehaltung der Wehrpflicht, räumte dabei allerdings Meinungsverschiedenheiten mit dem grünen Koalitionspartner ein. „Ohne Reservisten kann die Bundeswehr ihre Aufträge nicht erfüllen“, sagte Kolbow unter Hinweis auf Erfahrungen mit den Balkaneinsätzen. „Spezialisten auf allen Ebenen“ seien dort im Einsatz - im Bauwesen, beim Dolmetscherdienst, im Post- und Pressebereich, sogar beim Betrieb eines Gefängnisses in Pristina. Weitere Reservisten seien zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes im Inland notwendig, wenn Truppenteile wegen des Balkaneinsatzes ausgedünnt werden.

Trotzdem wird im kommenden Jahr die Zahl der Wehrübungsplätze aus finanziellen Gründen um 3 000 reduziert, musste Kolbow einräumen, ebenso einen um 3,5 Milliarden Mark (7,5 Prozent) reduzierten Wehretat für 2000. Die Bundeswehrausgaben sind danach nur halb so hoch wie die Kosten des Schuldendienstes (81

Milliarden). Schon seit Jahren sei die Bundeswehr „unterfinanziert“, „Schönheitsreparaturen helfen nicht mehr weiter.“

Kolbow sprach sich gegen einen Abbau der Bundeswehr unter 300 000 Mann aus, ohne sich auf eine exakte Grenze festzulegen. Wie General Clerc warnten auch Kolbow und andere Referenten vor einem Personalmangel durch Abschaffung der Wehrpflicht: In den USA, in Belgien und in den Niederlanden können Planstellen nicht mehr besetzt werden, und in Großbritannien wird derzeit sogar - wie berichtet - Nachwuchswerbung der Truppe in den Gefängnissen betrieben.

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution wandte sich auch der Kongress gegen ein Ende der Wehrpflicht. Die anstehenden verteilungs- und haushaltspolitischen Entscheidungen seien so zu treffen, „dass die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee auch weiterhin in der Lage ist, ihre Bündnisverpflichtungen und Aufgaben im Rahmen der Friedenspolitik voll zu erfüllen“.

Generalmajor Wolfgang Schneiderhan vom Führungsstab der Streitkräfte erklärte, das neue Bundeswehrkonzept müsse neben der „Kernfunktion“ Landesverteidigung neue Funktionen bei Konfliktverhütung und Krisenbewältigung berücksichtigen. Die Truppe habe in der Lage zu sein, entweder eine große Operation oder zwei mittlere Operationen gleichzeitig durchzuführen. Am Prinzip der Wehrpflicht müsse man festhalten.

Generalmajor Karl-Heinz Lather, in Personalunion Befehlshaber im Wehrbereich V (Baden-Württemberg) und Kommandeur der 10. Panzerdivision in Sigmaringen, berichtete dem Kongress über seinen halbjährigen Einsatz bei der Sfor-Truppe in Sarajewo. Er wird im zweiten Halbjahr 2000 mit 6 000 Soldaten der Sigmaringer Panzerdivision ein insgesamt 7 500 Soldaten umfassendes deutsches Kontingent der Kfor im Kosovo führen.



Als ehemaliger Chef des Stabes des Straßburger Eurokorps habe er als erfahrener Brigadier »kein Brett vor dem Maul«, sagte Brigadegeneral a.D. Francois Joseph Clerc, und ließ vor erstauntem Publikum ab, was zahlreiche seiner Kameraden wohl nur hinter vorgehaltener Hand zu tuscheln wagen:



MIT ABSCHRECKENDEN FAKTEN gegen die Abschaffung der Wehrpflicht am Beispiel der französischen Armee überraschte Brigadegeneral a.D. Francois Clerc, ehemals Chef des Stabes beim Eurokorps (links) die Kongressteilnehmer. Neben ihm (Bildmitte) Landesvorsitzender Oberstleutnant d.R. Peter Eitze und Oberst a.D. d.R. Nikolaus Schmeja, Landesvorsitzender der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik.

Foto: Trzetzziak

General Clerc vor dem 6. Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress:

»Eine Berufsarmee ist eine dumme Armee«

Kein gutes Haar ließ Brigadegeneral a.D. Francois Joseph Clerc an der Abschaffung der Wehrpflicht in der französischen Armee und sorgte damit für angespanntes Interesse der weit über 200 Teilnehmer am 6. Sicherheits- und verteidigungspolitischen Kongress der Landesgruppe der baden-württembergischen Reservisten in Kornthal-Münchingen bei Stuttgart. Bisher habe man in Frankreich mit der Umstellung keine guten Erfahrungen gemacht, zumal eine Berufsarmee keine Reservisten produziere.

Zusammen mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik hatte die Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband »Die Bundeswehr an der Schwelle zum XXI. Jahrhundert« als Thema des Kongresses gewählt. Eingangs hatte Oberstleutnant d.R. Peter Eitze als Vorsitzender der Landesgruppe die allgemein zu erwartende Problematik im Kräftespiel neuer Strukturen und Aufgaben unterstrichen und Oberst a.D. d.R. Nikolaus Schmeja von der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik die europäische Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung näher beleuchtete.

Dass die Anforderungen an die Bundeswehr »ausserordentlich gestiegen« seien, betonte Staatssekretär Walter Kolbow (SPD) vom Bundesministerium der Verteidigung. Sie brauche deshalb künftig eine »konzeptionelle Neuausrichtung«, an der gegenwärtig eine Strukturkommission arbeite und bis Mai 2000 erste Ergebnisse

vorlegen solle. Dabei plädierte Kolbow nachhaltig für die Beibehaltung der Wehrpflicht. »Ohne Reservisten«, so der Politiker, »kann die Bundeswehr ihre Aufträge nicht erfüllen«.



GRUSSWÖRTE des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel an den Kongress überbrachte Innenminister Dr. Thomas Schäuble.

Foto: Trzetzziak

Zuvor harre auch der baden-württembergische Innenminister, Dr. Thomas Schäuble (CDU), bei einem Grußwort des Schirmherren des Kongresses, Ministerpräsident Erwin Teufel, erneut ein offenes Bekenntnis zur Wehrpflicht abgelegt und sich gegen eine weitere Reduzierung von Bundeswehrstandorten in Baden-Württemberg ausgesprochen.

Als Vertreter des Führungsstabes der Streitkräfte unterstrich Generalmajor Wolfgang Schneiderhan in seinem Referat, dass das neue Konzept für die Bundeswehr neben der Kernfunktion der Landesverteidigung neue Funktionen bei der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung berücksichtigen müsse. Die Truppe müsse in der Lage sein, so Schneiderhan, entweder eine große oder zwei mittlere Operationen gleichzeitig durchzuführen.

Über seinen Einsatz bei der SFOR-Truppe in Sarajewo berichtete Generalmajor Karl-Heinz Lather, Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur 10. Panzerdivision. Der General wird im zweiten Halbjahr 2000 mit 6.000 Soldaten der 10. Panzerdivision ein insgesamt 7.500 Mann umfassendes deutsches Kontingent der KFOR im Kosovo führen.

Zum Abschluss des Kongresses wandten sich die Teilnehmer in einer einstimmig verabschiedeten Resolution gegen ein Ende der Allgemeinen Wehrpflicht. Dabei seien die anstehenden verteidigungs- und haushaltspolitischen Entscheidungen so zu treffen, »dass die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee auch weiterhin in der Lage ist, ihre Bündnisverpflichtungen und Aufgaben im Rahmen der Friedenspolitik voll zu erfüllen«. In einer Zusammenfassung der Thematik hatten Oberstleutnant d.R. Peter Eitze und Oberst a.D. d.R. Nikolaus Schmeja auf die Notwendigkeit geplanter Strukturänderungen in der Bundeswehr hingewiesen und Alternativen in einem zusammenwachsenden Europa aufgezeigt. Die Kongressteilnehmer indes waren sich einig, dass diese Veranstaltung sie mit der Zukunftsproblematik der Bundeswehr und damit auch ihrer Partner im Bündnis noch mehr vertraut gemacht und fundiertes Hintergrundwissen für Gespräche »mit der Basis« gebracht hat.

Trzetzziak / Leclerque



Landesbereich V Baden-Württemberg

Das zweite Halbjahr 1999 sah neben den vielen qualitativ hochwertigen Veranstaltungen in den Sektionen zwei mehrtägige Seminare auf der Landesebene, die in Zusammenarbeit mit der Fritz-Erler-Stiftung der SPD in Freudenstadt im Juli und dem Verband der Reservisten der Bundeswehr Ende November bei Stuttgart stattfanden.

Im Schwarzwald wurde die Frage nach den notwendigen Veränderungen unserer Streitkräfte unter dem Thema »Reformprojekt Bundeswehr« gestellt. Der Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, *Gernot Erler* aus Freiburg, leitete die Tagung »Zur Außen und Sicherheitspolitik Deutschlands im 21. Jahrhundert« ein. Er machte deutlich, wie sehr sich unsere Zeit von der Ara des Kalten Krieges unterscheide und mit den Risiken der Instabilität in einer Welt, die auf der Suche nach einer neuen Ordnung sei, eine Neuorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik verlange. Der nächste Vormittag diente der Information über »Auftrag und Rolle der Bundeswehr unter Einbeziehung von Einsätzen im erweiterten Auftragspektrum« durch den Vertreter des Führungszentrums des BMVg. Der Nachmittag war der Entwicklung möglicher Alternativen zur Veränderung der Bundeswehr gewidmet. Der Landesvorsitzende der GHV, Oberst a.D. *Schrneja*, zeigte eine systematische Vorgehensweise bei der Festlegung der Leistungsfähigkeit und daraus abgeleitet die Möglichkeit, Umfang und Zusammensetzung der deutschen Streitkräfte im Bündnisrahmen nach logischen und nachvollziehbaren Kriterien zu erarbeiten. Am letzten Tag stand die Frage nach der Wehrstruktur unter der Überschrift »Wehrpflicht, Miliz oder Berufarmee? – Zur künftigen Struktur der Bundeswehr« im Mittelpunkt. Es diskutierten mit den Seminarteilnehmern, Gerd *Teßmer*, MdL, Oberst Peter *Forster* aus der Schweiz, der Gewerkschafter *Hermann Lutz*, Mitglied der Kommission Zukunft der Bundeswehr, OTL d.R. Peter *Eitze*, Landesvorsitzender des VdRBw, Landesgruppe Baden-Württemberg, und der Bundestagsabgeordnete *Arnold*. Organisation und Seminarleitung der gelungenen Veranstaltung lagen beim Leiter der Fritz-Erler-Akademie, *Gerd Botterweck* und dem Mitglied der GfW und des VdRBw, Major d.R. Claus *Tscharnke* aus Albstadt.

Mit knappen Haushaltsmitteln ein attraktives Informationsprogramm zu gestalten, fordert und fördert wohl auch den Einfallsreichtum der Sektionen. In diesem Zusammenhang sei von den Sektionen Tübingen (SL *Andreas Krause*) und Sigmaringen (SL *Bernhard Schleyer*) berichtet, die aufwendig-

ge Veranstaltungen so koordinieren, dass Kosten gespart werden können. In einer gemeinsam veranstalteten Informationsreise besuchten sie am 10. Juli letzten Jahres die Internationale Femspähschule in Pfullendorf und die Dasa in Friedrichshafen. In Pfullendorf wurden die Besucher durch den Kommandeur, Oberstleutnant *Seidenspinner*, begrüßt, der die Aufgaben der Schule und ihre Geschichte vorstellte. Gut vorbereitete Demonstrationen gaben vorzügliche Einblicke in Ausbildungsinhalte und Ausbildungsanlagen, wie z.B. den Schießsimulator, und vermittelten den Besuchern auch etwas von den Einsatzgrundsätzen und der zweckmäßigen Ausrüstung. Zweites Ziel der Reise war die Dasa in Friedrichshafen. Einem faszinierenden Vortrag über Krisenmanagement und Konfliktbewältigung durch neue Ansätze aus der Luft- und Raumfahrt. Über Vergleiche zwischen mathematischer Betrachtung von stabilen und instabilen Vorgängen in der Technik mit denen im Bereich der Wirtschaft, folgte eine Führung durch die Labore der Raumfahrt, der Verteidigungstechnik und der Forschung.

Aber auch die Verpflichtung eines prominenten Referenten, der an zwei aufeinander folgenden Tagen in Sigmaringen und Tübingen vorträgt, hilft Geld sparen. Zu »Russlands Politik im Kaukasus« sprach bei Veranstaltungen der beiden Sektionen *Dr. Ashot Manutscharjan*, gebürtig aus Kirowakan (Republik Armenien) Ende November. Aufgrund seiner profunden Kenntnisse dieser Republiken, wie des Kaukasus insgesamt und seiner Bekanntschaft mit vielen der agierenden Personen in jener Region fand *Dr. Manutscharjan* mit seinem packenden Referat aufmerksame Zuhörer.

Er vertrat die Meinung, dass das Vorgehen Russlands eine Folge der ständigen Überfälle der Islamisten sei. Zunächst begann man mit Bombardierung der tschetschenischen Infrastruktur. Ab dem 1. September 1999 wurde die Grenze nach Süden mit dem Ziel überschritten, eine Sicherheitszone um Tschetschenien zu bilden, die Zufuhr von Waffen und Munition einzuschränken und »Rebellenester« zu säubern. Moskau begründete dieses Vorgehen vor der Weltöffentlichkeit mit dem Argument, »den Terrorismus bekämpfen zu müssen«. Als Antwort der islamischen Organisationen folgten Bomben- und Sprengstoffanschläge, Morde, Entführungen (vornehmlich westlicher Geiseln, da nur von dort Geld zu holen sei) sowie Grenzzwischenfälle, welche inzwischen zum Alltag im Nordkaukasus gehören.

Russland kann und will es sich nicht leisten, Tschetschenien aus der »Russländi-

schen Föderation« zu entlassen, wegen der »Ansteckungsgefahr« für die übrigen Republiken und autonomen Gebiete und der geostrategischen Bedeutung des Gebietes, durch das die wichtige Erdölpipeline von Baku zum Schwarzmeerhafen Noworossijsk verlaufe. Der bevorstehende Wahlkampf um die Herrschaft von Russland trage ferner dazu bei, den Kampf bis zu einer vollständigen und dauerhaften Vertreibung der islamistischen Unruhestifter zu führen. Diese seien in der Tat eine Gefahr für ihren weit reichenden Verbindungen in die Terroristszene von Afghanistan über Zentralasien bis in den Kaukasus.

Zum Ende des Jahres, am 26./21 November fand der traditionelle Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitische Kongress zusammen mit der Landesgruppe des VdRBw in Korntal-Münchingen mit über 200 Teilnehmern statt. Der Landesvorsitzende der Reservisten, Oberstleutnant d.R. *Peter Eitze* eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die zahlreich erschienen Teilnehmer und Gäste des 6. Internationalen Kongresses. Innenminister *Dr. Thomas Schäuble* überbrachte die Grüße des Schirmherrn, Ministerpräsident Erwin Teufel.

Der Landesvorsitzende der GfW Baden-Württemberg leitete die Veranstaltung mit einem Referat zu dem Thema »Europäische Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung« ein. Er führte aus, dass wir in einer Zeit eines grundlegenden Umbruchs lebten, der bereits vor der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion eingesetzt hätte. Kennzeichnend seien rasanter wissenschaftlicher und technischer Fortschritt vor allem bei Transport, Kommunikation und Information, zunehmendes Bewusstsein in einer gemeinsamen Welt mit begrenzten Ressourcen und in gegenseitiger Abhängigkeit zu leben, sowie die Globalisierung der Wirtschaft. Nationalstaaten hätten an Einfluss verloren, nichtstaatliche Organisationen und Unternehmen an Einfluss gewonnen. Es bilde sich eine multipolare Welt mit einer engen Verflechtung in internationalen Organisationen und weltweit agierenden Verbänden und Konzernen heraus. Dies alles habe die Risiken für die Sicherheit verändert und verlange nach neuen Konzepten, die nur im transnationalen Verbund verwirklicht werden könnten. Die Rolle der Streitkräfte wird heute anders zu definieren sein als in den Zeilen des »Kalten Krieges«, der in Europa seine Front und seinen Kulminationspunkt gehabt hätte. Die Gewichte in der Welt ändern sich und Europa, das über lange Zeit die Weltordnung bestimmt und Herrschaft ausgeübt hat, kann nur in der Bündelung sei-



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

ner Kräfte und Anstrengungen seine Interessen wahrnehmen und bei der Gestaltung der neuen Ordnung entscheidend Einfluss nehmen.

Das Hauptreferat des Abends hielt der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, *Walter Kolbow*, MdB, der die politischen Aufgaben im Bereich der Sicherheit am Vorabend des neuen Jahrhunderts und die Rahmenbedingungen zur Erneuerung der Deutschen Bundeswehr beschrieb. Die NATO als Eckpfeiler europäischer Sicherheit habe sich ein dynamisches und flexibles Konzept gegeben, das eine Bewährung in den jüngsten Konflikten zu bestehen gehabt hätte. Es habe sich als richtig erwiesen, wenn auch gewichtige Schritte der Weiterentwicklung durch Ausweitung von Sicherheit nach Osten, in die Krisenregionen in und um Rande Europas und im Mittelmeerraum große Anstrengungen verlangen würden. Die gleichzeitig zu lösenden Aufgaben des Abbaus der Staatsverschuldung, die Reform der sozialen Sicherungssysteme, der strukturelle und ökologische Umbau der Wirtschaft, die Erweiterung der europäischen Union und die Vollendung der deutschen Einheit fordern alle Kräfte und lassen finanziell wenig Spielraum, die Streitkräfte den Erfordernissen der Zukunft anzupassen. *Walter Kolbow* erläuterte seine Einschätzung zu den nächsten Schritten, der Prioritäten bei der Modernisierung und zur Entwicklung des personellen Umfangs. Er sprach sich eindeutig für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus, die sich als deutsches Modell ausgezeichnet bewahrt habe.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von General de Brigade *Francois Clerc* zu dem Thema »Frankreich auf dem Wege zur Berufarmee. Bewertung aus der Sicht eines

Berufssoldaten«. Seine Beurteilung der Sicherheitserfordernisse knüpfte in vielen Punkten an die bereits gehörten deutschen Überlegungen an, setzte andererseits deutlich einige spezifisch französische Akzente. Er erläuterte den Übergang zur Struktur »Horizon 2015«. Insbesondere seine Bewertung der Vor- und Nachteile des Übergangs von einer Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenarmee fand größtes Interesse. Clerc zeigte sich skeptisch, ob die geplante Wehrstruktur sich so bewähren würde, wie es die Sicherheit und die Rolle Frankreichs in Europa fordern würden.

Generalmajor *Karl-Heinz Lather*, Kommandeur 10. PzDiv und Befehlshaber im Wehrbereich V, berichtete über seine Erfahrungen aus dem Einsatz in Bosnien-Herzegowina unter der Überschrift »Dayton - Fortschritte oder nicht?« Sein Fazit: SFOR hat seine Aufgabe gemäß Dayton-Abkommen in Bosnien erfüllt. Politisch bleibt aber die Anwesenheit der internationalen Truppe weiter nötig, da sonst keine Fortschritte bei der Stabilisierung erreicht würden. Die Hauptprobleme sieht er in den Verfassungen der Teilrepubliken, der Korruption, der Tatsache, dass das Rechtssystem nur unzureichend funktioniert, ein Polizist kaum mit Gewalt, Terror und Kriminalität fertig wird und die mangelnde Koordination der internationalen Organisationen. Zudem sind die Abhängigkeiten Bosniens von Serbien und Kroatien nur schwer aufzubrechen.

Der Nachmittag wurde durch ein Referat von *Nikolaus Schmeja* eingeleitet, der von einer systemtheoretischen Betrachtung der Streitkräfte ausgehend, Rahmenbedingungen für Einsatz- und Friedensbetrieb entwickelte und daran an den Kriterien Leistungs-

fähigkeit, Verfügbarkeit, Durchhaltevermögen und Kosten die denkbaren strukturellen Modelle entwickelte.

Den Abschluss des Kongresses bildete ein Vortrag des Stabsabteilungsleiters FüS III, Generalmajor *Wolfgang Schneiderhan* der die Forderungen an die Bundeswehr aus dem neuen strategischen Konzept der NATO entwickelte. Er machte deutlich, dass neben den NATO-Verpflichtungen, die neuen Anforderungen von EU/WEU sowie die Pflichten gegenüber der UNO im Mittelpunkt der Überlegungen stünden. Der Begriff der Landesverteidigung hat an Gewicht verloren, Operationen im Rahmen des Krisenmanagements fordern dagegen erhebliche Veränderungen und Verbesserungen bei den Streitkräften. Für die notwendige strukturelle Anpassung der Bundeswehr bedarf es klarer Vorgaben, welche Art von Leistungen nach welcher Vorbereitungszeit und von welcher Dauer zu erbringen sind.

In der Zusammenfassung dankten *Peter Eitze* und *Nikolaus Schmeja* allen an der Organisation und der Durchführung des Kongresses Beteiligten für ihre Arbeit. Der weite Bogen, den man thematisch geschlagen, die anspruchsvollen Verträge anerkannter Fachleute und die rege Diskussion haben den Kongress wieder zu einer großartigen Veranstaltung werden lassen. Die Teilnehmer verabschiedeten einstimmig eine Resolution, mit der die Beibehaltung der Wehrpflicht gefordert wurde.

Nikolaus Schmeja,
Oberst a.D., Landesvorsitzender GfW
Bereich V, Baden-Württemberg
In eigener redaktioneller Verantwortung.

Referenten und Gäste

Name	Vorname	Dienststelle	Titel
Arnold	Rainer	Deutscher Bundestag	Abgeordneter
Barth	Jürgen	Verband der Reservisten	Major d.R.
Bartz	Georg W.	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Bauer	Florian	Verband der Reservisten	Oberstabsarzt d.R.
Baumgartner	Rudolf	Verband der Reservisten	Oberstabsfeldwebel d.R.
Beckhöfer	Wolfgang M.	Bundesamt für Güterverkehr	Herr
Begoll	Michael	Verband der Reservisten	Oberschulrat a.D.
Benedikt	Rolf	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Bernhard	Georg		Generalmajor a.D.
Bilger	Herbert		Herr
Blersch	Ulrich	Verband der Reservisten	Kapitänleutnant d.R.
Bohms	Uwe	Verband der Reservisten	Leutnant d.R.
Bosch	Rolf	Verband der Reservisten	Major d.R.
Brandhuber	Jürgen	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Breuer	Gerhard H.	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Bruhn	Johann Micha	Verband der Reservisten	Oberfeldwebel d.R.
Bühler, jun.	Manfred	Verband der Reservisten	Hauptgefreiter d.R.
Burr	Manfred	Verband der Reservisten	Ehrenvorsitzender
Busch	Peter	FJgBtl 750	Oberstleutnant
Clerc	Francois		General de Brigade
Cunitz	Bernd	Verband der Reservisten	Oberfeldwebel d.R.
Czernotzky	Günther	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Dauven	Ottmar	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
de Greiff	Börries	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Denzer	Georg	Landratsamt Main-Tauber-Kreis	Landrat
Dettinger	Hellmuth	Verband der Reservisten	Konsul
Dettinger			Frau
Dieck	Siegfried	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Dietz	Gunnar	Verband der Reservisten	Oberleutnant d.R.
Dröber	Jörg	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Eberhardt	Ingo	Verband der Reservisten	Hauptgefreiter d.R.
Ehrlich	Burkhart	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Eitze	Peter	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Eitze	Gertrud	Amtsgericht Konstanz	Richterin
Estenfeld	Andreas	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Faure	Karl-Heinz	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Fehrlen	Ulrich	ROG Stuttgart	Oberstleutnant d.R.
Feyen	Ferdi	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Fink	Hugo Wilhelm	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Fischer	Emst	Stadt Komwestheim	Oberbürgermeister
Flach	Karl-Heinz	Verband der Reservisten	Oberstleutnant a.D. d.R.
Freiberg	Klaus	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Friedemann	Volker	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Gabel	Alfons	Verband der Reservisten	Oberstabsgefreiter d.R.
Gabel	Gertrud	Verband der Reservisten	Frau
Gabriel	Martin	Verband der Reservisten	Obergefreiter d.R.
Gentner	Richard	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Giesen	Edelgard	Verband der Reservisten	Frau
Gläser	Werner	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Goerz	Roland	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Gommel	Hermann	Stadt Ditzingen	Bürgermeister
Görög	Uwe	Verband der Reservisten	Unteroffizier d.R.

Referenten und Gäste

Name	Vorname	Dienststelle	Titel
Grabowski	Klaus	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d R
Greiselis	Waldis	Verband der Reservisten	Oberstleutnant a.D.d.R.
Haas	Kurt	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Haas	Friedrich Chri	Robert Bosch Stiftung GmbH	Leutnant d.R
Hägele	Udo	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Haigis	Lothar	Verband der Reservisten	Major d.R.
Harr	Siegfried	Verband der Reservisten	Fregattenkapitän a.D.d.R.
Haupt	Peter	PzGrenBrig 30	Major i. G.
Heidenreich	Lothar F.	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Helbig	Jochen	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Hellriegel	Rolf	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Hocker	Patrick	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Hollerbach	Robert	Verband der Reservisten	Oberst d.R.
Hübbe	Bernd	Verband der Reservisten	Hauptmann d R.
Huther	Pierre	U.O.R.R.M.	Colonel
Idler	Roland	Verband der Reservisten	Oberst d.R.
Junker	Peter	Dienste für Menschen	Herr
Kappler	Reiner	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Kasper	Manfred	Verband der Reservisten	Oberleutnant d R.
Kaupisch	Dieter	Verband der Reservisten	Oberstleutnant a.D. d.R.
Keller	Anton	Verband der Reservisten	Feldwebel d.R.
Kiewert	Benno	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Kikerec	Velibor	Hrvatski Casnicki	General
Kisling	Bernd	Verband der Reservisten	Leutnant d.R.
Kiss	Stefan		Herr
Klapatat	Klaus-J.	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Klemme	Rudolf	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R
Knäble	Ulrich	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R
Knönagel	Eberhard	Verband der Reservisten	Leutnant a.D.
Kobes	Rolf-Dieter	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Kolbow	Walter	BMVg	Staatssekretär
Kortt	Ulrich	Verband der Reservisten	Fregattenkapitän d.R
Krause	Andreas	GfW	Herr
Kück	Herbert	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Kuhn	Claus	Verband der Reservisten	Oberstabsarzt d.R.
Kunert	Jürgen	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Lämmerzahl	Norbert	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Lang	Hans-Werner	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Lather	Karl-Heinz	WBKV/10. PzDiv	Generalmajor
Lather	Ingeborg		Frau
Leclerque	Johannes	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Lehnert	Hanspeter	Verband der Reservisten	Leutnant d R
Löffler	Berthold	Verband der Reservisten	Fähnrich d.R.
Ludwig	Hans	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Lurk	Roland	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Lust	Werner	Verband der Reservisten	Oberfeldwebel d.R.
Luxemburger	Richard	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Luxemburger			Frau
Mack	Gert	Verband der Reservisten	Oberstleutnant a.D.
Maier	E.G.	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Mangel	Max	VDK	Landesgeschäftsführer
Maurer	Anton A.	Verband der Reservisten	Leutnant d.R

Name	Vorname	Dienststelle	Titel
Meier	Bodo	Verband der Reservisten	Kapitänleutnant d.R.
Meiser	Kurt	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Meyer	Walther	Verband der Reservisten	Oberfeldapotheker d.R.
Mezger	Jürgen	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Mohl	Gunther	Verband der Reservisten	Leutnant d.R.
Möhring	Hans-Dieter	WBKV/10. PzDiv	Brigadegeneral
Molt	Matthias	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Much		Sanitätsregiment 10	Major
Münch	Peter	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Mutschler	Volker	Wehrbereichsverwaltung V	Vizepräsident
Naegler	Klaus	Volksbund Kriegsgräberfürsorge	Oberstleutnant a.D.
Nerger	Uwe	Panzeraufklärungsbataillon 12	Oberstleutnant
Noß	Hans-Georg	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Nufer	Hans-Peter	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Odendahl	Wolfgang	Verband der Reservisten	Generalleutnant a.D.
Paulusch	Hans-Wolfgang	Verband der Reservisten	Obergefreiter d.R.
Peltier	Jean-Francois		Lieutenant Colonel (R)
Piller	Hans-Jürgen	Verband der Reservisten	Oberleutnant d.R.
Poelchau	Edgar	Verband der Reservisten	Oberstleutnant a.D.
Pohl	Angelika	Bundeswehrsozialwerk WBV V	Medizinaldirektorin
Popp	Werner	Verband der Reservisten	Oberstleutnant a.D. d.R.
Potz	Josef	Verband der Reservisten	Oberleutnant d.R.
Prade	Wolfgang	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Püschel	Dieter	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Raab	Irmgard	Verband der Reservisten	Frau
Rech	Jürgen	Verband der Reservisten	Major d.R.
Redl	Karl	Militärkommando Vorarlberg	Divisionär
Richter	Ekkehard	Verband der Reservisten	Generalmajor a.D.
Richter	Renate		Frau
Rinck	Jochen	Verband der Reservisten	Oberleutnant d.R.
Roduch	Lothar	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Rohr	Josef	Verband der Reservisten	Obergefreiter UA d.R.
Romer	Toni	Verband der Reservisten	Oberstabsfeldwebel d.R.
ROPERTZ	Harry-Rolf	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Roser	Manfred	Verband der Reservisten	Hauptmann a.D.d.R.
Roth	Karl Otto	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Rückert	Gerhard	Verband der Reservisten	Kapitänleutnant d.R.
Ruppert	Karl Ludwig	Verband der Reservisten	Oberfeldwebel d.R.
Schänzle	Wolfgang D.	Verband der Reservisten	Major d.R.
Schaub	Gerald	Verband der Reservisten	Hauptmann d.R.
Schäuble	Thomas	Innenministerium BW	Minister
Schaulinski	Ernst-Wilhelm	Verband der Reservisten	Fregattenkapitän d.R.
Scheffel	Ralf	Verband der Reservisten	Major d.R.
Scheuer	Gerhard	CDU-Landesfachausschuß	Herr
Scheuermann	Theo	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Schick	Wemer	Verband der Reservisten	Major d.R.
Schild	Frank H.	Verband der Reservisten	General a.D.
Schlager	Jürgen	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Schleyer	Bernhard	GfW - Sektion Sigmaringen	Oberstleutnant d.R.
Schmeja	Niko	GfW	Oberst a.D.
Schmelz	Wolfgang	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Schmid	Kurt		Herr

Name	Vorname	Dienststelle	Titel
Schmidt	Heinz F.	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Schneider	Harald	Verband der Reservisten	Major d.R.
Schneiderhan	Wolfgang	BMVg	Generalmajor
Schob	Olaf	Luftwaffenwerft 32	Major
Schöbel	Edgar	Verband der Reservisten	Oberleutnant d.R.
Schreiber	Jürgen	Verband der Reservisten	Stabsbootsmann d.R.
Schultjan	Helmut	VBK 51	Oberst
Schweickart	Robert	Vereinigung franz. Reserveoffizier	Colonel (R)
Schweikart	Harald	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Schweinbenz	Benno	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Seeh	Werner	Verband der Reservisten	Gefreiter d.R.
Semmler	Heinz .	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Sihler	Michael	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Sölter	Horst	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Spohn	Rudolf	Verband der Reservisten	Oberfeldwebel d.R.
Stahlich	Matthias	Verband der Reservisten	Oberfeldwebel d.R.
Stein	Karl-Dieter	Wehrbereichsverwaltung V	Präsident
Steinbeck	Raimund	Deutscher Bundeswehrverband	Major
Steinhauer	Joachim	Verband der Reservisten	Stabsunteroffizier d.R.
Stephan	Christoph	TrÜbPIK Heuberg	Oberstleutnant
Sterk	Michael	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Stumpf	Wilhelm	Verband der Reservisten	Stabsunteroffizier d.R.
Stützer	Wolfgang		Herr
Thaysen-Schmeja,	Hiltrud	German-American Womens Club	Frau
Treubig	Manfred	VBK 52	Major
Trzetzak	Georg A.	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Tscharntke	Claus-J.	Verband der Reservisten	Major d.R.
Ugursal	Ersin	Deutsch-Türkische Gesellschaft e	Herr
Wagner	Klaus	Verband der Reservisten	Oberstabsfeldwebel d.R.
Wagner	Helmut	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.
Walz	Manfred	Staatsministerium	Oberst d.R.
Weiß	Rainer		Herr
Wening	Ulrich	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Widmer	Herbert	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Wisniewski	Leo	Verband der Reservisten	Oberstabsbootsmann d.R.
Wolf	Erich	Verband der Reservisten	Stabsfeldwebel d.R.
Zeumer	Dankmar	Verband der Reservisten	Oberstleutnant d.R.
Zimmermann	Gerhard	Verband der Reservisten	Hauptfeldwebel d.R.

Óãc^Áç[!{ ^!\^} K

Ö^!Á ÈÛ&@! @ã • @ã • ÈÁ } áÁK^!c^ãã~ } * • È
][|ãã &@Á\$[} * !^i Á, ãáÁ cæcã á^} Áæ
G ÈÁ } áÁGÍ ÈÁP[ç^{ à^!ÁGEEEÁÁ ÁP[c^|
T^!&~ !^ÁÁ Á\$[!} cæÈ >} &@ã *^} È

Òã |æã~ } *^} Á!*^@} Á^&@ ^ãã È
Óãc^Á ç&@ç[!@!Áæ { ^|á^} È